



Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode
am Mittwoch, 8. Mai 2024, Rathaus, Plenarsaal

SI-RAT/003/2024

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	10
2		Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 22.02.2024 (SI-RAT/001/2024)	11
3		Anfragen aus aktuellem Anlass	
3.1	RAT/185/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Tod eines Pferdes während eines Rennens am 5. Mai 2024 auf der Galopprennbahn Düsseldorf	11
3.2	RAT/186/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Süden	14
3.3	RAT/187/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass des Ratsherrn Lemmer: Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Norden	15
3.4	RAT/188/2024	Anfrage aus aktuellem Anlass des Ratsherrn Lemmer: Schutz von Tieren und Bepflanzungen an der Lilienthalstraße (Baustelle U81) durch eine zusätzliche Bewässerung nach stundenlangem Starkregen	17
4		Anfragen	
4.1	RAT/124/2024	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Zahl der Gewaltfälle an Schulen in Düsseldorf seit 2014 bis heute	19
4.2	RAT/125/2024	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Bademeister in Düsseldorfer Schwimmbädern	21
4.3	RAT/134/2024	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Modernisiertes Staatsbürgerschaftsrecht	23
4.4	RAT/135/2024	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Heinrich-Heine-Platz	27

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
4.5	RAT/136/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Ein Drittel frei finanzierter Wohnungsbau auf städtischen Flächen – zu welchem Preis?	29
4.6	RAT/137/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Abläufe bei der Überprüfung von Kurzzeitvermietungsangeboten auf Einhaltung der Wohnraumschutzsatzung	schriftliche Antwort
4.7	RAT/142/2024	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Quartiersentwicklung Altstadt (Ratsbeschluss RAT/314/2023)	schriftliche Antwort
4.8	RAT/155/2024	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Ein Jahr Masterplan Handwerk – Perspektiven nach dem ersten Spitzengespräch	schriftliche Antwort
4.9	RAT/156/2024	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Plan °C für Düsseldorf – Gesundheitsschutz für alle	schriftliche Antwort
4.10	RAT/139/2024	Anfrage der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Rechtliche Fragen zum geplanten Neubau eines Opernhauses	schriftliche Antwort
4.11	RAT/170/2024	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Aggressives Betteln im Verkehrsraum	schriftliche Antwort
4.12	RAT/129/2024	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Anschlag auf die Crocus City Hall Moskau am 22. März 2024 und die Reaktion in und aus Düsseldorf	schriftliche Antwort
4.13	RAT/157/2024	Anfrage der Ratsfrau Spillner: Aktueller Sachstand im Verfahren zum 39er-Denkmal und zum Reeser Platz	schriftliche Antwort
4.14	RAT/163/2024	Anfrage der Ratsfrau Lehmann: Beflaggung des Rathauses am Internationalen Tag der Roma	schriftliche Antwort
4.15	RAT/175/2024	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Brandschutz in Düsseldorfer U-Bahnhöfen und U-Bahnzügen, die dort durchfahren und anhalten	schriftliche Antwort
4.16	RAT/176/2024	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Auswirkungen und Einschränkungen für Gastronomen, Bauherren und andere, Umwelt und Tiere im Stadtgebiet während der Fußball-Europameisterschaft 2024	schriftliche Antwort
4.17	RAT/177/2024	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Absperrung auf der Rasenfläche Kö-Bogen II	schriftliche Antwort
4.18	RAT/141/2024	Anfrage der Ratsfrau Mirus: Umgang der Stadt Düsseldorf mit Kunst am Bau und Baudenkmälern	schriftliche Antwort
4.19	RAT/161/2024	Anfrage des Ratsherrn Fix: CO2-Ernährungsbilanz und dadurch entstehenden Kosten durch städtische Betriebe	schriftliche Antwort
4.20	RAT/162/2024	Anfrage des Ratsherrn Fix: Bildung für nachhaltige Entwicklung in städtischen Bildungseinrichtungen	schriftliche Antwort
4.21	RAT/169/2024	Anfrage der Ratsfrau Mirus: Stadtverpflegung	schriftliche Antwort
4.22	RAT/171/2024	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Kriminalitätsstatistik 2023: Wie wird Düsseldorf endlich wieder sicher?	schriftliche Antwort

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
5	RAT/130/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr	31
6	RAT/131/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen	31
7	RAT/132/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr für nachhaltige Entwicklung	zurück- gezogen
8	AGS/011/2024	Änderung bei der Besetzung des örtlichen Beirats der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter)	32
9	APS/013/2024	Richtlinie zur Vergabe von Fördermitteln für das Hof- und Fassadenprogramm	32
10	APS/021/2024	Flächennutzungsplanänderung Nr. 173 (Entwurf) – Heerdter Landstraße: Bau- und Gartenfachmarkt – Stellungnahmen, Planbeschluss	33
11	APS/022/2024	Bebauungsplan-Entwurf Nr. 04/009 – Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße	33
12	APS/031/2024	Flächennutzungsplanänderung Nr. 208 (Entwurf) – Hansaallee/Schwalmsstraße	34
13	APS/032/2024	Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds	35
14	APS/034/2024	Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/017 – Kennedydamm 55	43
15	AUS/016/2024	Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Bund der Wasserstoffregionen	44
16	BAU/009/2024	Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen ab 2024 – Feuerwehrorganisatorische Maßnahmen I (FOM I)	45
16.1	BAU/011/2024	Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion	45
17	HFA/008/2024	Entwurf Jahresabschluss 2023	35
18	HFA/009/2024	Entwurf des NKF-Gesamtabschlusses 2020 der Landeshauptstadt Düsseldorf	36
19	KUA/063/2024/1	Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Auslobungsbeschluss	vertagt
20	KUA/064/2024	Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Standortentscheidung auf dem Gelände der Messe GmbH Düsseldorf und Errichtung einer Interimsspielstätte	vertagt
21	KUA/011/2024/1	Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Errichtung eines Hochregallagers als Lagerstätte des Opernfundus der Deutschen Oper am Rhein	vertagt
22	OVA/028/2024	Wiederwahl einer Schiedsperson	36
23	OVA/031/2024	Wiederwahl einer Schiedsperson	37

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
24	SCHUA/014/2024	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses „Ersatzneubau der zweizügigen Katholischen Grundschule Rather Kreuzweg inklusive Zweifeld-Sporthalle“	49
25	SCHUA/018/2024	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Änderungsbeschlusses für das Projekt „Gesamtschule Aldekerkstraße mit Dreifachsporthalle“	37
26	SCHUA/019/2024	Namensänderung des Franz-Jürgens-Berufskollegs in Technisches Berufskolleg Färberstraße	52
27	SCHUA/021/2024	Städtisches Weiterbildungskolleg, Auflösung des Teilstandortes Emil-Barth-Straße 45 und Umzug des Bildungsgangs Abendrealschule an den Standort Rückertstraße 6	38
28	SENR/002/2024	Entsendung von Mitgliedern des Seniorenrates als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in die Ratsausschüsse	38
29	RAT/179/2024	Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien	39
30	RAT/123/2024	Aufgaben- und Umgriffenerweiterung der Kleinen Kommission Kö-Bogen und Umbenennung in Kleine Kommission „Kö-Bogen & KAP“	40
31	RAT/138/2024	Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl	41
32	RAT/143/2024	Beschlusskontrolle des Rates	53
33	RAT/145/2024	Aufsichtsrat der SWD Städt. Wohnungsgesellschaft mbH & Co. KG – Ersatzwahl der Arbeitnehmervertreter/-innen	41
34	RAT/153/2024	Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl	41
35	RAT/154/2024	Beirat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl	42
36		Anträge	
36.1	RAT/148/2024	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Einrichtung eines Runden Tisches „Alter Hafen“	58
36.2	RAT/151/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Erhalten statt abreißen! Kulturbauten sanieren statt Oper neu bauen	63
36.3	RAT/152/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Nie wieder ist jetzt! Der Tag der Befreiung vom Faschismus muss Feiertag werden	72
36.4	RAT/158/2024	Antrag der Ratsfraktionen Die Partei-Klima-Fraktion und Die Linke: Unterstützung der Seenotrettung	75
36.5	RAT/165/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Kostenlimit für den Neubau des Opernhauses	vertagt

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
36.6	RAT/166/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Hochhausrahmenplan beachten: Die Schutzzone Altstadt und Königsallee gilt auch für ein neues Opernhaus	vertagt
36.7	RAT/167/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Gartendenkmal Hofgarten schützen	vertagt
36.8	RAT/168/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Preisgericht des Architekturwettbewerbs für den Neubau des Opernhauses demokratisch besetzen	vertagt
36.9	RAT/159/2024	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Unterzeichnung des „Plant Based Treaty“	79
36.10	RAT/172/2024	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Anbringung einer Verbotsbeschilderung vor den Eingängen aller Düsseldorfer Schulen	81
36.11	RAT/173/2024	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber in der Landeshauptstadt Düsseldorf	82
36.12	RAT/178/2024	Antrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Städtebündnis „Sichere Häfen“	75
37	RAT/181/2024	Bericht aus der Kleinen Kommission Kunstpalast	32
38	RAT/180/2024	Düsseldorfer Gesundheitskonferenz – Ersatzbestellung eines ordentlichen Mitglieds	42
39	RAT/184/2024	Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW	57

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	2
2		Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 22.02.2024 (SI-RAT/001/2024)	2
3	RAT/126/2024	Verlängerung der Laufzeit der Bestellung zur Geschäftsführung	3
4	RAT/075/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	3
5	RAT/076/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	5
6	RAT/127/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	5
7	RAT/144/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	5
8	RAT/174/2024	Bestellung einer Geschäftsführung	5
9	RAT/128/2024	Geschäftsführungsangelegenheit	5
10	RAT/164/2024	Verlängerung der Bestellung eines Vorstandsmitglieds	6
11	RAT/149/2024	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen für die Amtszeit 01.02.2025 bis 31.01.2030	6
12	RAT/150/2024	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Sozialgericht Düsseldorf für die Amtszeit 01.01.2025 bis 31.12.2029	7
13	KUA/065/2024/1	Ergänzung zur Beschlussvorlage Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Auslobungsbeschluss	vertagt
14	KUA/066/2024	Ergänzung zur Beschlussvorlage Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Standortentscheidung auf dem Gelände der Messe GmbH Düsseldorf und Errichtung einer Interimsspielstätte	vertagt
15	APS/033/2024	Grundstücksangelegenheit	7
16	RAT/183/2024	Verlängerung der Bestellung einer Geschäftsführung	9

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Dr. Keller	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Angerhausen	CDU
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Born	Die Linke
Ratsherr	Bremer	CDU
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Cordes	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsherr	Droste	FDP
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsherr	Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Fix	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Fobbe	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Gelbke-Mößmer	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Dr. Graeßner	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Heyden	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Hinkel	CDU
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsherr	Jörres	AfD
Ratsfrau	Klinke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Kraljic	AfD
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsherr	Kühbacher	SPD
Ratsherr	Labouvie	CDU
Ratsfrau	Lehmann	Die Linke
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsherr	Lemmer	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsfrau	Löffler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mansheim	CDU
Ratsfrau	Marmulla	Die Linke (bis 18.30 Uhr)
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsfrau	Mirus	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Dr. Möller	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsfrau	Quammar	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Panhaus	SPD
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsfrau	Dr. Proschmann	SPD
Ratsfrau	Dr. Rachner	FDP

Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Rehne	FDP
Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsherr	Schenk	SPD
Ratsfrau	Schentek	CDU
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schmidt	CDU
Ratsherr	Dr. Schork	FDP
Ratsherr	Dr. Schröder	CDU
Ratsherr	Schulte	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsherr	Dr. Schulz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Schwenk	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Speit	CDU
Ratsfrau	Spillner	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Thämer	CDU
Ratsfrau	Tonsen	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Wensel	CDU
Ratsherr	Wiedon	CDU
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:

Stadtdirektor Hintzsche
 Stadtkämmerin Schneider
 Beigeordnete Zuschke
 Beigeordneter Zaum
 Beigeordneter Kral
 Beigeordnete Koch
 Beigeordnete Zur
 Beigeordneter Wagner

Entschuldigt:

Ratsherr	Charchira	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	El Ghazali	SPD
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsherr	Mielczarek	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Tischendorf	CDU

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.09 Uhr

Oberbürgermeister Dr. Keller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 29. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode heute, am 8. Mai, um 14 Uhr.

Wie immer läuft seit der Eröffnung der Sitzung die Liveübertragung und die Aufzeichnung. Die Speicherung der Ratssitzung gemäß Beschluss des Rates vom 10.09.2015 steht ab kommenden Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereit. Gemäß § 3 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung endet die Abrufmöglichkeit mit der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung durch den Rat. Der Übertragung zugestimmt, aber der Speicherung widersprochen hat Ratsfrau Heyden.

Wenn jetzt auch die Letzten ihre Plätze eingenommen haben, würde ich gern fortfahren und Sie alle noch einmal sehr herzlich begrüßen, auch die Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort und am Stream, die Medienvertreterinnen und Medienvertreter, die Gaststenografin, die Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher am Stream und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Projektteam Deutsche Oper am Rhein für den Neubau unseres Opernhauses. Ich weiß es nicht, aber Ihr Besuch heute könnte vergeblich sein. Wir werden aber sehen, wie die Sitzung verläuft. Trotzdem herzlich willkommen und vielen Dank für Ihre bisher geleistete Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf darauf hinweisen, dass wir die Anwesenheitsliste nicht mehr auslegen, sondern – wie schon beim letzten Mal – durch die Reihen gehen lassen.

Wir haben einer ganzen Reihe von Geburtstagen zu gedenken. Ich mache das pauschal und gratuliere all denjenigen, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag gefeiert haben. Herzlichen Glückwunsch Ihnen allen! Sie wissen, wer gemeint ist.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben eine Reihe von Abwesenheiten und Pairings. Ganztätig abwesend sind Ratsfrau Elsholz, Ratsherr Mielczarek und Ratsherr Charchira. Bis 15 Uhr sind abwesend Ratsherr Schwenk und Ratsherr Cardeneo, wobei ich Ratsherrn Schwenk gerade gesehen habe. Er ist also doch da. Oder sind Sie ab 15 Uhr nicht mehr da?

(Ratsherr Schwenk [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, ich bin da!)

– Einfach da, sehr gut.

Ab 18.30 Uhr verlässt uns Ratsfrau Marmulla.

Pairing ist vereinbart zwischen Ratsherrn Münter und Ratsherrn El Ghazali, zwischen Ratsherrn Figge und Ratsherrn Wiedon, zwischen Ratsherrn Tischendorf und Ratsfrau Dr. Proschmann sowie zwischen Ratsfrau Mucha und Ratsfrau Goldberg-Hammon.

All denjenigen, die krankheitsbedingt fehlen, wünsche ich gute Genesung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich gern einige Worte vorausschicken:

Wir tagen heute hier im Plenarsaal des Rathauses an einem historisch bedeutsamen Tag. Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der vollständigen, bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Nazi-Deutschlands. Wir begehen dieses Datum als einen Tag der Befreiung. Es war die Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, es war das Ende

des Faschismus in Deutschland und des staatlich verordneten Antisemitismus. Es endete das schreckliche millionenfache Morden in Konzentrationslagern und auf Schlachtfeldern. Es endete die Zerstörung von Städten und zivilem Leben.

Dieser Tag vor 79 Jahren bedeutete eine Zäsur für Deutschland, für Europa und die Welt. 1945 steht als Jahreszahl für den staatlichen und gesellschaftlichen Neuanfang Deutschlands. Wir sprechen auch oft von der „Stunde Null“. Es begann der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung basierend auf Rechtsstaatlichkeit und Achtung von Menschenrechten. Es begann die Rückkehr unseres Landes in die Staatengemeinschaft.

Das Fundament dieses Neuanfangs bildete das vom Verfassungskonvent entwickelte und von den Alliierten später genehmigte Grundgesetz. Es wurde am 23. Mai 1949, vor bald 75 Jahren, in der Sitzung des damaligen Parlamentarischen Rates verkündet. Der 8. Mai 1945 und der 23. Mai 1949 stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Bis heute bildet das Grundgesetz die Grundlage allen staatlichen Handelns. Es ist auch die Grundlage dafür, dass wir hier und heute als von der Bürgerschaft frei gewähltes Gremium offen diskutieren können. Das Grundgesetz ist zudem Kompass gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 23. Mai möchten wir diesen besonderen Geburtstag mit einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Marktplatz feiern. Dazu darf ich Sie heute, am 8. Mai, an dem wir der Befreiung Deutschlands gedenken, schon einmal sehr herzlich einladen. Lassen Sie uns an diesem Tag ein Zeichen dafür setzen, dass wir zu unserem Grundgesetz und seinen Werten stehen und unsere Demokratie und unsere Freiheit gegen alle inneren und äußeren Anfeindungen verteidigen. Herzliche Einladung dazu!

(Allgemeiner Beifall)

1

Anerkennung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wie immer richtet sich die Redezeitbegrenzung nach der Geschäftsordnung des Rates. Die Anfragen werden mündlich in dem dafür vorgesehenen zeitlichen Rahmen beantwortet. Unsere 20-Uhr-Grenze soll Bestand haben.

Die Einladung und die Tagesordnung sind Ihnen rechtzeitig zugegangen. Ursprünglich wurde unter TOP 5 und unter TOP 7 ein Bericht der Kleinen Kommission Radverkehr angekündigt. Hierbei ist es bei TOP 7 zu einem Übertragungsfehler gekommen. Es handelt sich tatsächlich um einen Bericht der Kleinen Kommission für Nachhaltigkeit. In „Session“ wurde der Tagesordnungspunkt auch schon entsprechend korrigiert. Dieser Bericht der Kleinen Kommission für Nachhaltigkeit wurde mit der ersten Nachlieferung am 07.05.2024 zurückgezogen.

Weiter wurden mit der ersten Nachlieferung für den öffentlichen Sitzungsteil die Ratsvorlagen zu TOP 29 – Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien – und TOP 32 – die Beschlusskontrolle des Rates – nachgereicht.

Zudem liegen Ihnen unter TOP 3 insgesamt vier Anfragen aus aktuellem Anlass vor.

Als neue Tagesordnungspunkte wurden mit der ersten Nachlieferung der TOP 37 – Bericht aus der Kleinen Kommission Kunstpalast – und TOP 38 – Düsseldorfer Gesundheitskonferenz, Ersatzbestellung eines ordentlichen Mitglieds – aufgenommen. Zudem ist unter TOP 39 die Genehmigung einer dringlichen Entscheidung nach § 60 der Gemeindeordnung hinzugekommen.

Zu TOP 16 haben Sie unter TOP 16.1 einen Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion erhalten.

Wir machen einen Schnelldurchlauf durch die Verwaltungsvorlagen unter Einbeziehung der nachgereichten TOPs 38 und 39. Das machen wir heute, wie üblich, nach den Berichten, also bisher TOP 5 und TOP 6. Wenn es keinen Widerspruch gibt, würde ich den nachgereichten Bericht Kleine Kommission Kunstpalast unmittelbar hinter den TOPs 5 und 6 aufrufen.

Unter TOP 36 behandeln zwei Anträge die Seenotrettung, nämlich 36.4 und 36.12. Ich schlage vor, dass wir diese zusammenziehen und unmittelbar nacheinander abstimmen. Ist es in Ordnung, dass wir diese in einem besprechen? – Dann verfahren wir entsprechend.

Unter TOP 36 sind des Weiteren insgesamt fünf Anträge, die sich mit der Oper beschäftigen. Dabei handelt es sich um die TOPs 36.2, 36.5, 36.6, 36.7 und 36.8. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs schlage ich vor, dass wir diese zu TOP 19 ziehen und alles dort zusammen behandeln; wenn wir es denn behandeln. Ich habe gehört, dass dazu gleich ein Tagesordnungsantrag angekündigt ist. Ich gehe davon aus, dass dieser sich dann auf das gesamte Paket beziehen wird. Aber, wie gesagt, das bleibt dann gleich den Wortmeldungen vorbehalten. – Ihre Wortmeldung habe ich gesehen, Ratsfrau Marmulla.

Für die TOPs 19 und 20 wurde Beratungsbedarf angekündigt. Wir werden dann sehen, ob dies auch so gestellt wird. Ich rufe aber jetzt zu Wortmeldungen zur Tagesordnung auf. – Ratsherr Raub.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen Mitarbeitende der Deutschen Oper am Rhein! Ja, es stimmt: Das, was heute in der Zeitung stand, ist tatsächlich so. Namens der SPD-Ratsfraktion melde ich für die Tagesordnungspunkte 19 und 20, – Auslobungsbeschluss Oper und Interim für die Oper – Beratungsbedarf an. Ich halte mich kurz. Ich weiß, wir reden zur Tagesordnung; ich mache die Diskussion jetzt nicht auf.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auch dafür gilt die Redezeitbegrenzung.

Ratsherr Raub (SPD): Aber drei Sätze möchte ich schon dazu sagen. Es hat nichts damit zu tun, dass wir grundsätzlich gegen die Oper sind. Das haben wir auch so erklärt. Wir denken nur, dass bei dem Verfahren angesichts der Bedeutung dieses Vorhabens doch einige Verbesserungen, Ergänzungen und so weiter notwendig sind. Wir müssen klären, inwiefern das überhaupt möglich ist. Deswegen haben wir den Beratungsbedarf angemeldet. Wir gehen davon aus, dass das Haus diesem Beratungsbedarf folgt.

Ich appelliere natürlich an die von Herrn Oberbürgermeister gerade genannten Antragsteller, ihre Anträge dann auch zurückzustellen, da sie im Zusammenhang behandelt werden sollten und müssen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich möchte nur anbieten, dass wir in der nächsten Sitzung die ganzen Anträge dann unter einem Tagesordnungspunkt mit den Verwaltungsvorlagen aufrufen. – Aber, Ratsfrau Marmulla, ich möchte Ihnen nicht vorgeifen.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Vielen Dank. – Wir sind mit dem vorgeschlagenen Verfahren nicht einverstanden. Wir wollen unseren Antrag zur Oper und zu den anderen Kulturbauten unter dem Antragsblock gern aufrechterhalten.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix und dann Ratsherr Dr. Fils.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank. – Wir wollen gern unsere Anträge dann zur nächsten Ratssitzung stellen, wenn der große Themenblock Oper besprochen wird. Damit haben Sie alle auch noch einmal Zeit, über unseren sehr guten und konstruktiven Verbesserungsvorschlag nachzudenken. Wir freuen uns nächstes Mal auf die Diskussion. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Danke. – Ratsherr Dr. Fils, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen! Dann sollten wir in Konsequenz wirklich alles im Zusammenhang mit der Oper in der nächsten Sitzung behandeln. Deshalb beantrage ich für die CDU-Fraktion, dass wir den Tagesordnungspunkt 21 ebenfalls aufgrund Beratungsbedarf in die nächste Sitzung schieben – Stichwort „Errichtung Hochregallager“.

(Beifall von Bürgermeister Hinkel [CDU])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich fasse das jetzt einmal zusammen: Wir haben Beratungsbedarf für die Tagesordnungspunkte 19, 20 und 21 angemeldet. Wir haben den Antrag der Ratsfraktion Die Linke unter TOP 36.2.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau, der bleibt!)

Der bleibt. Alle anderen Tagesordnungspunkte sind vom Beratungsbedarf miterfasst, und wir würden sie am 27. Juni im Paket behandeln.

Ich darf noch einmal schauen: Ratsfrau Marmulla, wir könnten ein bisschen Sitzungsökonomie betreiben.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Nein, wir sind unversöhnlich!)

– Das ist Ihr Recht. Dann bleibt TOP 36.2 auf der Tagesordnung.

Ich darf fragen: Möchte jemand mit diesen Ergänzungen, Änderungen und Modifikationen die Tagesordnung nicht genehmigen oder sich enthalten? – Dann haben wir die Tagesordnung einstimmig so **genehmigt** und verfahren entsprechend.

2

Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 22.02.2024 (SI-RAT/001/2024)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die Niederschrift liegt Ihnen vor. Möchte sie jemand nicht genehmigen oder sich enthalten? – Frau Bürgermeisterin Zepuntke enthält sich. Dann haben wir die Niederschrift entsprechend einstimmig so **genehmigt**.

3

Anfragen aus aktuellem Anlass

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierfür stehen uns 30 Minuten zur Verfügung, die jetzt beginnen.

3.1

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Tod eines Pferdes während eines Rennens am 5. Mai 2024 auf der Galopprennbahn Düsseldorf RAT/185/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Krüger hat dazu das Wort.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Galopprennen dienen nur der Unterhaltung von Menschen. Pferde

würden das, wenn sie es sich aussuchen könnten, nicht machen. Das sieht man schon daran, dass Rennpferde, die natürlich sehr teuer sind und dementsprechend auch gut gepflegt werden, ärztliche Unterstützung haben et cetera – mehr als Freizeitpferde –, trotzdem häufiger Krankheiten haben, und zwar stressbedingt. Magengeschwüre gehören dazu.

Vor drei Tagen gab es den Fall, dass ein Pferd einen Unfall hatte. Natürlich kann so etwas passieren; auch Menschen haben Unfälle. Der Unterschied dabei ist: Wenn Sie sich bei einem Unfall ein Bein gebrochen haben, legen Sie Ihr Bein für sechs Wochen hoch, und dann ist alles wieder gut. Wenn ein Rennpferd einen Unfall hat und sich ein Bein bricht, dann wird es direkt eingeschläfert. Das ist der kleine, aber feine Unterschied.

Wenn Sie alle oder einige von Ihnen zur Rennbahn gehen – einige sind auch Tierfreunde und gehen nicht dorthin –, sich dort gut unterhalten und ihre Kontakte pflegen, sollten Sie wissen, dass bei den Pferden, die dort rennen, auf die Sie wetten oder nur schauen, es gesetzlich erlaubt ist, dass die Peitsche während dieses Rennens fünfmal benutzt werden darf. Stellen Sie sich vor, Sie müssten dort laufen, und wenn Sie nicht schnell genug laufen, dann würde man mal kurz die Peitsche schwingen. Ich denke, Sie fänden das auch nicht so toll. Einige sehen das sicherlich anders, aber das ist für mich Tierquälerei.

Das Schlimmste ist, wie ich finde, dass man bei dieser Tierquälerei auch noch zuschaut. Das Allerschlimmste ist, wie ich finde, dass die Stadt Düsseldorf für diese Tierquälerei, also für die Rennbahn, auch noch Werbung macht. Auf der Internetseite der Stadt Düsseldorf steht sinngemäß: Das nächste Rennen ist dann und dann. Das finde ich ein Unding.

Man sagt immer, die Pferde machen das gern und werden so gut gepflegt. Sie sollten aber auch noch wissen: Man darf regulär fünfmal die Peitsche benutzen, und diese Peitsche, die Sie fünfmal benutzen dürfen, kommt meistens ganz zum Schluss zum Einsatz, weil die Tiere so erschöpft sind und nicht mehr können. Dann hilft man noch einmal nach. Manchmal ist es auch so, dass man einfach nur die Peitsche in das Gesichtsfeld des Pferdes hält. Das ist dann schon so abschreckend, dass die Pferde beim Erblicken der Peitsche automatisch – obwohl derjenige nicht zuschlägt – schneller laufen.

Das ist das, worauf ich eigentlich hinauswill: Sie sehen nur, dass das Pferd vielleicht fünfmal gepeitscht wird, aber das, was im Training passiert, dass dieses Tier so eine Angst entwickelt, dass es nur, wenn es die Peitsche sieht, automatisch schneller läuft, ist ein ganz anderes Thema. Dort liegt das Problem. Sie können nicht nachweisen, was in den Ställen passiert oder wie die Dressur ist. Unabhängig davon ist, dass die Pferde mit zwei Jahren praktisch erzogen werden, was viel zu jung ist. Dies sollte frühestens ab drei Jahren erfolgen.

Diesbezüglich habe ich jetzt noch eine Nachfrage – darum geht es hier ja –: Sind noch weitere Maßnahmen, also Werbemaßnahmen –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung! Dürfen wir die Fragen erst beantworten?

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Die Frage kommt jetzt, also die Zusatzfrage.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir müssten zunächst der Form halber die gestellten Fragen beantworten. Oder verzichten Sie auf deren Verlesung?

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Ich verzichte darauf. Ich wollte nur die Zusatzfrage stellen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Okay, dann ist das in Ordnung.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Ich dachte, um das ein bisschen schneller zu machen. Wir haben ja nur 30 Minuten und noch drei Anfragen auf der Tagesordnung.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir sind dafür sehr dankbar. Dann haben Sie das Wort zur ersten Zusatzfrage, Ratsfrau Krüger.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Danke schön. – Meine Zusatzfrage ist: Gibt es weitere Werbemaßnahmen von der Stadt Düsseldorf für diese Galopprennen? – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auf der Verwaltungsbank sind fragende Gesichter. Ich würde das jetzt einfach beantworten: Der Reiter- und Rennverein ist einer der ältesten Sportvereine, ich glaube sogar, der älteste Sportverein. Er übernimmt im Übrigen auch die Pflege des Geländes oben auf dem Grafenberg. Wir werden selbstverständlich auch in Zukunft darauf hinweisen, dass dort Sport gemacht wird und dass diese Veranstaltungen viele Tausend Besucher anziehen. Das werden wir weiter mitbewerben, ja. Ich sehe keine weitere Frage zu TOP 3.1.

3.2

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Süden

RAT/186/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Möchte die Anfrage eingebracht werden?

(Ratsherr Lemmer [Tierschutz/Freie Wähler]: Einfach beantworten! Nur beantworten!)

Dann bitte ich den Beigeordneten Zaum um Beantwortung dieser Anfrage.

Bei TOP 3.2 geht es um den Süden. Nicht verwechseln – der Norden ist erst unter TOP 3.3 an der Reihe.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, danke für den Hinweis. Ich habe glücklicherweise das richtige Papier gegriffen und beantworte die Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler zum Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und den Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Süden, wie folgt:

Frage 1: Welche ersten Erkenntnisse liegen der Fachverwaltung über Schäden an Mensch, Tier, Umwelt und Sachschäden im Düsseldorfer Süden vor (bei der Beantwortung bitte den Bereich Holthausen an der Kölner Landstraße Ecke Itterstraße/Bonner Straße extra ausweisen)?

Antwort: Die Feuerwehr Düsseldorf verzeichnet rund 45 unwetterbedingte Einsätze, die ab dem Nachmittag des 2. Mai 2024 anfielen. 35 davon fielen auf den Süden sowie die Mitte von Düsseldorf. Dabei handelte es sich in der Regel um wenige Zentimeter vollgelaufene Keller in Wohnhäusern. Zur Schadenabwehr wurden Wassersauger und Tauchpumpen von den Einsatzkräften eingesetzt.

Die Werksfeuerwehr Henkel hatte am 2. Mai 2024 zusätzlich 13 telefonische Meldungen über Unwettereinsätze im eigenen Zuständigkeitsbereich.

An der Bonner Straße/Kölner Landstraße kam es in einem Gebäude zu einem Wasserschaden. Die Einsatzkräfte leisteten hier Hilfe und waren 17 Minuten vor Ort.

Frage 2: Aufgrund welcher Zahlen, Daten und Fakten kam es am 2. Mai nach dem Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter im Düsseldorfer Süden zu den wohl unabwendbaren Folgen?

Antwort: Durch das Unwetter kam es an verschiedenen Gebäuden zu einem Wasserschaden. Die Feuerwehr führte die Gefahrenabwehr regulär durch. Nach bisherigen Erkenntnissen sind keine Personen zu Schaden gekommen.

Im Düsseldorfer Süden hat der Stadtentwässerungsbetrieb Düsseldorf bezüglich der Straßenabläufe keine Störmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Der angesprochene Kreuzungsbereich Itterstraße/Kölner Landstraße ist in der Starkregengefahrenkarte ein Überflutungspunkt. Die letzte turnusmäßige Reinigung der Abläufe im Kreuzungsbereich Itterstraße/Kölner Landstraße ist im Oktober 2023 erfolgt.

Frage 3: Welche ersten Schlussfolgerungen haben die Verantwortlichen aus den Antworten zu den Fragen 1 und 2 gezogen, sodass diese zu laufendem und verbesserndem Handeln der Verwaltung führen beziehungsweise zu Beschlussvorlagen für die kommunale Politik?

Antwort: Die Feuerwehr Düsseldorf handelt nach einem verwaltungsintern abgestimmten Einsatzplan und beachtet die Meldungen des Deutschen Wetterdienstes. Sie war auf die Unwetterlage vorbereitet und konnte alle Hilfeleistungsgesuche rasch bearbeiten. Der SEBD bietet bereits seit einigen Jahren eine für Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer kostenfreie Starkregenberatung an. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtentwässerungsbetriebes besichtigen vor Ort Immobilien und beraten mit Blick auf mögliche Schwachstellen und Eintrittsmöglichkeiten für Wasser. Nähere Informationen sind auf den Internetseiten des SEBD unter www.duesseldorf.de/sebd verfügbar. Termine können per Mail unter starkregen@duesseldorf.de oder auch per Telefon unter der angegebenen Telefonnummer verabredet werden. Vorab empfiehlt der SEBD einen Blick in die im Rahmen des Klimaanpassungskonzeptes der Landeshauptstadt Düsseldorf erstellte Starkregengefahrenkarte. Diese wurde in den vergangenen Jahren unter Federführung des SEBD weiter fortgeschrieben und steht der breiten Öffentlichkeit seit September 2021 digital unter dem Link www.maps.duesseldorf.de/starkregen zur Verfügung.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Von der anfragstellenden Ratsgruppe nicht. Im Übrigen sehe ich auch keine weiteren Fragen.

3.3

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Norden

RAT/187/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Zaum.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage aus aktuellem Anlass des Ratsherrn Lemmer zum Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter am 2. Mai 2024 und den Folgen, insbesondere für den Düsseldorfer Norden, wie folgt:

Frage 1: Welche ersten Erkenntnisse liegen der Fachverwaltung über Schäden an Mensch, Tier, Umwelt und Sachschäden im Düsseldorfer Norden vor (bei der Beantwortung bitte die Bereiche Flughafen und Graf-Engelbert-Straße in Angermund extra ausweisen)?

Antwort: Die Feuerwehr Düsseldorf verzeichnet rund 45 unwetterbedingte Einsätze, die ab dem Nachmittag des 2. Mai 2024 anfielen. 10 davon fielen auf den Norden von Düsseldorf. Dabei handelte es sich in der Regel um wenige Zentimeter vollgelaufene Keller in Wohnhäusern. Zur Schadenabwehr wurden Wassersauger und Tauchpumpen von den Einsatzkräften eingesetzt.

Im Bereich Niederrheinstraße/Danziger Straße kam es zu einer Überflutung der Straße. Die Feuerwehr reinigte die Wasserabläufe.

Die Flughafen Düsseldorf GmbH gibt für den Bereich Flughafen folgende Stellungnahme ab: Der Flughafen Düsseldorf war von den Unwettern am 2. Mai 2024 stark betroffen. Aufgrund von Gewitterzellen in Platznähe musste die Abfertigung auf dem Vorfeld mehrfach zeitweise eingestellt werden. Dies dient dem Schutz des Personals bei den Bodenverkehrsdiensten vor Blitzschlag und starken Windböen. Die hierfür etablierten Warn- und Steuerungsprozesse haben einwandfrei funktioniert, und es sind keine relevanten Schäden entstanden. Allerdings wurde der Flugbetrieb massiv beeinträchtigt, und es kam zu Verspätungen sowie Flugannullierungen. Dies war für die betroffenen Gäste unangenehm, in der Wettersituation aber nicht zu vermeiden.

Der Tag stellte in der Tat eine Extremsituation aufgrund des Wetters dar, die der Flughafen mit seinen Partnern jedoch gut bewältigt hat. Ansonsten weist der Flughafen im ersten Trimester 2024 hervorragende Werte bei Pünktlichkeit, Dauer der Sicherheitskontrolle, pünktliche Auslieferung des Gepäcks und verspätete Nachtlandungen auf. Von Januar bis März 2024 war DUS – wie schon im gesamten Jahr 2023 – der pünktlichste Großflughafen Deutschlands.

Frage 2: Aufgrund welcher Zahlen, Daten und Fakten kam es am 2. Mai nach dem Unwetter mit Regen, Hagel und Gewitter im Düsseldorfer Norden zu den wohl unabwendbaren Folgen?

Antwort: Durch das Unwetter kam es an verschiedenen Gebäuden zu einem Wasserschaden. Die Feuerwehr führte die Gefahrenabwehr regulär durch. Nach bisherigen Erkenntnissen sind keine Personen zu Schaden gekommen.

Bezogen auf den Düsseldorfer Norden liegen dem Stadtentwässerungsbetrieb Düsseldorf aktuell keine Informationen darüber vor, dass es sich bei den Schäden um Überflutungen aus Oberflächenabflüssen handelt oder unter anderem defekte oder nicht vorhandene Rückstausicherungen zu Kellerüberflutungen geführt haben.

Frage 3: Welche ersten Schlussfolgerungen haben die Verantwortlichen aus den Antworten zu den Fragen 1 und 2 gezogen, sodass diese zu laufendem und verbesserndem Handeln der Verwaltung führen beziehungsweise zu Beschlussvorlagen für die kommunale Politik?

Antwort: Die Feuerwehr Düsseldorf handelt nach einem verwaltungsintern abgestimmten Einsatzplan und beachtet die Meldungen des Deutschen Wetterdienstes. Sie war auf die Unwetterlage vorbereitet und konnte alle Hilfeleistungsgesuche rasch bearbeiten.

Der SEBD bietet bereits seit einigen Jahren eine für Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer kostenfreie Starkregenberatung an.

Diese Antwort entspricht der Antwort aus der Frage 3.2. Insofern kann ich, glaube ich, auf die weitere Verlesung verzichten. – Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ich darf zunächst Ratsherrn Lemmer fragen.

(Ratsherr Lemmer [Tierschutz/Freie Wähler] macht eine verneinende Geste.)

Er hat keine Frage. Aber Ratsherr Droste hat eine Zusatzfrage. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste.

Ratsherr Droste (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Da ich im Düsseldorfer Norden wohne, weiß ich, dass der Flughafen eine sehr große versiegelte Fläche ist. Auf der anderen Seite haben wir sehr große Regenrückhaltebecken. Diese Regenrückhaltebecken sind gerade für Starkregenereignisse sehr wichtig. Was ist Ihre Auffassung dazu als Verwaltung?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Da wir sie gebaut haben, haben wir, denke ich, eine Auffassung zum Sinn. – Frau Kämmerin.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsherr Droste, wir haben am Flughafen das, was wir brauchen. Das ist nach den Kapazitäten ausgelegt. Wir haben nicht nur große versiegelte Flächen, sondern auch große nicht versiegelte Flächen, auf denen viel versickert. Das, was verhindert werden muss, ist, dass das Wasser von den Start- und Landebahnen, also von den versiegelten Flächen, unkontrolliert irgendwo hinfließt, sondern dass das, was verschmutzt sein könnte, in die entsprechenden Abläufe geht.

Damit das nicht direkt von den großen versiegelten Flächen in das Kanalsystem eingespeist wird, gibt es Regenrückhaltebecken. Diese haben zwei Funktionen. Einmal halten sie Regen zurück und puffern sozusagen den Abfluss ab, und zum Zweiten kommt es zu einer Art Vorklärung, aber nicht im Sinne einer Klärung wie beim Klärwerk, sondern dort setzen sich Schwemmstoffe, Sande, alles, was mit weggespült wird, was jeder von seiner Terrasse kennt, zwischendurch ab und verschmutzen nicht das Rohrleitungssystem.

Gerade nach der Corona-Zeit ist der Flughafen natürlich intensiv bemüht, gemeinsam mit dem Stadtentwässerungsbetrieb diese Dinge zu optimieren, um auch keinen Eurocent mehr zu verbrennen als unbedingt nötig.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Schneider. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Diese sehe ich nicht. Dann können wir den Punkt verlassen.

3.4

Anfrage aus aktuellem Anlass des Rats Herrn Lemmer: Schutz von Tieren und Bepflanzungen an der Lilienthalstraße (Baustelle U81) durch eine zusätzliche Bewässerung nach stundenlangem Starkregen

RAT/188/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auch dazu bitte die Antwort der Verwaltung, Herr Beigeordneter Kral. – Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Beigeordneter Kral: Vielen Dank. – Es geht um die Anfrage „Schutz von Tieren und Bepflanzungen an der Lilienthalstraße (Baustelle U81) durch eine zusätzliche Bewässerung nach stundenlangem Starkregen“.

Frage 1 lautet: Aufgrund welcher Erkenntnisse, die der Stadtverwaltung Düsseldorf oder Dritten vorliegen, ist es geboten, nach anhaltenden Regenfällen von deutlich über 30 Litern je Quadratmeter binnen weniger Stunden zum Schutz der dort lebenden Tiere und der vor kurzem gepflanzten Begrünung noch zusätzlich durch einen Fachbetrieb zu bewässern?

Die Antwort zur Frage 1 lautet: Bei dem genannten Niederschlagsereignis am 02.05.2024 sind innerhalb kürzester Zeit über 30 Liter Wasser pro Quadratmeter niedergegangen. Diese örtlich hohe Regenmenge steht den Pflanzen allerdings nicht in Gänze unmittelbar zur Verfügung. Der anstehende Boden kann aufgrund seiner begrenzten Versickerungsfähigkeit nicht das ganze verfügbare Wasser innerhalb einer kurzen Zeitspanne aufnehmen. Überschüssiges Wasser läuft oberflächlich ab und steht den neu gepflanzten Bäumen nicht mehr zur Verfügung. Der den Wurzeln umgebene Boden ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Wasser gesättigt, sodass die Bäume auch nach einem solchen Niederschlagsereignis noch einen Wasserbedarf aufweisen. Um die tieferen Bodenschichten und somit die Wurzeln der Pflanzen ausreichend zu versorgen, wird dieser Bedarf durch eine zusätzliche, fachgerechte Bewässerung ausgeglichen.

Die ausführenden Firmen führen in aller Regel keine Wässerung durch, wenn tagelange Regenfälle vorausgegangen sind. Hierbei kann sich der anstehende Boden bis in tiefere Schichten mit Wasser sättigen. Die nach Pflegeplan durchgeführte fünfjährige Anwachspflege, wozu auch die regelmäßige Bewässerung gehört, stellt das Gelingen der Anpflanzmaßnahme sicher. Ein gelungenes Anwachsen

der Begrünung innerhalb dieser Zeit liegt im Verantwortungsbereich des Unternehmers. Sollte die Stadt Düsseldorf dem Unternehmer Auflagen erteilen, besteht die Gefahr, dass Gewährleistungsansprüche verlorengehen.

Frage 2: Wenn es keine belastbaren Erkenntnisse als Antwort zur Frage 1 geben sollte, frage ich: Wie verantwortungsbewusst geht die Stadt Düsseldorf, die Rheinbahn, Dritte hier mit dem Einsatz von Steuergeldern um, denn auch das Bewässern wird von den Düsseldorfer Bürgern bezahlt?

Hier verweisen wir auf die Antwort zur Frage 1.

Frage 3: Welche ersten Konsequenzen ziehen die Stadt Düsseldorf, die Rheinbahn, Dritte daraus, dass ein Fachbetrieb für Garten- und Landschaftspflege zur Bewässerung der vor kurzem gepflanzten Begrünung und der dort lebenden Tiere beauftragt wurde für einen Zeitpunkt, da in den Stunden zuvor über 30 Liter Regen auf den Quadratmeter niedergegangen sind, für künftige Beauftragungen?

Antwort: Keine. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das klingt, als wüsste unser Gartenamt ziemlich genau, was es tut. – Ratsfrau Krüger, Zusatzfrage?

(Ratsfrau Krüger [Tierschutz/Freie Wähler]: Ja!)

Sie haben das Wort, Ratsfrau Krüger.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Ich finde es natürlich super, dass regelmäßig bewässert wird. Gerade, wenn wir Sommer haben, es ist heiß, dann ist es natürlich schön, wenn die Pflanzen ein bisschen Wasser bekommen. Meine Frage dazu ist, ob man nicht Bewässerungssäcke an diesen Bäumchen installieren kann, was vielleicht etwas günstiger ist. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Kral, bitte, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Ich glaube, Bewässerungssäcke sind eine Maßnahme, die in einer bestimmten Wachstumsphase der Bäume angebracht ist. Ich habe es eben schon einmal bei der Beantwortung ausgeführt: Hier haben wir es gerade bei Anpflanzungen ins Ermessen der Fachfirmen gestellt, was die geeignete Bewässerungsmaßnahme ist, damit sie sicherstellen können, dass dieser Baum nicht eingeht, und diese entscheiden dann aus ihrem eigenen Management heraus, ob so ein Bewässerungssack ausreichend Wasser zur Verfügung stellt oder ob man mit dem Gießring oder Ähnlichem vielleicht noch andere Methoden heranziehen muss.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann können wir den Tagesordnungspunkt 3 verlassen.

4

Anfragen

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierfür stehen uns 45 Minuten zur Verfügung, die jetzt beginnen.

4.1

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Zahl der Gewaltfälle an Schulen in Düsseldorf seit 2014 bis heute

RAT/124/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auf Einbringung der Anfrage wird verzichtet. – Dann darf ich den Stadtdirektor bitten, die Anfrage zu beantworten. – Sie haben das Wort, Herr Kollege Hintzsche.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zur Frage 1: Aufgrund der in der Sachdarstellung benannten Presseveröffentlichungen fragen wir: Wie viele Gewaltfälle aller Arten (wie zum Beispiel Schläge, Tritte, sexuelle Übergriffe und so weiter und so fort) gab es an Schulen in Düsseldorf im Zeitraum vom 01.01.2014 bis heute?

Antwort: Eine Gesamteinschätzung zur Anzahl der Gewaltfälle an Schulen ist der Verwaltung nicht möglich. Es gibt keine generelle Meldepflicht von Gewaltvorfällen an Schulen in NRW. Gemäß Runderlass „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ vom 19. November 2019 liegt die Entscheidung zum Einbezug der Strafverfolgungsbehörden bei den jeweiligen Schulleitungen:

„Für den Fall des Verdachts eines Vergehens prüft die Schulleitung, ob pädagogische/schulpsychologische Unterstützung, erzieherische Einwirkungen beziehungsweise Ordnungsmaßnahmen ausreichen oder ob wegen der Schwere der Tat oder anderer gewichtiger Umstände [...] eine Benachrichtigung der Polizei oder der Staatsanwaltschaft erforderlich ist.“

Nur im Falle der Benachrichtigung der Strafverfolgungsbehörden fließt ein Gewaltvorfall an einer Schule in die Polizeiliche Kriminalstatistik ein. Es erfolgt aber keine gesonderte Ausweisung im Kontext Schule. Die Polizeiliche Kriminalstatistik umfasst insofern das „Hellfeld“ der bei der Polizei bearbeiteten Straftaten und keine vollumfassende Analyse der Thematik. Einer Steigerung oder Verringerung von Fällen in der Polizeilichen Kriminalstatistik können neben tatsächlich veränderten Fallhäufigkeiten auch andere Ursachen zugrunde liegen, etwa eine veränderte Anzeigebereitschaft an den Schulen, weshalb diese Daten keine valide Auskunft zu den Gewaltfällen aller Arten an Schulen in Düsseldorf im oben genannten Zeitraum liefern.

Frage 2: Wie konkret hat die Stadtverwaltung Düsseldorf auf die in der Antwort zur Frage 1 aufgeführten Gewaltfälle aller Arten reagiert, auch in Zusammenarbeit mit den Schulen sowie Dritten (zum Beispiel dem Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Polizei et cetera)?

Antwort: Der im November 2019 überarbeitete gemeinsame Runderlass „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ fördert die Zusammenarbeit von Jugendämtern, Schulen, Polizei, Justiz und Gesundheitsbehörden. Ziel ist eine enge Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure vor Ort, damit der Schutz der Kinder und Jugendlichen optimiert werden kann. Im Erlass ist unter anderem beschrieben, wie vor Ort Netzwerke der Prävention aufgebaut werden können, wie die unterschiedlichen Netzwerkpartner auf Fälle von (Gewalt-)Kriminalität reagieren und welche Unterstützung sie sich gegenseitig leisten. Entsprechende Strukturen sind auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf vorhanden und können von den Schulen bei (Gewalt-)Vorfällen unkompliziert aktiviert werden.

Wenn Jugendliche straffällig werden, hat die Jugendhilfe im Strafverfahren unter anderem die Aufgabe, dem Gericht geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, die weitere Straffälligkeit von Jugendlichen verhindern soll. Bei Kindern, die Straftaten verüben, geht es darum, frühzeitig zu intervenieren, damit ein Weg in die Kriminalität verhindert wird. Hier wird – wenn erforderlich – eng mit dem Bereich Hilfen zur Erziehung des Bezirkssozialdienstes zusammengearbeitet, um Familien in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.

Im sogenannten sekundärpräventiven Bereich, also wenn Kinder und Jugendliche bereits tatverdächtig oder straffällig geworden sind, gibt es zahlreiche Maßnahmen, die vom Jugendamt und den Freien Trägern mit Kooperationspartnern (Polizei, Schulpsychologie, Jugendberufshilfe und anderen) durchgeführt werden. Diese Maßnahmen können als Auflage durch die Staatsanwaltschaft beziehungsweise das Gericht festgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem Anti-Gewalt-Trainings, soziale Trainingskurse, Anti-Aggressions-Trainings, Täter-Opfer-Ausgleich, ambulante Maßnahmen für sexuell übergriffige Jugendliche und Heranwachsende im Kontext der Nutzung sozialer Medien, das Landesprojekt „Kurve kriegen“ (frühe intensive pädagogische Intervention bei Kindern und Jugendlichen, die mehrfach tatverdächtig sind) und die „Gelbe Karte“, Diversionstage zur frühzeitigen Intervention und gegebenenfalls Einstellung des Strafverfahrens mit pädagogischen Auflagen.

Durch das 16. Schulrechtsänderungsgesetz wurde in 2022 verfügt, dass jede Schule in NRW ein „Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch“ erstellt. Neben einem generellen Leitbild und der Ausgestaltung der Präventionsarbeit sollen im Schutzkonzept auch konkrete Handlungsanregungen für Gewaltvorfälle an Schulen hinterlegt werden. Alle Düsseldorfer Schulen haben mittlerweile mit dem Prozess der Schutzkonzepterstellung gestartet oder diesen bereits abgeschlossen. Als Ansprechpartner steht dabei neben anderen Akteuren das Zentrum für Schulpsychologie zur Verfügung und unterstützt die Schulen in ihrem Entwicklungsprozess.

Das Zentrum für Schulpsychologie ist darüber hinaus für alle Fragen der Gewaltprävention sowie Krisenintervention ansprechbar. Das Angebot umfasst unter anderem die Beratung von Lehr- und Fachkräften im Einzelfall, die Fortbildung und Professionalisierung von schulischen Beschäftigten, die Vermittlung von präventiven Maßnahmen und Programmen, die Vernetzung mit örtlichen Akteurinnen und Akteuren sowie die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen oder das System Schule betreffenden Krisen. Die notwendigen Schritte des Krisenmanagements orientieren sich dabei am Notfallordner „Hinsehen und Handeln“ des Ministeriums für Schule und Bildung sowie der Unfallkasse NRW. Dieser enthält konkrete Handlungsempfehlungen für eine Vielzahl an schulischen Krisenereignissen unterschiedlicher Schweregrade, unter anderem Amokdrohungen oder -taten, Gewaltandrohung, körperliche Gewalt, Raub und Erpressung. Darüber hinaus legt das Ministerium jeder Schule die Etablierung eines schulinternen Teams für Beratung, Gewaltprävention und Krisenintervention nahe. Bei der Organisation und Schulung dieser Teams unterstützt das Zentrum für Schulpsychologie. In seiner Arbeit kooperiert es eng mit Polizei, Notfallseelsorge, dem Jugendamt, Schulsozialarbeitenden vor Ort und weiteren Netzwerkpartnern.

Zur Finanzierung von Maßnahmen der Gewaltprävention sowie auch Nachsorge nach kriminellen Ereignissen steht jeder Schule ein eigenes Budget zur Verfügung. Darüber hinaus können Düsseldorfer Schulen unterstützende Finanzierung aus weiteren Etats beantragen, etwa über den Kriminalpräventiven Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, das Zentrum für Schulpsychologie, das Jugendamt, die Bezirksvertretungen oder die Unfallkasse NRW.

Zur Frage 3: Welche Auswirkungen, Reaktionen, Verbesserungen sind aus der Antwort zur Frage 2 ables- und wahrnehmbar?

Antwort: Die Themen Gewaltprävention und Krisenintervention haben an allen Schulen in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Durch die Neuauflage des Notfallordners im Jahr 2023, die Neufassung des oben genannten Runderlasses sowie die Aufforderung zur Erstellung eines schulinternen Schutzkonzepts haben die Schulen an Handlungssicherheit hinzugewonnen und bauen sukzessive mehr Ressourcen in den genannten Bereichen auf. Hierzu trägt auch der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit an Düsseldorfer Schulen wesentlich bei.

Die Angebote des Zentrums für Schulpsychologie zur Gewaltprävention und Krisenintervention werden regelmäßig einer kritischen Evaluation unterworfen und den konkreten Bedarfen der Schulen angepasst. Die Rückmeldungen der Schulen selbst zu diesen Unterstützungsleistungen sind durchweg positiv und werden rege und dankbar angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Gibt es dazu Nachfragen? – Ratsfrau Krüger, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Hintzsche, für die ausführliche Beantwortung unserer Anfrage. Ich habe nur eine Frage. Direkt auf der ersten Seite schreiben Sie:

„Nur im Falle der Benachrichtigung der Strafverfolgungsbehörden fließt ein Gewaltvorfall an einer Schule in die Polizeiliche Kriminalstatistik [...] ein.“

Jetzt kommt die Einschränkung:

„Es erfolgt aber keine gesonderte Ausweisung im Kontext Schule.“

Wenn ich das für mich richtig übersetze, heißt das, das wird in der Statistik in einen Topf mit allen anderen Verbrechen geworfen und es wird nicht explizit statistisch erwähnt, dass dieser Vorfall in der Schule mit Schülern stattfindet. Wenn das so wäre, würde mich das wundern, denn wir sind eigentlich ein Land von Statistiken. Es wird wirklich alles statistisch hier erhoben. Auch in den Schulen arbeitet man mit der Software „Schild“, wo man Tausend Sachen eingeben muss, weshalb man sich manchmal fragt, wieso die Leute das wissen wollen. Es wundert mich wirklich, dass das nicht statistisch erhoben wird. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist aber eine Frage der Polizeilichen Kriminalstatistik.

(Stadtdirektor Hintzsche: Das ist das Problem!)

Auf diese haben wir keinen Einfluss.

(Stadtdirektor Hintzsche: So ist das!)

Gibt es weitere Nachfragen? – Die sehe ich nicht.

4.2

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Bademeister in Düsseldorfer Schwimmbädern

RAT/125/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auch hierzu wird keine Einbringung gewünscht. Ich darf Herrn Beigeordneten Wagner in Vertretung für Frau Zur bitten, diese Frage zu beantworten.

Beigeordneter Wagner: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der Frage: Da auch in Düsseldorf Bademeister fehlen, fragen wir: Was konkret hat die Stadtverwaltung Düsseldorf und die Bädergesellschaft Düsseldorf mbH unternommen, Bademeister auszubilden beziehungsweise ausgebildete einzustellen?

Antwort: Die Bädergesellschaft Düsseldorf mbH hat in den aktuell herausfordernden Zeiten der Fachkräftegewinnung, wodurch in anderen Kommunen regelmäßig kurzfristig Bäder schließen mussten, alle Bäder zuverlässig betrieben. Aufgrund von drei weiteren geöffneten Bädern in der diesjährigen Sommersaison ergreift die Bädergesellschaft eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen, die darauf abzielen, Auszubildende zu rekrutieren und offene Stellen zu besetzen. Dazu zählen unter anderem Entwicklung des eigenen Speeddating-Formates Job-Watch, für ein gegenseitiges persönliches und unkompliziertes Kennenlernen sowie eines kurzen und effizienten Recruiting-Prozesses, anwerbungsoffensive Mitarbeitende werben Mitarbeitende, Besuch von Job- und Ausbildungsmessen, Streuung der Rekrutierungskampagnen über verschiedene digitale und analoge Kanäle, um möglichst viele interessierte Kandidatinnen und Kandidaten anzusprechen und

zu erreichen, Kontakte/Besuche mit Schulen und Universitäten, um potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig zu identifizieren und zu ermutigen, enge Zusammenarbeit mit Arbeitsvermittlungen/Sozialbehörden und Bildungseinrichtungen sowie Wohlfahrtsverbänden, nach Verfügbarkeit Angebot von Wohnungen beziehungsweise Hilfe bei der Wohnungssuche.

Durch diese und weitere Maßnahmen konnte die Bädergesellschaft Düsseldorf bereits drei Auszubildende für das kommende Ausbildungsjahr gewinnen. Zudem beschäftigt die Bädergesellschaft aktuell mit 20 Auszubildenden so viele Auszubildende wie kein anderer Bädere Ausbildungsbetrieb in Nordrhein-Westfalen.

Frage 2: Welche Herausforderungen und Schwierigkeiten haben sich in den Ausbildungsbeziehungsweise Bewerberprozessen für Bademeister ergeben?

Antwort: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren signifikant verändert. Heutzutage wird häufig von einem „Arbeitnehmendenmarkt“ gesprochen, was vereinfacht gesagt zum Ausdruck bringt, dass die Zahl der Arbeitskräfte auf eine höherliegende Zahl von Stellenangeboten trifft. Der Wettbewerb wird dadurch intensiviert. Dies trifft ebenso das Berufsbild der Fachangestellten für Bäderbetriebe zu. Trotz dieser Herausforderung ist es der Bädergesellschaft gelungen, Auszubildende zu gewinnen. Ich verweise auf die Antwort zu Frage 1.

Frage 3: Wie könnten Politik und Verwaltung bei der Bewältigung der in der Antwort zur Frage 2 angegebenen Herausforderungen und Schwierigkeiten helfen?

Antwort: Neben den bereits zuvor genannten Maßnahmen unternimmt die Bädergesellschaft hohe Anstrengungen, um die Mitarbeitenden-Bindung zu erhöhen, und arbeitet intensiv in unterschiedlichen Unternehmensbereichen an der Arbeitgebermarke. Im Bereich der Sozialleistungen wurde beispielsweise ein neues Angebot der betrieblichen Krankenversicherung entwickelt. Bei den internen Weiterbildungen werden im Rahmen der Erwachsenenbildung die betriebliche Ausbildung zum oder zur Fachangestellte/n für Bäderbetriebe für Quereinsteiger und rettungskundigen Personen angeboten. Es gibt eine Förderung für die Meisterausbildung sowie ein eigenes Traineeprogramm für Nachwuchsführungskräfte. Im Bereich der modernen Arbeitsmittel wird an den Digitalisierungsprozessen sowie der zeitgemäßen Ausstattung gearbeitet. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es Betriebsvereinbarungen zur flexiblen Arbeitszeit oder für die Rufbereitschaft.

In diesem Jahr wird eine Wiedererkennungsmarke für die Mitarbeitenden „BGD für Dich“ implementiert. Unter diesem Dach werden betriebliche Veranstaltungen wie ein Gesundheitstag, Firmenläufe oder Familienfeste organisiert.

Generell ergibt sich die Eingruppierung, also Bezahlung, aus dem Tarifvertrag und der hiernach einschlägigen Entgeltordnung. Der Tarifvertrag und die Entgeltordnung sind das Ergebnis der Vereinbarung zwischen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sowie den Gewerkschaften und dem Beamtenbund. Die Eingruppierung beziehungsweise Eingruppierungsstrukturen beziehungsweise Bezahlstrukturen sind daher im Normalfall kein Prozess, über den die Arbeitgeberin oder die Arbeitnehmer frei entscheiden können, sondern Rechtsfolge der ausgeübten Tätigkeit. Die Zuordnung nach dem Tarifvertrag ergibt sich wiederum aus der Branche, in dem das Unternehmen angesiedelt ist.

Allgemein bringt sich die Bädergesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen in die Thematik ein. Es gab bereits im Jahr 2022 mehrere Gespräche mit dem VKA zur Forderung, auch für die mittleren Lohngruppen eine Zulage gewähren zu können, um damit der Abwanderung des Fachpersonals auch in diesen Tarifgruppen entgegenzuwirken. Durch die Impulssetzung bei Berufsverbänden sowie durch Fachbeiträge in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden zum Thema „Anpassung und Aufwertung des Berufsbildes von Fachangestellten für Bäderbetriebe“ setzt sich die Bädergesellschaft Düsseldorf für eine Anpassung der Eingruppierungsstrukturen ein.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Beigeordneter Wagner. – Ich sehe keine weiteren Fragen.

4.3

Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Modernisiertes Staatsbürgerschaftsrecht

RAT/134/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Bürgermeisterin Gerlach.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Ampel hat in Berlin ein modernisiertes Staatsbürgerschaftsrecht beschlossen. In meinen Augen wurde es auch Zeit. Ich freue mich darüber, dass das passiert ist. Jetzt ist natürlich unsere Frage: Wie schnell kommt das hier in Düsseldorf an? – Von unseren 650.000 Einwohner*innen haben 160.000 Einwohner*innen einen ausländischen Pass. Das heißt, es ist durchaus von Interesse, zu erfahren, wie mit dem modernisierten Staatsbürgerschaftsrecht umgegangen wird. Natürlich stellt sich auch die Frage, wie Einbürgerungen dadurch erleichtert werden können.

Gerade die Zugewanderten aus Syrien – viele haben sich hier niedergelassen – möchten gern Deutsche werden, was ich sehr erfreulich finde. Aber es kommt immer wieder zu Problemen, weil der mitgebrachte Pass in der Zwischenzeit abgelaufen ist, weil sie schon 7 Jahre hier leben. Die Einbürgerung ist aber ohne aktuellen Pass nicht möglich. Das ist eigentlich die Kernfrage unserer Anfrage. Dazu kommt aber natürlich auch noch, wie grundsätzlich das Staatsbürgerschaftsrecht hier in Düsseldorf umgesetzt wird.

Jetzt freue ich mich aber erst einmal auf die Beantwortung und frage gern noch einmal nach. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Koch, bitte, Sie haben das Wort.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltung beantwortet die Frage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

Frage 1: Welche Einbürgerungsregelungen gelten nach dem am 19.01.2024 im Bundestag beschlossenen modernisierten Staatsbürgerschaftsrecht für Menschen, deren Pass abgelaufen ist und die auf Antrag bei ihren zuständigen Botschaften und Konsulaten ihrer Herkunftsländer keinen neuen Pass ausgestellt bekommen beziehungsweise Gebühren entrichten müssen, die ihre finanziellen Kapazitäten übersteigen?

Antwort der Verwaltung: Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ist am 26.03.2024 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und tritt in weiten Teilen am 27.06.2024 in Kraft.

Auf Einbürgerungsanträge, die bis zum 23.08.2023 gestellt worden sind, ist § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 (Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln) in der vor dem 27.06.2024 geltenden Fassung anzuwenden, soweit er günstigere Bestimmungen enthält. Über Anträge auf Einbürgerung wird bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nach aktueller Rechtslage entschieden.

Das aktuelle Staatsangehörigkeitsgesetz als auch das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts sehen vor, dass eine Einbürgerung nur möglich ist, wenn die Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 01.09.2011 festgestellt, dass die geklärte Identität und Staatsangehörigkeit notwendige Voraussetzung und unverzichtbarer Bestandteil der in § 10 Satz 1 Nummer 5 und § 11 StAG vorgesehenen Sicherheitsüberprüfung sind. Die Personendaten stellen die Basis für Ermittlungen

dar. Es besteht daher ein öffentliches Interesse an einer geklärten Identität. Eine Regelung der pass- und personenstandsrechtlichen Angelegenheiten zählt daher grundsätzlich nicht zu den unzumutbaren Bedingungen.

Im Zeitpunkt der Antragstellung wird gemäß den rechtlichen Vorgaben ein gültiges Ausweisdokument gefordert. Im weiteren Verlauf der Bearbeitung wird im Einzelfall auf eine Verlängerung verzichtet. Anerkannte Flüchtlinge sind im Besitz von Reiseausweisen für Flüchtlinge, ausgestellt von der kommunalen Ausländerbehörde. Eine Verlängerung ist in der Regel unproblematisch. Dass Gebühren für die Ausstellung beziehungsweise Verlängerung eines Nationalpasses nicht leistbar sind, wurde bisher nicht vorgetragen. Die Sicherung des Lebensunterhalts für den Antragsteller und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen aus eigenen Mitteln ist zudem Einbürgerungsvoraussetzung.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 23.09.2020 ein Stufenmodell für die Identitätsklärung festgelegt hat. Danach ist in Stufe 1 der Nationalpass, ein anerkannter Passersatz oder ein anderes amtliches Identitätsdokument mit Lichtbild zu fordern. Wenn derartige Dokumente nicht vorliegen und deren Erlangung objektiv nicht möglich oder subjektiv nicht zumutbar ist, so können in Stufe 2 amtliche Urkunden mit biometrischen Merkmalen (Führerschein, Dienstaussweis et cetera) zur Anerkennung kommen. Sofern auch diese Urkunden nicht vorliegen, können amtliche Dokumente ohne biometrische Merkmale (Geburtsurkunde, Meldebescheinigung, Schulzeugnisse et cetera) herangezogen werden. Beim Fehlen auch dieser Dokumente können sonstige Beweismittel (nichtamtliche Dokumente, Zeugenaussagen et cetera) zur Feststellung als Stufe 4 herangezogen werden. Es handelt sich immer um eine Prüfung im Einzelfall.

Frage 2: Welche Regelungen kann das Amt für Migration und Integration zur erleichterten Einbürgerung selbstständig und in welchem zeitlichen Horizont umsetzen?

Antwort: Das Amt für Migration und Integration kann nur innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen agieren. Erleichterungen stellen die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit, die Verkürzung der erforderlichen Aufenthaltszeit und Erleichterungen im Hinblick auf die Sicherstellung des Lebensunterhalts und den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse für die Gastarbeitergeneration dar.

Mit Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetzes werden alle anhängigen Verfahren einer angepassten Prüfung unterzogen werden. Anträge, die kurzfristig positiv entschieden werden können, werden priorisiert. Hierbei handelt es sich insbesondere um folgende Konstellationen: Einbürgerungsanträge, die bis zum 23.08.2023 gestellt wurden, da bei diesen Verfahren noch die günstigere Regelung zur Sicherung des Lebensunterhalts (Einbürgerung ist bei unverschuldetem Bezug öffentlicher Leistungen möglich) zur Anwendung kommt, Einbürgerungsverfahren, in denen bereits eine Einbürgerungszusicherung erteilt wurde, Einbürgerungsverfahren, in denen die verkürzten zeitlichen Voraussetzungen erfüllt werden, und Einbürgerungsverfahren für Personen, die der Gastarbeitergeneration zuzuordnen sind.

Es handelt sich um circa 8.500 Verfahren, die unter Anwendung der neuen Gesetzeslage geprüft werden müssen. Die Prüfungen erfolgen schnellstmöglich. Eine belastbare Angabe zur Zeitschiene ist jedoch nicht möglich, da jeder einzelne Fall betrachtet werden muss. Vor dem Hintergrund des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes wurden neue Stellen eingerichtet, um die erhöhten Antragszahlen zu bewältigen. Das sind im Sachgebiet Einbürgerung insgesamt 25 Stellen. 4,5 Stellen wurden neu geschaffen. Davon sind alle – bis auf eine – besetzt. Dies noch mündlich dazu vorgetragen.

Frage 3: Wie und wann werden die in Düsseldorf lebenden Betroffenen über die neuen Möglichkeiten informiert und beraten?

Antwort: Hier ist zu unterscheiden zwischen den bereits anhängigen Einbürgerungsverfahren und Personen, die beabsichtigen, einen Antrag unter Anwendung des modernisierten Gesetzes zu stellen.

In laufenden Verfahren informiert die Einbürgerungsbehörde in Form von Flyern und/oder in persönlichen Gesprächen. Inhaltliche Informationen zur Gesetzesänderung werden schnellstmöglich auf der Internetseite der Landeshauptstadt Düsseldorf eingestellt. Im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements sollen Interessierte ebenfalls über die Möglichkeiten der Einbürgerung informiert und begleitet werden. Zudem informiert die Einbürgerungsbehörde auch bei entsprechenden Veranstaltungen von Migrantenorganisationen oder Vereinen. So ist unter anderem eine Veranstaltung im Rahmen von KOMM-AN des Kommunalen Integrationszentrums im Sommer geplant.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Beigeordnete Koch, für den umfassenden Überblick. – Ich habe schon eine Wortmeldung von Ratsfrau Bednarski, aber die erste Zusatzfrage hat immer die anfragestellte Fraktion. Bürgermeisterin Gerlach und anschließend Ratsfrau Bednarski.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Miriam, herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Das hilft auf jeden Fall schon einmal weiter. Ich freue mich, dass es in den letzten Jahren schon so viele Einbürgerungen gegeben hat. Das ist auch eine Verwaltungsleistung, die dort erbracht wird. Es ist auf jeden Fall ein kompliziertes Verfahren. Ich glaube, man konnte aus dieser Antwort auch noch einmal ersehen, wie kompliziert das Ausländerrecht tatsächlich ist.

Ich freue mich auch darüber – das hast du noch einmal gesagt –, dass die Verwaltung die Stellen für die Einbürgerung erhöht hat, weil es tatsächlich viele Menschen gibt, die sich einbürgern lassen wollen, dem auch Rechnung getragen werden soll.

Meine Frage ist, weil ich es tatsächlich so kompliziert finde: Wie ist es bei folgendem Szenario, wenn ich eine Person bin, die sich einbürgern lassen möchte? Ich habe meine Identität beim Amt feststellen lassen, ich habe dort den Ausweis sozusagen hinterlegt, es ist also völlig klar, woher ich komme, wer ich bin und wann ich geboren wurde. Ich möchte mich jetzt einbürgern lassen, konnte aber meinen Pass nicht verlängern lassen. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich eine konkrete Antwort darauf bekommen könnte.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Muss das im Rat diskutiert werden?)

– Ja, ich finde schon, dass man das hier im Rat diskutieren kann, weil wir 160.000 Menschen hier in Düsseldorf mit ausländischem Pass haben. Wir sind auch dafür verantwortlich, dass diejenigen, die sich dafür entscheiden, sich einbürgern zu lassen, das auch tun können. Das macht die Verwaltung gut. Deshalb möchte ich das tatsächlich auch so fragen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Es geht auch nicht um eine Diskussion, sondern um eine Auskunft, wie es geht. Ich habe das eigentlich aus der Antwort auf die erste Frage ziemlich deutlich herausgehört, aber vielleicht wiederholt die Beigeordnete noch einmal das, was sie eben gesagt hat.

(Ratsfrau Lehmhaus [FDP]: Noch einmal langsam!)

Bitte, Frau Koch.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Tatsächlich gibt es ein Stufenmodell, das Sie in unserer Antwort finden. Ich habe es auch so vorgetragen, dass wir grundsätzlich davon ausgehen, dass es Menschen möglich ist, in den Botschaften und Konsulaten

ihre Pässe zu verlängern. Es gibt sehr unterschiedliche Gebühren, was wir auch wissen. Aber Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, müssen in der Regel – bis auf ganz wenige Ausnahmen – auch ihren Lebensunterhalt sichergestellt haben. Deshalb sind die Gebühren an sich kein Hindernis.

Dieses Stufenmodell, das ich vorgetragen habe, besagt, dass man bis zur Stufe 4 tatsächlich auch nichtamtliche Dokumente, Zeugenaussagen et cetera vorlegen kann. Das ist immer eine Einzelfallprüfung, was ich auch dazu sagen möchte. Wenn Sie, Frau Bürgermeisterin, gerade die Verwaltung gelobt haben, kann ich das gern nur noch einmal unterstreichen: Wir haben im Jahr 2023 unter den alten Bedingungen 2.757 Einbürgerungen durchgeführt. Wir sind in diesem Jahr bereits bei 1.323. Das ist landesweit einer der vorderen Plätze. Wir waren tatsächlich auch schon oft die Nummer eins.

(Beifall von Bürgermeister Hinkel [CDU] und Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Bednarski für die zweite Zusatzfrage, bitte. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Anwesende! Liebe Frau Koch, ich bin noch nicht ganz zufrieden. Zufrieden bin ich auf jeden Fall mit der Zahl der Einbürgerungen und der Anzahl der zusätzlichen Stellen, die geschaffen wurden. Das ist schon herausragend. Aber dazu, was Frau Bürgermeisterin Gerlach anfangs schon sagte, dass es gerade in Bezug auf die syrischen Zugewanderten Probleme gibt, kann ich noch hinzufügen: Ein syrischer Expresspass kostet bis zu 800 Euro, dauert bis zur Aushändigung mehrere Wochen und ist 2 Jahre gültig. Ja, die Familien müssen ihren Lebensunterhalt bestreiten können, aber wenn eine Familie vier Köpfe hat, von denen alle einen solchen Pass brauchen, frage ich mich: Wovon sollen sie in dem Monat leben, in dem sie diese Pässe bezahlen müssen? – Deshalb auch wirklich noch einmal die Frage: Ein abgelaufener Nationalpass ist eigentlich ein offizielles Dokument, das nur abgelaufen ist. Warum wird das unter der Liste vom Bundesverwaltungsgericht nicht aufgeführt? Es war schließlich mal ein offizielles Dokument und ist jetzt leider ein bisschen alt und abgelaufen. Deshalb noch einmal die Frage.

Die Kosten spielen schon eine Rolle. Sie haben gesagt, Sie kennen die Fälle nicht. Ich kenne diese Fälle aber aus meiner Beratungstätigkeit tatsächlich, in denen die Leute das Geld nicht hatten. Hinzu kommt, dass sie auch noch nach Berlin fahren müssen und an dem Tag nicht arbeiten können, sie müssen für die Kinder eine Betreuung organisieren und so weiter. Die Kosten, die die Syrer verlangen, sind, glaube ich, in der Welt am höchsten. Sie finanzieren damit wahrscheinlich noch etwas anderes, wenn das Geld bei denen eingeht. Warum ist kein abgelaufener Pass möglich?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Koch, bitte. Es folgt Ratsherr Lemmer. – Sie haben das Wort.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ratsfrau Bednarski, ich kann jetzt nur noch einmal das Stufenmodell wiederholen. Die kommunale Ausländerbehörde und damit die Landeshauptstadt Düsseldorf hat keinen Einfluss auf die Gebühren, die in den einzelnen Botschaften und Konsulaten erhoben werden. Außerdem haben wir auch keinen Einfluss darauf, was der Bundesgesetzgeber – es handelt sich hierbei um ein Bundesgesetz – aus seiner Gesetzgebung letztlich macht. Ich denke aber, dass mit diesen vier Stufen, die möglich sind, tatsächlich eine Möglichkeit besteht, mit verschiedenen Dokumenten zur Identitätsklärung beizutragen und damit dann auch die Einbürgerung zu erlangen, was tatsächlich im Ausländerrecht kein kompliziertes Verfahren ist. Es gibt sehr viele komplizierte Verfahren im Ausländerrecht, aber die Einbürgerung ist sehr systematisch und sehr gut bearbeitbar.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Lemmer hat die dritte Zusatzfrage. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Lemmer (Tierschutz/Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das modernisierte Staatsbürgerschaftsrecht ist begrüßenswert. Ich war am Montag im Integrationsrat in Duisburg. Die dortige Stadtverwaltung hat sich dahin gehend vorbereitet, dass sie damit rechnet, in den nächsten sechs Monaten 15.000 Einbürgerungen durch die türkische Community, was zu begrüßen ist, in Duisburg zu erwarten haben. Das, was mich dabei besonders interessiert, ist: Erwarten wir einen solchen Run auch hier? Hat die Düsseldorfer Stadtverwaltung eine solche Analyse auch getätigt? – Die Stadt Duisburg hat diesbezüglich extra 20 zusätzliche Stellen bereitgestellt, damit die Einbürgerungen nicht verschleppt werden, sondern zügig vorangetrieben werden. Das würde mich interessieren. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Auch dazu hatten wir eben schon etwas gehört, aber gern noch einmal die Beigeordnete für Integration und Kultur.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich lese noch einmal vor: Es handelt sich tatsächlich um 8.500 Verfahren, die wir gerade prüfen. Wir haben 4,5 Stellen zusätzlich eingerichtet. Das gesamte Sachgebiet Einbürgerung hatte vorher 25 Stellen. Ich glaube, daran sieht man auch, wie viel wir inzwischen prozentual aufgestockt haben. Ich schaue einmal zum Kollegen Olaf Wagner: Ich bin mir ziemlich sicher, bei weiter steigenden Zahlen von Einbürgerungsverfahren – das wäre erfreulich – werden wir dafür sicherlich auch eine Lösung finden.

(Beigeordneter Wagner nickt.)

Einbürgerungssachbearbeitung ist eine sehr beliebte Tätigkeit – auch beim Amt 54. Insofern habe ich keine Bedenken, dass wir diese Stellen dann auch tatsächlich schnell besetzt bekommen. Diese 4,5 Stellen, die schon vorhanden sind, haben wir auch schnell besetzt. Auch weitere Stellen wären sicherlich schnell besetzbar.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage wäre noch möglich, aber ich sehe keine Zusatzfrage zu diesem Punkt mehr.

4.4

Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Heinrich-Heine-Platz

RAT/135/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff möchte diese Anfrage einbringen. – Sie haben das Wort, Ratsherr Rohloff.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, beim Heinrich-Heine-Platz hat vorletztes Jahr die FDP-Fraktion dagegen gestimmt, einen öffentlichen Platz zum Spielball von privaten Investoren zu machen. Wenn man zum Heinrich-Heine-Platz geht, kann man dort seit sechs Monaten eine Bauruine und eine eklatante Baustelleneinrichtung bewundern. Deshalb ist das hier zu Recht immer Thema. Es ist nicht der Schützenplatz von Klein-Kleckersdorf, sondern es ist der zentrale Platz zwischen Königsallee und Altstadt der Landeshauptstadt Düsseldorf im bevölkerungsreichsten Bundesland – im Herzen unserer Stadt. Die Fußgängerinnen und Fußgänger – wenn Sie sich das einmal anschauen – quetschen sich dort allwöchentlich, insbesondere Samstag, durch. Es ist ein Verkehrschaos, und für Radfahrende ist es lebensgefährlich, sich rund um den Heinrich-Heine-Platz zu bewegen. Besonders schlimm und existenzgefährdend ist es – gerade, wenn man auf die Kasernenstraße und Breite Straße schaut – für die Einzelhändler, was die Umsatzrückgänge angeht.

In fünf Wochen sind wir in dieser Stadt Gastgeber für die Fußball-Europameisterschaft, und wir fragen uns: Wollen wir den Fußballfans aus ganz Europa, die unsere Stadt besuchen, unsere Stadt

und unsere Innenstadt so präsentieren, wie es momentan am Heinrich-Heine-Platz aussieht, oder kann man die Situation in den nächsten Wochen verbessern?

Wir hatten hierzu eine Debatte hier im Hause vor zwei Monaten im Februar. Damals hörte man ein Stück weit aus den Antworten von Schwarz-Grün und auch der Stadtspitze heraus, dass man auf das Prinzip Hoffnung setze. Es gebe irgendeinen thailändischen Investor, wenn ich den Medienberichterstattungen glauben kann, der das alles wieder in Ordnung bringe. Das ist uns, ehrlich gesagt, zu wenig. Wir würden uns da schon einen Plan B wünschen, wenn dieser thailändische Investor nicht bald um die Ecke kommt und diesen öffentlichen Platz fertigstellt. Deshalb heute unsere Frage, ob es abseits des Prinzips Hoffnung, was Schwarz-Grün und der Oberbürgermeister haben, noch andere Pläne für diesen zentralen Platz in unserer Stadt gibt. Wir freuen uns auf die Beantwortung.

(Beifall von der FDP und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich bitte Herrn Beigeordneten Kral um die Beantwortung. – Bitte, Herr Beigeordneter.

Beigeordneter Kral: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anfrage der FDP-Fraktion zum Heinrich-Heine-Platz gliedert sich in drei Fragen.

Frage 1: Wie gedenkt die Verwaltung die Platzsituation am Heinrich-Heine-Platz zur Europameisterschaft 2024 zu verbessern?

Die Antwort lautet: Die Verwaltung prüft zurzeit, welche Möglichkeiten bestehen, die Baustelleneinrichtung zu verkleinern und gegenüber dem jetzigen Bauzaun an einigen Stellen zu begradigen, um mehr Platz für Fußgänger zu gewinnen. Ebenfalls geprüft werden die Möglichkeiten einer Verbesserung des Erscheinungsbildes. Diesbezüglich befindet sich die Verwaltung momentan in bisher positiv verlaufenden Abstimmungsgesprächen mit der Düsseldorf Carschhaus GmbH. Auch die Düsseldorf Marketing GmbH sowie ein externer Marketinganbieter sind eingebunden. Ziel ist es, die vorgenannten Maßnahmen pünktlich zum Beginn der Europameisterschaft 2024 umzusetzen.

Die Fragen 2 und 3 haben wir in einer Antwort zusammengefasst.

Frage 2 lautet: Ist es möglich, dass die Baugrube des Lichthofs zurückgebaut wird?

Frage 3 lautet: Wie ist die weitere Planung in Bezug auf den Heinrich-Heine-Platz?

Antwort: Seit der Beantwortung der ähnlich gelagerten Ratsanfrage der Ratsfraktion Die Linke zur Ratssitzung vom 22.02.2024 stellt sich die Sachlage unverändert wie folgt dar: Der Vertragspartner des Umbauprojektes Heinrich-Heine-Platz hat bislang noch keinen Insolvenzantrag gestellt. Die Stadtspitze steht nach wie vor im regelmäßigen Austausch mit dem Vertreter der Düsseldorf Carschhaus GmbH zum aktuell laufenden Investorenprozess und informiert sich über die Fortschritte.

Die Verwaltung beurteilt eine Fortführung des Projektes auf Basis der bestehenden Verträge weiterhin als deutlich erfolgsversprechender als eine Kündigung der Verträge, da auf die vorhandenen und aufeinander abgestimmten technischen Planungen und wirtschaftlichen Konzepte zurückgegriffen werden kann. Dies betrifft auch den Lichthof, auch wenn ein Rückbau prinzipiell denkbar wäre.

Der Fokus der Stadtverwaltung liegt aufgrund dessen – bei einem auch zukünftig positiven Verlauf der Investorengespräche – weiterhin auf einer Wahrung der Kündigungsrechte der Landeshauptstadt sowie der Überprüfung der ordnungsgemäßen Sicherung der Baustelle bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Danke, Herr Kral. – Gibt es weitere Nachfragen oder überhaupt Zusatzfragen?

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Nein, das macht mich sprachlos!)

Dann sehe ich keine Zusatzfragen.

4.5

Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Ein Drittel frei finanzierter Wohnungsbau auf städtischen Flächen – zu welchem Preis?

RAT/136/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie haben das Wort, Ratsfrau Marmulla.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir beschäftigen uns in dieser Anfrage mit der Höhe der Mietkosten für frei finanzierte Wohnungen auf städtischen Flächen und auf Flächen, die den Tochtergesellschaften der Stadt gehören. Es ist so – diese Bemühungen sehen wir –, dass auf städtischen Flächen laut Aussage der Kooperation mit der Verwaltung bezahlbarer Wohnraum entstehen soll. Gleichzeitig gibt es den Wunsch und auch die Vorgaben vom Land, dass ein Teil frei finanziert werden soll. Daraus ergibt sich aus unserer Sicht eine gewisse Diskrepanz – frei finanziert die Höhe –, und wir haben jetzt eine gewisse Zeit lang gewartet, ob wir diese Höhe sozusagen aus den Vorlagen entnehmen können, wie viel das also am Ende für die Mieterinnen und Mieter kostet. Diese Information haben wir bislang nicht bekommen. Deshalb nutzen wir an dieser Stelle unser Anfragerecht und möchten mit der ersten Frage die Höhe der Mieten erfahren, die die Stadt plant, und mit der zweiten Frage, wann zu diesem Thema die Gremien beteiligt werden, und mit der dritten Frage, ob man nicht der SWD eine größere Rolle oder generell eine Rolle zuteilen könnte, damit diese Wohnungen im Endeffekt tatsächlich bezahlbar sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Zuschke zur Beantwortung, bitte. – Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Beigeordnete Zuschke: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ratsfrau Marmulla, ich beantworte Ihre Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Auf welcher Höhe plant die Stadt Düsseldorf, die Mieten für frei finanzierten Wohnungsbau auf städtischen Flächen beziehungsweise auf Flächen städtischer Beteiligungsunternehmen zu begrenzen? (Bitte als Quadratmeter-Miete und aufgegliedert nach angesprochenen Kriterien „Lage und Quartier“ und nach Möglichkeit kartiert.)

Die Antwort lautet wie folgt: Für eine ausgewogene Mischung im Quartier ist auf städtischen Flächen ein Anteil von frei finanziertem Wohnungsbau vorgesehen, deren Miethöhe unter Berücksichtigung von Lage und Quartier gedeckelt wird. Die Miethöhe ist von verschiedenen Faktoren abhängig. So muss zu jedem Projekt das Mietniveau im Umfeld, die besondere Lage und die Vorprägung beachtet werden. Aber auch die jeweiligen Aufwendungen zur Umsetzung des Projektes müssen berücksichtigt werden, da grundsätzlich eine wirtschaftliche Umsetzung möglich sein muss. So erfordern einige Projekte aufgrund lagebezogener Besonderheiten einen deutlich größeren Aufwand an Baureifmachung und Erschließung. Auf Grundlage dieser Parameter wird die Verwaltung im Rahmen der Beschlussvorlage zur Grundstückseinlage bei städtischen Töchtern oder aber im Rahmen einer Vergabe im Erbbaurecht an zum Beispiel Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen einen individuellen Vorschlag vorlegen.

Frage 2: Wann werden dem Rat und seinen Gremien entsprechende Pläne der Verwaltung zur Beratung vorgelegt?

Ein bisschen überschneidet sich jetzt die Antwort, Ratsfrau Marmulla, mit der Antwort aus der ersten Frage.

Antwort zur zweiten Frage: Die maximale Miethöhe des frei finanzierten Anteils auf einer städtischen Fläche wird dem Rat im Rahmen des Beschlusses zur Einlage von Grundstücken bei städtischen Töchtern oder im Falle einer Vergabe im Erbbaurecht zum Beispiel bei Genossenschaften oder anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zum Beschluss über den Erbbaurechtsvertrags vorgelegt.

Könnte der Anteil an vorgeschriebenen frei finanzierten Wohnungen grundsätzlich von der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft, SWD, im Auftrag der Landeshauptstadt Düsseldorf errichtet und zur reinen Kostenmiete vermietet werden? – Das ist Ihre dritte Frage.

Die Antwort lautet wie folgt: Die SWD errichtet nicht im Auftrag der Landeshauptstadt Wohnungen, sondern als wirtschaftlich und juristisch selbstständige Gesellschaft im eigenen Auftrag. Hierzu kann eine städtische Fläche, wie zum Beispiel im Projekt Elisabeth-/Bachstraße, in das Vermögen der städtischen Tochter eingelegt werden.

Zusammenfassend noch einmal das, was wir im APS und auch im Wohnungsausschuss bereits schon mehrfach diskutiert haben: Wir werden mit jeder Konzeptvergabe und mit jeder Einlage einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten und dies auch mit der Lage und den Kriterien, wie eben genannt, begründen. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla mit der ersten Zusatzfrage. Es folgen Ratsfrau Frey und Ratsfrau Dr. Proschmann.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Vielen Dank. – Eine Frage: Hat die Verwaltung eine Idee einer Obergrenze, also einer Mietobergrenze pro Quadratmeter, was sie gerade noch so als bezahlbar ansieht?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich glaube, die Antwort lautet nein. – Bitte, Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Vielen Dank für die Nachfrage. Die Antwort nach einer Obergrenze ist ein klares Nein, aber wir werden immer begründen, mit welchen entsprechenden Deckelungen wir hineingehen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Frey. Es folgt Ratsfrau Dr. Proschmann. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Frey.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Das Thema ist in der Tat ein sehr wichtiges Thema, die Miethöhen bei frei finanziertem Wohnungsbau auf unseren wertvollen städtischen Grundstücken oder denen unserer Töchter hinzubekommen. Das haben wir uns schon seit langem auf die Fahnen geschrieben. Zumindest gehe ich davon aus. Frau Zuschke hat gerade noch einmal deutlich gemacht, dass die Konzeptausschreibungen hier Entsprechendes vorsehen.

Meine Frage ist nun: Seit kurzem haben Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Verwaltung dieses Impuls-Förderprogramm auf den Weg gebracht beziehungsweise es ist in Arbeit. Hier geht es um den nicht vorhandenen Förderweg C für frei finanzierte Wohnungen, die preiswerter werden sollen. Könnte dieses Impuls-Förderprogramm eine Möglichkeit sein, als ein Baustein genau diese Lücke zu schließen, um eine Deckelung, die wir nicht festschreiben können, weil jedes Grundstück anders wertig ist und andere Gegebenheiten hat, zu erreichen? Könnte das nicht eine Möglichkeit sein, eine Lösung in Richtung günstigere Mieten zu schaffen?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Kollegin Zuschke, bitte.

Beigeordnete Zuschke: So, wie die Antwort eben zur Obergrenze nein war, ist die Antwort jetzt zum Thema Förderprogramm ja. Genau deshalb werden wir an diesem Förderprogramm arbeiten, und ich denke, dass wir im nächsten Sitzungszyklus sehr intensiv darüber diskutieren können.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann als Nächste mit der dritten Zusatzfrage. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Danke. – Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich natürlich sehr, dass unser Haushaltsantrag jetzt mittlerweile eine solche Popularität erhalten hat, der nämlich genau das gefordert hat, um dort auch Geld mit hineinzubekommen und diesen frei finanzierten Teil, diese Deckelung tatsächlich bezahlbar zu machen.

Ratsfrau Frey hat im Prinzip schon fast die Frage gestellt, die ich stellen wollte. Insofern werde ich sie noch einmal umformulieren. Würde es aber nicht gerade ein städtisches Förderprogramm erfordern, dass wir uns doch über gewisse Obergrenzen Gedanken machen, damit wir nicht rein fördern und dann kommen nachher 17 Euro heraus? – Vielen Dank.

(Beifall von Rats Herrn Raub [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Vielen Dank für die Präzisierung dieser Frage. – Mit dem Förderprogramm werden wir uns selbstverständlich mit angemessenen Mieten beschäftigen, aber die Frage war nach einer Obergrenze, und da bleibe ich bei meinem Nein. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Wir sind damit auch am Ende der Zeit angekommen, die uns für die Beantwortung der Anfragen zur Verfügung steht. Wir verlassen deshalb den Tagesordnungspunkt 4. Alle Antworten der Verwaltung auf die insgesamt 22 Anfragen können Sie nachlesen.

Wir machen weiter mit den Berichten, die, wie immer, nicht verlesen werden, sondern Ihnen schriftlich vorliegen beziehungsweise in „Session“ eingestellt sind. Nachfragen sind selbstverständlich zulässig.

5

Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr

RAT/130/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sind hierzu Nachfragen? – Das sehe ich nicht. Dann nehmen wir den Bericht so **zur Kenntnis**.

6

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

RAT/131/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es dazu Nachfragen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann nehmen wir den Bericht so **zur Kenntnis**.

7

Bericht aus der Kleinen Kommission für nachhaltige Entwicklung

RAT/132/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Den Bericht haben wir zurückgezogen. Wir haben zuerst die Überschrift korrigiert und ihn dann zurückgezogen.

37

Bericht aus der Kleinen Kommission Kunstpalast

RAT/181/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu das Wort gewünscht oder gibt es Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das erledigt und **zur Kenntnis** genommen.

Wir würden jetzt einen Schnelldurchlauf durch die Verwaltungsvorlagen machen.

8

Änderung bei der Besetzung des örtlichen Beirats der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter)

AGS/011/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Enthaltungen bei der AfD. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt eine Änderung der genannten Mitglieder der SPD-Ratsfraktion für die Besetzung des örtlichen Beirats der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter).

Als ordentliches Mitglied wird – für die Dauer der laufenden Wahlperiode – das Bürgermitglied Frau Franca Bavaj ernannt.

9

Richtlinie zur Vergabe von Fördermitteln für das Hof- und Fassadenprogramm

APS/013/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die „Richtlinie der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Vergabe von Fördermitteln für das Hof- und Fassadenprogramm im Rahmen des Städtebauförderprogramms Sozialer Zusammenhalt „Rath/Mörsenbroich – Mitten am Stadtrand“.

10

Flächennutzungsplanänderung Nr. 173 (Entwurf) – Heerdter Landstraße: Bau- und Gartenfachmarkt – Stellungnahmen, Planbeschluss

APS/021/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Der HFA hat die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Dann haben wir das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zur Flächennutzungsplanänderung Nr. 173 (Entwurf)*
– Heerdter Landstraße: Bau- und Gartenfachmarkt – während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.
- II. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Äußerungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/110/2023 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 25.10.2023, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- III. *Der Rat der Stadt beschließt*
den für ein Gebiet etwa südlich der Heerdter Landstraße, östlich der Grundstücksgrenze Heerdter Landstraße 243, nordwestlich entlang der ehemaligen Bahntrasse und westlich der Grundstücksgrenze des Grundstücks Heerdter Landstraße 227
- maßgebend ist der räumliche Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 173 (Entwurf) – Heerdter Landstraße: Bau- und Gartenfachmarkt -
erstellten Entwurf gemäß § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung als Flächennutzungsplanänderung Nr. 173 – Heerdter Landstraße: Bau- und Gartenfachmarkt - mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 01.02.2024 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).

11

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 04/009 – Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße

APS/022/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu noch einmal Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Äußerungen gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/096/2023 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 25.10.2023, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- II. *Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 04/009 - Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße - während der Veröffentlichung im Internet und der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.*

III. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 04/009 - Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße –.

Es handelt sich insbesondere um:

- Änderung des Hinweistextes zu Kampfmittel*
- Korrektur eines Übertragungsfehlers mit Anpassung der festgesetzten Straßenverkehrsfläche an die Örtlichkeit*

IV. Der Rat der Stadt beschließt

den für ein Gebiet zwischen Heerdter Landstraße im Norden und der ehemaligen Güterbahntrasse Neuss – Oberkassel im Süden sowie im Osten begrenzt durch die Flurstücke 120 und 166, Flur 43, Gemarkung Heerdter und im Westen durch die Flurstücke 268, 263, 255, 197, 211, 181, 48, 49, 47, 46 und 52, Flur 43, Gemarkung Heerdter,

- maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB im Bebauungsplan-Entwurf Nr. 04/009 - Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße –*

am 16.10.2013 unter der alten Plannummer 4977/042 aufgestellten und am 25.10.2023 ebenfalls unter der v.g. alten Plannummer geänderten und heute unter der neuen Plannummer erneut geänderten Bebauungsplan-Entwurf Nr. 04/009 - Bau- und Gartenfachmarkt Heerdter Landstraße - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 06.02.2024 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).

12

Flächennutzungsplanänderung Nr. 208 (Entwurf) – Hansaallee/Schwalmstraße

APS/031/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom HFA einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hier das Wort gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

- I. Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zur Flächennutzungsplanänderung Nr. 208 (Entwurf) - Hansaallee / Schwalmstraße - während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.*
- II. Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/105/2023 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 25.10.2023, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- III. Der Rat der Stadt beschließt*

den für ein Gebiet zwischen der Brüsseler Straße, der Hansaallee, der Schwalmstraße und der Maasstraße

 - maßgebend ist der räumliche Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 208 (Entwurf) - Hansaallee / Schwalmstraße -*

erstellten Entwurf gemäß § 5 Abs. 5 BauGB als Flächennutzungsplanänderung Nr. 208 - Hansaallee / Schwalmstraße - mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 05.03.2024 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).

13

Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds

APS/032/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom APS, von der BV 6 und vom HFA einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die „Richtlinie der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Vergabe von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Rahmen des Städtebauförderprogramms Sozialer Zusammenhalt „Rath/Mörsenbroich – Mitten am Stadtrand“.

14

Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/017 – Kennedydamm 55

APS/034/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Mehrheitlich beschlossen beziehungsweise zur Beschlussfassung hier empfohlen von APS, AUS, BV 1 und HFA. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Hierzu wird Debatte gewünscht.

15

Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Bund der Wasserstoffregionen

AUS/016/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Von AWIR, AUS und HFA einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Hierzu wird Debatte gewünscht.

16

Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen ab 2024 – Feuerwehrorganisatorische Maßnahmen I (FOM I)

BAU/009/2024

16.1

Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion

BAU/011/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu gibt es einen Änderungsantrag, weshalb wir das gleich noch einmal aufrufen.

17

Entwurf Jahresabschluss 2023

HFA/008/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom HFA mehrheitlich zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Entwurf des Jahresabschlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2023 inklusive des Lageberichtes wird gemäß § 95 Absatz 5 in Verbindung mit § 80 Absatz 1 Gemeindeordnung dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zugeleitet.

Der Rat leitet den Entwurf an den Rechnungsprüfungsausschuss (RPAu) zur Prüfung weiter.

18

Entwurf des NKF-Gesamtabschlusses 2020 der Landeshauptstadt Düsseldorf

HFA/009/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Tierschutz/Freie Wähler. Im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Entwurf des Gesamtabschlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2020 inklusive des Gesamtlageberichtes wird gemäß § 116 Absatz 7 in Verbindung mit § 95 Absatz 5 sowie § 80 Absatz 1 Gemeindeordnung dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zugeleitet.

Der Rat leitet den Entwurf an den Rechnungsprüfungsausschuss (RPAu) zur Prüfung weiter.

19

Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Auslobungsbeschluss

KUA/063/2024/1

20

Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft: Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Standortentscheidung auf dem Gelände der Messe GmbH Düsseldorf und Errichtung einer Interimsspielstätte

KUA/064/2024

21

Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Errichtung eines Hochregallagers als Lagerstätte des Opernfundus der Deutschen Oper am Rhein

KUA/011/2024/1

Oberbürgermeister Dr. Keller: Diese drei Tagesordnungspunkte passieren in die nächste Sitzung.

22

Wiederwahl einer Schiedsperson

OVA/028/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Von der BV 6 und dem OVA einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Wiederwahl des Schiedsmannes

Ralf Molnar

Spatenstraße 43, 40470 Düsseldorf

für den Schiedsbezirk 13 – Rath und Mörsenbroich.

23

Wiederwahl einer Schiedsperson

OVA/031/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist uns auch einstimmig zur Beschlussfassung hier empfohlen, und zwar von der BV 9 und vom OVA. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen bei Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die Wiederwahl der Schiedsperson

Ellen Hillebrand

Flemingweg 73, 40591 Düsseldorf

für den Schiedsamsbezirk 18 – Wersten, Himmelgeist, Holthausen und Itter.

24

Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses „Ersatzneubau der zweizügigen Katholischen Grundschule Rather Kreuzweg inklusive Zweifeld-Sporthalle“
SCHUA/014/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Einstimmig zur Beschlussfassung hier empfohlen vom Schulausschuss, vom Bauausschuss, von der BV 6 und vom HFA – sehnlichst erwartet. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ja. Dann müssen wir das nach hinten schieben.

25

Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Änderungsbeschlusses für das Projekt „Gesamtschule Aldekerkstraße mit Dreifachsporthalle“
SCHUA/018/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Schulausschuss, Bauausschuss und HFA haben das einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen, der Sportausschuss hat Kenntnis genommen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt Mehrkosten für die Maßnahme „Gesamtschule Aldekerkstraße mit Dreifachsporthalle in Höhe von 6.309.075 Euro.

26

Namensänderung des Franz-Jürgens-Berufskollegs in Technisches Berufskolleg Färberstraße
SCHUA/019/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom Schulausschuss und HFA einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Debatte wird gewünscht.

27

Städtisches Weiterbildungskolleg, Auflösung des Teilstandortes Emil-Barth-Straße 45 und Umzug des Bildungsgangs Abendrealschule an den Standort Rückertstraße 6 SCHUA/021/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Schulausschuss, BV 6, BV 10 und HFA haben das einstimmig zur Beschlussfassung hier empfohlen. Wird Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für die Schule*

Städtisches Weiterbildungskolleg -Abendgymnasium und Abendrealschule- (Schulnr. 170513), mit Hauptstandort Rückertstraße 6, 40470 Düsseldorf (Standort des Abendgymnasiums) und unbefristet genehmigtem Teilstandort Emil-Barth-Straße 45, 40595 Düsseldorf (Standort der Abendrealschule) gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW

1. *im Wege der Änderung die sofortige vollständige Auflösung des Teilstandortes am Standort Emil-Barth-Straße 45, 40595 Düsseldorf mit Ablauf des 31.07.2024*
2. *den dauerhaften Umzug des Bildungsgangs Abendrealschule vom Standort Emil-Barth-Straße 45, 40595 Düsseldorf an den Standort Rückertstraße 6, 40470 Düsseldorf mit Wirkung vom 01.08.2024.*

Damit wird das Städtische Weiterbildungskolleg -Abendgymnasium und Abendrealschule- (Schulnr. 170513) ab dem 01.08.2024 ausschließlich am Standort Rückertstraße 6, 40470 Düsseldorf geführt.

Dabei kann das Weiterbildungskolleg in Gesamtheit (Abendrealschule und Abendgymnasium) die erforderlichen Unterrichtsräume an der Rückertstraße 6 am Montag, Mittwoch und Donnerstag ab 15.15 Uhr belegen. An den kurzen Schultagen Dienstag und Freitag ist eine Belegung ab 14 Uhr möglich.

2. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung für die durch Auszug des Bildungsgangs Abendrealschule freiwerdenden Räume am Standort Emil-Barth-Straße 45 ein Nutzungskonzept zu erarbeiten. Dabei soll der Bedarf der Montessori-Grundschule Emil-Barth-Straße vorrangig gedeckt werden.*

28

Entsendung von Mitgliedern des Seniorenrates als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in die Ratsausschüsse SENR/002/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, folgende seitens des im April 2024 neu konstituierten Seniorenrates vorgeschlagene Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme in die nachstehenden Ausschüsse für die Dauer der laufenden Wahlperiode zu entsenden:

Ausschuss	Beratendes Mitglied	Stellvertretung
Anregungs- und Beschwerdeausschuss	Frau Ingrid Boss	Frau Ines Hümmerich
Ausschuss für Digitalisierung und allgemeine Verwaltungsorganisation	Herr Frank Scheulen	Frau Elke Wackernagel
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	Herr Dr. Michael Lorrain	Frau Christina Hirthammer-Schmidt- Bleibtreu
Ausschuss für Gleichstellung	Frau Elke Wackernagel	Frau Ines Hümmerich
Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz	Herr Willi Mohrs	Frau Dr. Notburga Bäcker
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	Frau Ingrid Frunzke	Herr Willi Mohrs
Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz	Herr Klaus Backhaus	Herr Lothar Jansen
Ausschuss für Wirtschafts- förderung und internationale und regionale Zusammenarbeit	Herr Achim Hüren	Herr Norbert Zeitz
Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung	Frau Ines Hümmerich	Herr Mathias Thomes
Bauausschuss	Frau Ines Hümmerich	Herr Achim Hüren
Kulturausschuss	Frau Eleonore Ibheis	Herr Dr. Norbert Müller
Ordnungs- und Verkehrsausschuss	Herr Frank Scheulen	Herr Lothar Jansen
Sportausschuss	Herr Dr. Norbert Müller	Herr Willi Mohrs

29

Umsetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

RAT/179/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt wählt für folgende Ausschüsse Nachfolger/-innen für folgende Ausschussmitglieder:

Ausschuss für Gleichstellung:

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Vomweg, Sebastian

SPD

Düsedau, Dorothea

SPD

1. Stellvertretung:

anstelle von

Düsedau, Dorothea

SPD

Rickermann, Charlotte

SPD

Schulausschuss:

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Blanchard, Georg

DIE LINKE

N.N.

DIE LINKE

2. Stellvertretung:

anstelle von

Vatalis, Ioannis (R)

SPD

Wisbrun-Irmer, Nicola

SPD

30

Aufgaben- und Umgriffenerweiterung der Kleinen Kommission Kö-Bogen und Umbenennung in Kleine Kommission „Kö-Bogen & KAP“

RAT/123/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen?

(Ratsfrau Lehmann [Die Linke]: Debatte!)

– Nein, wir sind schon in der Abstimmung.

Enthaltungen? – Bei Tierschutz/Freie Wähler. Dann ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die Erweiterung des Aufgabenbereiches der Kleinen Kommission Kö-Bogen um das Projekt „Kooperatives Verfahren zur Entwicklung des Bahnhofsumfeldes - Masterplan Areal Düsseldorf Hauptbahnhof“.

Dieses Projekt umfasst:

- den Bahnhofsvorplatz Konrad-Adenauer-Platz in Vorhabenträgerschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf (Freianlagen- und Verkehrsanlagen sowie unterirdische Fahrradgarage) und
- die hochbaulichen Projekte in Vorhabenträgerschaft der DB InfraGO AG (Neubau Hochhaus mit Tiefgarage/Ladehof sowie Anpassung/Neubau Empfangsgebäude).

Der Name der Kleinen Kommission wird erweitert zu „Kleine Kommission Kö-Bogen & KAP“.

Die Besetzung der Kleinen Kommission Kö-Bogen erfolgte in der durch Beschluss des Rates vom 10.12.2020 (RAT/409/2020) festgelegten Weise (siehe Sachdarstellung).

31

Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl

RAT/138/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Niemand. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf benennt nach § 63 Abs.2 in Verbindung mit § 113 Abs. 2 GO NRW unter Abberufung von Frau Bürgermeisterin Klaudia Zepuntke

Ratsherrn Hakim El Ghazali

für den Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH.

Die Benennung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihre Tätigkeit bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Aufsichtsrates.

32

Beschlusskontrolle des Rates

RAT/143/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Ja, das ist der Fall.

33

Aufsichtsrat der SWD Städt. Wohnungsgesellschaft mbH & Co. KG – Ersatzwahl der Arbeitnehmervertreter/-innen

RAT/145/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages der SWD Städt. Wohnungsgesellschaft Düsseldorf mbH & Co. KG in Verbindung mit § 108a GO NRW (Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten),

Frau Anja Teppe

unter Abberufung des bisherigen Arbeitnehmervertreters, Herrn Roland Krieger, als Arbeitnehmervertreterin in den Aufsichtsrat der SWD Städt. Wohnungsgesellschaft Düsseldorf mbH & Co. KG zu entsenden.

34

Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl

RAT/153/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung gemäß § 63 Abs. 2 in Verbindung mit § 113 Abs. 2 GO NRW unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus

Herrn Thomas Nicolin

in den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Aufsichtsrates.

35

Beirat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH – Ersatzwahl

RAT/154/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung gemäß § 63 Abs. 2 in Verbindung mit § 113 Abs. 2 GO NRW unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus

Herrn Thomas Nicolin

in den Beirat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Beirates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Beirats aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Beirats.

38

Düsseldorfer Gesundheitskonferenz – Ersatzbestellung eines ordentlichen Mitglieds

RAT/180/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf bestellt Herrn Dr. Gottfried Panhaus

anstelle von Herrn Jan Mathis Romich

als ordentliches Mitglied in die Düsseldorfer Gesundheitskonferenz.

39

Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW

RAT/184/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist die Dringlichkeitsentscheidung zum Austausch der Beleuchtungsanlage Schalldeckel-Kuppel in Mendelssohn-Saal der Tonhalle. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Hierzu wird Debatte gewünscht.

Dann sind wir am Ende des Schnelldurchlaufs angelangt und springen zurück.

14

Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/017 – Kennedydamm 55

APS/034/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird dazu das Wort gewünscht? – Ratsfrau Krüger, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stimmen gerade über einen Bebauungsplan-Entwurf ab, bei dem selbst in der Vorlage steht, dass es ein Plangebiet mit hoher Vorbelastung ist. Ursprünglich waren 1.170 Quadratmeter versiegelt, der Rest mit 360 Quadratmetern war unversiegelt. In Zeiten des Klimanotstands, den wir alle festgestellt haben, und obwohl wir wissen, wie sich das Klima entwickelt, haben wir hier als Stadt Düsseldorf nichts Besseres zu tun, als die restlichen 360 Quadratmeter unversiegelter Fläche am Kennedydamm auch noch zu versiegeln. Sie setzen aber noch einen drauf und wollen auch noch die fünf Bäume dort roden. Wir sind natürlich dagegen. Gerade, weil dieses Gebiet eine hohe Vorbelastung hat, sollte man eigentlich entsiegeln und mehr Bäume darauf pflanzen. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich darf fragen: Wer ist gegen die Ratsvorlage? – Das sind Tierschutz/Freie Wähler, eine Gegenstimme bei der AfD und die Ratsfraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dafür? – Das sind SPD, Die Partei-Klima-Fraktion, der Oberbürgermeister, FDP, CDU und zwei Stimmen bei der AfD. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

- I. *Der Rat beschließt für ein Gebiet nordöstlich des Kennedydamms*
 - *maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB im vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/017 – Kennedydamm 55 -, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, - ein Verfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB einzuleiten, der vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:*
 - *Ausweisung von einem Kerngebiet für die Planungsrechtsschaffung für ein Bürohochhaus als Landmarke*
- II. *Der Rat stimmt der Behandlung der Äußerungen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung aufgrund § 3 Abs. 1 BauGB gemäß Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage zu.*
- III. *Der Rat stimmt der Behandlung der Stellungnahmen aus der/n Behördenbeteiligung/en aufgrund § 4 BauGB gemäß Anlage 2 zur vorliegenden Vorlage zu.*
- IV. *Der Rat stimmt dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/017 – Kennedydamm 55- und seiner Begründung einschließlich des Umweltberichtes für die Veröffentlichung im Internet und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zu.*

15

Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Bund der Wasserstoffregionen

AUS/016/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hier hatte sich Ratsfrau Mirus als Erste gemeldet. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Mirus.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Herr Oberbürgermeister Keller. – Wir haben dazu einige Fragen, und zwar würden wir gern wissen – bevor wir dem zustimmen –, mit welcher Intention genau man diesem Bündnis beitreten möchte. Welche Person oder welches Amt wird entsendet und wird uns dort vertreten? Wird dies letztlich vom Rat beschlossen, wer dorthin entsendet wird, oder wird das von der Verwaltung selbst bestimmt? Kann man sich darauf verlassen, dass bei in ferner Zukunft gefördertem Wasserstoff ethische Richtlinien vertreten und eingehalten werden, indem man zum Beispiel darauf hinarbeitet, dass grüner Wasserstoff aus der Region erzeugt wird, oder muss man damit rechnen, dass es künftig darum geht, dem Bündnis beizutreten, um günstig Wasserstoff aus sozial schwachen Ländern wie Namibia zu fördern?

(Unruhe)

Außerdem würden wir gern wissen, wofür genau der jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe von 5.000 Euro verwendet wird.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Es ist ein bisschen laut!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Können wir der Rednerin bitte zuhören? Das gebietet, wie ich finde, der Respekt.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Genau. – Wofür wird der jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe von 5.000 Euro verwendet? Das würden wir gern wissen, weil für uns sonst die Sorge besteht, dass dies nur für Sekt, Häppchen und Reisekostenerstattung draufgeht. – Danke.

(Beifall von Ratsherrn Fix [Die Partei-Klima-Fraktion])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Beigeordneter Kral zur Beantwortung dieser Nachfragen, bitte. – Sie haben das Wort, Herr Kral.

Beigeordneter Kral: Vielen Dank. – Das war doch einmal ein intensiver Einstieg in die Intention dieser Zusammenarbeit. Man muss wissen, dass wir im Prinzip mit diesem Beitritt der Wasserstoffregionen nicht erst anfangen im Bereich Wasserstoff, sondern wir sind schon in der Wasserstoffregion tätig, die im Prinzip beim Bergischen Städtedreieck beginnt, bis Neuss hinübergeht und auch Duisburg einbezieht. Wir arbeiten daran, das Thema Wasserstoff als Zukunftsenergiequelle auch hier in der Region einzuführen. Wir haben zurzeit einen Schwerpunkt im Bereich Mobilität, der sich einfach historisch daraus ergibt, dass Mobilität einer der Bereiche war, bei dem man einen Anwendungszweck gesehen hat, der auch umsetzbar war. Wir schaffen derzeit gemeinsam mit der Rheinbahn Wasserstoffbusse an, um auch erste Anwendungsfälle zu generieren.

Hier geht es jetzt darum, diese Wasserstoffregionen bundesweit weiter zu vernetzen. In dem Fall wird nicht die Wasserstoffregion, sondern die Stadt Düsseldorf Teilnehmer dieses Verbandes. Wir lassen uns an der Stelle dann vertreten, weil es im eigentlichen Sinne kein Aufsichtsgremium gibt, durch das Umweltamt, das sich im Prinzip um die ganzen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategien kümmert. Es arbeitet aber auch sehr eng mit dem Bereich der Wirtschaftsförderung zusammen, weil Wasserstoff ein Thema ist, das einerseits mit Klimaschutz, andererseits aber auch mit Zukunftswirtschaft zu tun hat. Dort sind wir im engen Austausch und führen das zusammen.

Eine Debatte darüber, aus welchen Ländern in welcher Form Wasserstoff dann eingeführt wird, ist derzeit an der Stelle nicht geführt worden. Wir haben aber nicht die Absicht, das Thema zu nutzen, um im Prinzip Ausbeutungsverhältnisse zu exportieren, sondern wir haben damit die Absicht, es zu schaffen, die Wärmewende beziehungsweise die Energiewende herbeizuführen. Dazu wird sicherlich gehören, zu schauen, ob man regional Wasserstoff produzieren kann. Aber ich glaube, bei allen Prognosen, was wir heute an elektrischen Strom in Deutschland zur Verfügung stellen können, wird es auch einen Import von Wasserstoff geben. Dazu gibt es, glaube ich, keine Zukunftsvorstellung, die darauf verzichtet. Wenn das in vernünftiger Art und Weise gemacht wird, dann kann man eigentlich auch nichts dagegen einwenden.

Zum Verwendungszweck – wenn Sie noch einmal genau schauen wollen – gibt es in der Satzung den Punkt „Zweck“. Dort ist noch einmal aufgeführt, was wir machen wollen. Wir wollen einfach die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden, die alle für sich allein arbeiten, verbessern. Das heißt, es wird Austauschgremien und Erfahrungsberichte geben. Wir werden darauf aufbauend auch Informationspapiere in diesen Regionen und Positionspapiere entwickeln. Diese dienen den kommunalen und regionalen Interessen bei der Frage Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur, die momentan sehr stark auf Bundesebene geprägt wird, um dem etwas entgegenzusetzen. Dazu gehört natürlich die Öffentlichkeitsarbeit, und ich schließe nicht aus, dass bei der Öffentlichkeitsarbeit auch mal ein Häppchen dabei ist. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Aber kein Sekt. – Fragen beantwortet?

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion] nickt.)

Ich sehe Kopfnicken und keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 15: Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Bund der Wasserstoffregionen. Wer möchte nicht beitreten? – Wer enthält sich bei der Frage? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat beschließt den Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Bund der Wasserstoffregionen (BdWR).

16

Grundsatzbeschluss zur Umsetzung von feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen ab 2024 – Feuerwehrorganisatorische Maßnahmen I (FOM I)

BAU/009/2024

16.1

Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion

BAU/011/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Rohloff (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einmal die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle der Feuerwehr zu danken. Ich denke, wir sind uns alle einig: Die Berufsfeuerwehr leistet in dieser Stadt einen wichtigen Job. Umso wichtiger sind natürlich auch deren Diensträume. Wir sind Dienstherr der Berufsfeuerwehr. Da sollte uns der Arbeitsschutz – in der Ratsvorlage sind in der Tat eklatante Mängel aufgeführt – sehr, sehr wichtig sein. Ich bin der Verwaltung sehr dankbar, dass jetzt für die feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen ein Prozess aufgesetzt wird.

(Ratsfrau Fobbe [SPD] und Ratsherr Dr. Graebner [Bündnis 90/Die Grünen] melden sich.)

Herr Keller, die Kollegen dort hinten melden sich und winken immer wilder.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ja, ja.

Ratsherr Rohloff (FDP): Das irritiert ein wenig.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hier gehen keine Wortmeldungen verloren.

Ratsherr Rohloff (FDP): Ich bin dankbar, dass Sie jetzt einen systematischen Prozess aufsetzen. Wir kennen es von der Rettungswache in Wersten, die 13 Jahre gebraucht hat. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren. Deshalb ist es sinnvoll, statt Stückwerk jetzt einen Grundsatzbeschluss zu tätigen.

Wir geben heute Planungsmittel in Höhe von 26 Millionen Euro für eine Gesamtinvestition von 105 Millionen Euro frei. Das ist richtig und wichtig. Allerdings treffen wir eine politische Beschlussfassung ohne Kenntnis möglicher Ersatzstandorte, also einen Bedarfsbeschluss für Neubauten an unbekanntem Ort. Ich habe durchaus dafür Verständnis, denn wenn man neue Standorte sucht, verhandelt man wahrscheinlich auch mit privaten Grundstückseigentümern, und die Vergangenheit lehrt uns, dass es teuer werden würde, wenn man das öffentlich macht. Aber es kann nicht sein, dass wir jetzt Planungsmittel in Höhe von 26 Millionen Euro verausgaben und erst bei einem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss erfahren, wohin die neuen Standorte kommen, insbesondere bei der Feuer- und Rettungswache 2 in der Quirinstraße im Linksrheinischen. Dort ist ein 8.000 Quadratmeter großes Grundstück, das allein einen Bodenrichtwert von 24 Millionen Euro hat.

In der Ratsvorlage selbst sind auch Wohnbauinteressen artikuliert, aber es darf keinesfalls der Eindruck erweckt werden, dass das die Motivation ist, einen Standort der Feuerwehr zu verlegen. Uns allen sollte die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung und letztlich auch die Hilfsfristen, die im Rettungsgesetz NRW verankert sind, Maßstab sein.

Deshalb beantragen wir – es gibt, glaube ich, auch ein öffentliches Interesse daran –, bevor die Planungen zumindest in die Leistungsphase 3 gehen, dass sowohl die politischen Gremien als auch die Öffentlichkeit, die in der Tat ein hohes Interesse hat, im Vorfeld informiert werden, wo denn die Standorte sein werden beziehungsweise wo der Standort der Feuer- und Rettungswache 2 sein wird. Ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag eine breite Unterstützung erfährt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe zwei Wortmeldungen und den Wunsch des Dezernenten, kurz Stellung zu nehmen. – Ist es okay, wenn ich zunächst die beiden Wortmeldungen aufrufe?

(Beigeordneter Zaum nickt.)

Ratsfrau Fobbe und Ratsherr Dr. Graeßner, ich habe nicht gesehen, in welcher Reihenfolge Sie sich gemeldet haben. Einigen Sie sich. – Ratsfrau Fobbe.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Ratsherr Dr. Graeßner hat wilder gewinkt! – Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Er hat auch längere Arme!)

Sie haben das Wort.

Ratsfrau Fobbe (SPD): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Natürlich begrüßt die SPD-Fraktion es auch, dass die Feuerwehrestellen systematisch erfasst werden und wir nun ein FOM haben, wie wir es vom SOM I, II, III und IV schon kennen. Das ist der richtige Weg. Wir kennen das Verfahren. Beim SOM ist es bewährt, dass wir das als Grundsatzbeschluss nehmen. Anschließend kommen die Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse, und gegebenenfalls gibt es

auch noch eine Baugenehmigung, die dann entsprechend durch die Gremien geht. Das ist doch eine sehr intensive Beschäftigung.

Jetzt ist die Frage: Wollen wir das aufbrechen? Wollen wir das nur hier aufbrechen? Wollen wir es beim SOM aufbrechen? Oder sagen wir nicht einfach: Das ist genug Bürokratie, wir brauchen nicht noch mehr Bürokratie? – Ich wundere mich schon, dass ein solch bürokratischer Vorschlag ausgerechnet von der FDP-Fraktion kommt. Wir werden diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Graeßner hat als Nächster das Wort. – Bitte, Sie haben das Wort, Ratsherr Dr. Graeßner.

Ratsherr Dr. Graeßner (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank an die Feuerwehr möchten wir uns natürlich auch anschließen. Die Feuerwehr – sowohl die freiwillige als auch die Berufsfeuerwehr – machen einen super Job in Düsseldorf und sind sehr gut ausgebildet, ausgestattet und werden immer weiblicher. Aber die Gebäude halten nicht Schritt. Insofern ist es absolut richtig, dass wir mit der Feuerwache 7 gestartet sind und heute das FOM I beschließen werden.

Wir wollen natürlich auch keine Verzögerung bei diesen feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen, wie es beim Änderungsantrag der FDP-Fraktion anklingt. Aus diesem Grund würden wir gern die Verwaltung fragen, wie die Politik vor den AuFs in die Standortentscheidungen eingebunden beziehungsweise informiert werden kann. Es wäre uns schon wichtig, dass wir nicht erst zum AuF erfahren, wo die neuen Standorte der Feuerwachen realisiert werden sollen. – Danke schön.

(Beifall von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Dann darf ich jetzt den Dezernenten bitten. – Sie haben das Wort, Herr Zaum.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da sich hier tatsächlich eine sehr breite politische Mehrheit abzeichnet, darf ich zunächst einmal, glaube ich, auch im Namen meiner Kollegin Dorothee Schneider und der Feuerwehr sehr herzlich dafür danken. Es ist wirklich ein Meilenstein, was wir hier für die Feuerwehr machen.

(Beifall von Ratsherrn Tups [CDU], Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsherrn Montanus [FDP])

Die Ratsvorlage, die wir hier auf den Weg bringen, haben wir gemeinsam in sehr langer Vorarbeit erarbeitet.

Die Hinweise, die eben von der FDP-Fraktion und auch von Ihnen, Ratsherr Dr. Graeßner, gekommen und auch im Vorfeld diskutiert worden sind, kann ich nachvollziehen. Es ist in der Tat immer eine Frage, wie man es macht. Wir würden anbieten, dass wir den AÖE und den AWIR als zuständigen Ausschuss für die Grundstücksangelegenheiten per Informationsvorlage im Vorfeld informieren und damit dem Transparenz- und Informationsgebot der Politik nachkommen und dennoch gleichzeitig das Verfahren nicht aufhalten. Denn in der Tat ist Eile geboten. Wir haben lange Jahre nichts gemacht, und es wäre wirklich sinnvoll, wenn wir hier die Dynamik, die wir jetzt aufgenommen haben, auch beibehalten könnten.

(Beifall von Bürgermeister Hinkel [CDU])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wenn wir ein Grundstück kaufen müssen, dann geht es ohnehin durch die Gremien. Das kaufen wir nicht zweckfrei. – Ratsherr Rohloff, bitte.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ratsfrau Fobbe, ich bin etwas irritiert, dass Sie das „Bürokratiewahnsinn“ nennen, wenn die Verwaltung sagen soll, wohin letztlich die Feuerwehr kommt. Bei sämtlichen schulorganisatorischen Maßnahmen – ich habe sie begleitet – wussten wir, wo wir die Schule bauen, und waren nicht im Nebel. Es sind auch große Ängste vorhanden. Wenn ich Ihnen das beispielsweise aus dem Linksrheinischen erzähle: Dort ist momentan der Standort genau an allen Schulen und Kindergärten. Insofern besteht natürlich schon die Sorge der Versorgungssicherheit, dass man jetzt aus Wohnbauinteressen womöglich die Feuerwehr ins Industriegebiet an die Stadtgrenze zu Neuss verlegt, von wo aus man vielleicht auch die sechs Minuten rechnerisch einhalten kann. Dem sollten wir einfach bei solch einem guten Verfahren auch keinen Vorschub leisten. Deshalb ist dort Transparenz durchaus wichtig, weil auch die Öffentlichkeit gerade an Feuerwehrstandorten ein hohes Interesse hat.

Dazu ist meine Rückfrage, Herr Zaum: Eine solche Informationsvorlage ist letztlich gut. Wir müssen aber sicherstellen, dass diese Information dann auch öffentlich ist und keine Informationsvorlage ist, die im nichtöffentlichen Teil den Drall eines Hinterzimmergeklüngels bekommt, über die wir nicht einmal sprechen dürfen. Dann würden wir unseren Antrag aufrechterhalten. Ich bitte Sie, dazu etwas zu sagen, ob sie öffentlich werden. Dann wäre es okay. Ansonsten würden wir den Änderungsantrag aufrechterhalten.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wenn ich das von hier oben aus sagen darf: Mir fällt es schwer zu glauben, dass die Feuerwehr eine Feuerwache baut, die die Versorgungssicherheit gefährdet.

(Beifall von der CDU, Bürgermeisterin Zepuntke [SPD] und Ratsherrn Raub [SPD])

Ratsherr Czerwinski. Anschließend spricht der Dezernent noch einmal.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das möchte ich einfach scharf zurückweisen, dass hier eine Spur gelegt wird, die Verwaltung könnte die Versorgungssicherheit, die Rettungssicherheit untergraben mit dem Ziel, mehr Wohnungsbau zu machen. Hier wird ein Widerspruch aufgebaut und den Leuten Angst gemacht. Das weise ich sehr scharf zurück, und ich finde es im Umgang mit der Verwaltung ziemlich unangemessen. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Dezernent.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der Tat, das will ich auch noch einmal betonen, geht es uns um die Verbesserung der Versorgungssicherheit. Mindestens – mindestens! – wollen wir die Versorgung gleichhalten. Aber unser Ziel ist es, sie zu verbessern. Und, Ratsherr Rohloff, noch einmal: Ich kann nachvollziehen, dass man wissen will, wo die Feuerwachen denn hinsollen. Das ist bei Grundstücksgeschäften, wenn wir Grundstücke ankaufen, eben die Krux. Die sind nun einmal nicht öffentlich, weil damit auch bestimmte Interessen verbunden sind. Wir versuchen, hier größtmögliche Transparenz hineinzubekommen. Wir sind, um es noch einmal klar zu sagen, bei dem Versorgungsauftrag an gesetzliche Vorgaben gebunden, an die wir uns halten müssen und halten werden. Insofern, glaube ich, ist es klar und, wie ich hoffe, auch in diesem Hause ein einheitliches Vertrauen, dass wir diesem Versorgungsauftrag gerecht werden.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich würde zuerst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen lassen, da er die Vorlage modifiziert, und danach über die Verwaltungsvorlage.

Zunächst der Antrag der FDP-Ratsfraktion, die Vorlage BAU/011/2024. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind FDP, AfD und Ratsherr Lemmer. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Vorlage der Verwaltung, BAU/009/2024. Wer ist für diese Vorlage? – Das sind Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister, CDU, FDP und AfD. Das sind alle. Die SPD war auch dafür. Ich mache einmal die Gegenprobe: Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Vielen Dank noch einmal für die geleistete Arbeit an dieser Vorlage. Das ist ein wichtiger Schritt. Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Beschluss

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die nachfolgenden feuerwehrorganisatorischen Maßnahmen:*
 - a) *Neubau der Feuer- und Rettungswache 2 (Quirinstraße 49) an einem neuen geeigneten Standort. Mit der Planung und Umsetzung dieser Maßnahme soll die IPM beauftragt werden.*
 - b) *Kombinierter Neubau der Rettungswache 50 (Kreuzbergstraße 79) und des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr in Kalkum (Edmund-Bertrams-Straße 14) an einem neuen geeigneten Standort*
 - c) *Neubau der Rettungswache 24 (Fürstenwall 206) an einem neuen geeigneten Standort*
 - d) *Sanierung und Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 3 (Münsterstraße 15) am bestehenden Standort. Mit der Planung und Umsetzung dieser Maßnahme soll die IPM beauftragt werden.*
2. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung bzw. die IPM, für die unter Ziffer 1 genannten Feuerwehrstandorte die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen. Der hier vorliegende Beschluss gilt gleichzeitig als Grundsatzbeschluss.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, den notwendigen Stellenmehrbedarf von sechs VZÄ zur Bearbeitung der unter Ziffer 1 aufgeführten Maßnahmen im Amt für Gebäudemanagement sofort einzurichten und zum nächstmöglichen Stellenplan anzumelden. Hierfür fallen grundsätzlich Kosten in Höhe von 556.800 Euro an.*
4. *Für die Planungen bis zum Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss sind nach Schätzungen des Amtes für Gebäudemanagement Mittel in Höhe von circa 26,25 Millionen Euro erforderlich. Die Deckung für das Jahr 2024 in Höhe von 200.000 Euro und 2025 in Höhe von 400.000 Euro erfolgt aus dem Budget des Amtes für Gebäudemanagement (1.10.11.111.05.001-52413000). Die für die Jahre 2026 und 2027 voraussichtlich jeweils benötigten 9 Millionen Euro sowie die voraussichtlich für 2028 benötigten Mittel in Höhe von 7,65 Millionen Euro werden zur Haushaltsplanung ab 2025 in den Haushalt eingebracht.*

24

Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses „Ersatzneubau der zweizügigen Katholischen Grundschule Rather Kreuzweg inklusive Zweifeld-Sporthalle“
SCHUA/014/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Graebner und Ratsfrau Vorspel. – Sie haben das Wort, Ratsherr Dr. Graebner.

Ratsherr Dr. Graebner (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Zweifel ist es unheimlich wichtig, dass wir das Schulgebäude am Rather Kreuzweg, die Grundschule, abreißen und dort einen Ersatzneubau hinstellen. In diesem Gebäude lässt sich keine moderne Schulpädagogik mehr abbilden. Deshalb ist es unheimlich wichtig, dass wir dieses Gebäude neu bauen. Wir haben das schon in drei verschiedenen

Ausschüssen diskutiert. Im Bauausschuss wurde als Thema auch baumschonendes Bauen angesprochen. Das wurde von der Fachverwaltung bejaht.

Zum Schluss wurde das Bauvorhaben in der Bezirksvertretung 6 – die Reihenfolge ist natürlich nicht ganz richtig – noch einmal vorgestellt, und es kam etwas Verwirrung auf wegen der Projektskizze, die in der Vorlage steht, worin man feststellen kann, dass dort, wo jetzt Bäume stehen, im östlichen Teil des Schulgrundstückes, Parkplätze realisiert werden sollen. Daher noch einmal die Bitte jetzt auch an unseren Stadtdirektor Herrn Hintzsche als zuständiger Dezernent beziehungsweise die Frage von uns, wie die Anzahl von Parkplätzen reduziert werden kann, um die Bäume auf dem Schulhof erhalten zu können. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bevor der Stadtdirektor die Gelegenheit bekommt, vielleicht auch noch einmal die Systematik der Beschlussfolge zu erläutern. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrtes Publikum! Die Linke freut sich sehr über den Neubau der Grundschule in Rath. Wir stören uns allerdings an dem Wörtchen „katholisch“.

(Zurufe von der CDU: Pfui!)

Wie sieht es eigentlich mit den Grundschulen in Düsseldorf aus? Fast die Hälfte aller Grundschulen ist katholisch, und dann gibt es noch einige evangelische. Dabei sind mittlerweile nur noch circa 20 Prozent der Düsseldorfer Bevölkerung in der katholischen Kirche, Tendenz weiter sinkend. Was ist nun mit den restlichen 370.000 Düsseldorfer*innen beziehungsweise deren Kindern? Die sollen sich dann auf die restlichen Schulen verteilen? In einer katholischen Grundschule kann man sein Kind nicht vom Religionsunterricht und der Teilnahme am Gottesdienst abmelden.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bitte sprechen Sie zur Vorlage.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Das ist die Vorlage. Es soll hier eine katholische Grundschule neu gebaut werden.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ja, es geht um den Bau.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Anders sein, anders oder gar nicht glauben bekommt keinen Raum und keine Daseinsberechtigung. Dabei steht doch gerade die aktuelle Debatte ganz im Sinne von Gemeinschaft, Solidarität und Vielfalt. Schulen sind Orte der Erkenntnis und nicht der Bekenntnisse. Auch die Vielfalt der Religionen wächst. Ziel des Unterrichts könnte es sein, diese vorzustellen und dabei natürlich auch die säkularen Lebensformen einzubeziehen. Das ist in einer Schule, in der nur eine Glaubenslehre gelehrt wird, nicht möglich.

Da die Solidargemeinschaft der Einwohner*innen dieser Stadt diese Schule finanziert, muss das „Katholische“ weg und diese Grundschule für die moderne und pluralistische Gesellschaft geöffnet werden, in der wir leben, damit Vorurteile durch die Gemeinschaft abgebaut werden können. Wir sollten die Trennung zwischen Kirche und Staat etwas besser pflegen. Amen!

(Beifall von der Linken – Ratsherr Raub [SPD]: Das war jetzt falsch!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung keine Manuskripte vorgelesen werden sollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich habe jetzt Wortmeldungen von Ratsherrn Wiedon, Ratsherrn Auler und Ratsfrau Schentek.

(Unruhe)

Entschuldigung, können wir bitte zur Ruhe kommen, damit die Debatte weitergeführt wird?! Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir über einen Bedarfsbeschluss für einen Schulbau sprechen, und bitte Sie, wirklich bei der Tagesordnung zu bleiben.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stört sich an nichts an dieser Vorlage und schon gar nicht am Wort „katholisch“.

(Beifall von der CDU)

Wir hatten übrigens im Schulausschuss schon die Debatte über katholische Grundschulen; das ist dort ausführlich behandelt worden. Wir haben auch einen Vertreter, der dort reichhaltig zur Diskussion beigetragen hat. Aber die Diskussion jetzt hier im Rahmen einer Bebauungsvorlage zu führen, ist schon am Rande der Abenteuerlichkeit.

(Beifall von der CDU)

Aber es ist halt, wie es ist.

Nun noch einmal zu den Stellplätzen: Ich gehe davon aus, dass jede Bebauung Stellplätze nachweisen muss, und dementsprechend wird auch die Schule Stellplätze nachweisen. So ist es festgelegt. Dass wir die Schule jetzt sozusagen vom Nachweis von Stellplätzen befreien können, fände ich eine sehr merkwürdige Nummer. Von daher: Die CDU-Fraktion steht ohne Wenn und Aber komplett zu dieser Vorlage.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Damit sind wir wieder bei der Bauvorlage, beim Bedarfsbeschluss. Ich sehe, Ratsherr Auler hat zurückgezogen. Ich gehe davon aus, Ratsfrau Schentek auch, oder? – Dann darf jetzt der Stadtdirektor kurz die aufgeworfene Frage von Ratsherrn Graebner beantworten. – Sie haben das Wort, Kollege Hintzsche.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich sind die Fragen jetzt durch die verschiedenen Wortbeiträge schon aufgeklärt worden, denn der Bedarfsbeschluss selbst verhält sich nur zu dem schulischen Bedarf. Er trifft zu allen anderen Themen, die hier diskutiert worden sind, auch zum Thema Stellplätze, keine abschließende Feststellung. Es ist auch nicht Ziel der Schulverwaltung, Stellplätze zu schaffen, sondern die Frage – das ist gerade auch schon gesagt worden –, ob und in welchem Umfang nachher Stellplätze geschaffen werden müssen, richtet sich nach baurechtlichen Vorschriften. Das prüfen wir. Wir prüfen es immer mit der Vorgabe, dass wir das so weit wie möglich vermeiden wollen. Aber wir sind an Recht und Gesetz gebunden. Das, was wir machen müssen, müssen wir auch nachweisen. Ich darf auch darauf hinweisen, dass sich von dem Thema Bedarfsbeschluss bis zum A+F auch das Thema Kubatur der Schule noch verändern kann, was dann wieder Einfluss auf die verschiedenen Standortparameter hat. Es ist nicht die Absicht der Schulverwaltung, Eingriffe in Natur und Landschaft zu maximieren, sondern zu minimieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank für diese Klarstellung. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung, und ich darf fragen: Wer ist für die Vorlage SCHUA/014/2024? – Das sind FDP, AfD, CDU, der Oberbürgermeister, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Enthält sich jemand? – Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion und Ratsfrau Krüger. Wer ist dagegen? – Dagegen ist niemand. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt den Bedarf für einen Ersatzneubau für die Katholische Grundschule Rather Kreuzweg, sowie den Bedarf für den Neubau einer Zweifeld-Sporthalle am Schulstandort Rather Kreuzweg 21 als Ersatz für die vorh. sanierungsbedürftige und nicht mehr DIN-konforme Einfeld-Sporthalle. Die Immobilien Projektmanagement GmbH (IPM) ist mit der Planung der vorgenannten Maßnahmen zu beauftragen.

26

Namensänderung des Franz-Jürgens-Berufskollegs in Technisches Berufskolleg Färberstraße

SCHUA/019/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird dazu das Wort gewünscht? Eben war das der Fall. – Ratsfrau Vorspel, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Keller! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt meine Zettel immer dabei, weil ich, wenn ich unterbrochen werde, irgendwie das Konzept verliere. Deshalb habe ich diese Zettel dabei und entschuldige mich, wenn ich dann dazu komme, das abzulesen.

Jetzt kommen wir zur Umbenennung des Franz-Jürgens-Berufskollegs. Es hätte hier die Gelegenheit gegeben, Widerstandskämpferinnen oder Widerstandskämpfer mit einer Namensgebung zu ehren. Das hätte natürlich auch den Vorteil gehabt, dass mit der Namensgebung die Lebensgeschichte dieser Person allen Schülerinnen und Schülern präsent geworden wäre oder im Unterricht vorgekommen wäre. Nach den Diskussionen um die Umbenennung der Straßen im Düsseldorfer Süden waren wir dann allerdings nicht mehr so optimistisch, wobei wir allerdings gedacht haben, der Name „Eisvogelschule“ wäre zu abwegig. Aber wie wäre es gewesen zum Beispiel „Schule unter den Platanen“ oder „Schule an den Bahngleisen“?

Wir haben nun gehört, dass der Name von den Schülerinnen und Schülern bestimmt worden ist. Dabei interessiert uns – vielleicht könnten Sie das gleich beantworten –, welche Varianten für die Schülerinnen und Schüler zur Wahl standen. Waren Fasia Jansen oder Else Gores im Gespräch? Wie genau ist die Entscheidungsfindung bei den Schüler*innen beziehungsweise bei der Schülergemeinschaft abgelaufen? Das würden wir gern wissen. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich schaue einmal, ob der Schuldezernent etwas dazu sagen kann. – Bitte, Herr Hintzsche.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja so, dass wir uns vor vielen Jahren einmal Regelungen zur Namensgebung von Schulen gegeben haben, die darauf aufbauen, dass wir diesen Prozess in den Schulgemeinden belassen. Es gab, bezogen auf eine Namensnennung, an einer Grundschule einmal die Diskussion, ob wir Schulen auch nach lebenden Personen benennen. Diese Diskussion ist geführt worden.

(Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

– Ja, ich will sie jetzt bewusst nicht nennen, weil das Konfliktpotenzial hätte. – Ansonsten haben wir das Verfahren in den Schulen gelassen und haben gesagt: Wenn ihr Unterstützungsbedarfe für dieses Themenfeld habt, dann könnt ihr sie vonseiten der Verwaltung haben. Wir mischen uns aber nicht in den Diskussionsprozess an der Schule selber ein. Es hat im Herbst einen längeren Diskussionsprozess gegeben. Wir haben als Verwaltung Unterstützung angeboten. Die Mahn- und Gedenkstätte hat, glaube ich, nach meiner Kenntnis auch konkret unterstützt. Ich kann Ihnen jetzt

nicht sagen, welche Namen an dieser Stelle noch in Rede standen. Man sieht vielleicht am Ergebnis des Prozesses, dass sich die Schule für einen Namen entschieden hat, der auf jeden Fall frei von Themenstellungen ist, die vielleicht in Zukunft einen Namen kritisch sehen könnten. Das ist eine eigenständige Entscheidung der Schule. Bisher haben wir sie politisch immer respektiert und nicht in diesen Prozess eingegriffen, weil ein partizipativer Prozess an den Schulen vorangegangen ist.

Ich sehe mich jetzt nicht in der Lage, da wir das auch nicht begleitet haben, zu sagen, welche Namen noch in Rede standen. Ich darf als Schuldezernent nur sagen – aber ich denke, dass ich das auch für die Mehrheit des Rates sagen kann –, dass es eigentlich der richtige Weg für die Identifikation von Schulen ist, dass dieser Prozess ohne Einflussnahme von außen an den Schulen so geführt wird, wie er an dieser Schule geführt worden ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage? – Ratsfrau Böcker. Enthält sich jemand? – Ratsfrau Krüger enthält sich. Wer ist dafür? – Das ist dann der ganze Rest. Damit ist die Vorlage mehrheitlich so angenommen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Schulnamen des Franz-Jürgens-Berufskollegs (Schulnummer 188621) zum 01.08.2024 zu ändern in:

Technisches Berufskolleg Färberstraße

Städtische Schule der Sekundarstufe II

Färberstraße 34

40223 Düsseldorf

32

Beschlusskontrolle des Rates

RAT/143/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu gab es den Wunsch nach Debatte. – Eine Wortmeldung? Ratsherr Dr. Panhaus, Sie zeigen auf.

(Ratsherr Dr. Panhaus [SPD] zeigt auf Ratsherrn Schwenk [Bündnis 90/Die Grünen].)

– Ich weiß jetzt nicht, wen Sie meinen. Ratsherr Schwenk und Ratsfrau Bednarski. Dann fängt Ratsherr Schwenk an. Ratsfrau Dr. Rachner, ja. – Mir war das nicht bewusst, dass Ratsherr Dr. Panhaus sozusagen verweist. Aber ich danke für die Unterstützung, Ratsherr Dr. Panhaus. Also, Ratsfrau Dr. Rachner, Ratsherr Schwenk, Ratsfrau Bednarski, Ratsherr Born. – Ratsfrau Dr. Rachner, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! An allererster Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass ich es etwas wünschenswerter fände, wenn die Beschlusskontrolle etwas eher zur Verfügung gestellt wird, damit man mehr Zeit hat, sich das anzusehen und sich einzuarbeiten.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir wollen tagesaktuell sein.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist das Problem!)

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Ja, genau. Genau. Wir wollen ja auch tagesaktuell antworten.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir schauen, was wir tun können.

Ratsfrau Dr. Rachner (FDP): Genau. – Ich nehme auf zwei Punkte Bezug: einmal in der Anlage 1 die laufende Nummer 23: Konzept für einen Gesundheitscampus. Darüber haben wir uns schon im AGS unterhalten. Konzept für einen Campus – da erwarte ich in der Tat mehr. Wir hoffen, dass sich dort noch etwas tut. Mit etwas Fantasie kann man vielleicht aus dem Gesundheitsamt, so wie es da steht, noch mehr machen. Ich hoffe, dass wir etwas mehr machen. Von daher begrüße ich auch, dass es als „nicht erledigt“ angestrichen worden ist.

Was mich allerdings etwas mehr wundert, ist in Anlage 2 die laufende Nummer 17. Sie betrachten die Modellstadt Cannabis als erledigt. Ja, daran habe ich wirklich so meine Zweifel. Wenn ich bedenke, dass es eine – das muss ich in der Tat ablesen – Konsumcannabis-Wissenschafts-Zuständigkeitsverordnung gibt, in der die Bestimmung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung als zuständige Behörde für das Konsumcannabisgesetz eingefügt worden ist, tut sich in der Tat relativ viel. Das bedeutet nämlich am Ende: Wer Cannabis zu wissenschaftlichen Zwecken benutzt, anbaut, herstellt, konsumiert – also ganz im Sinne einer Modellstadt; eine Modellstadt hat ja als wesentliche Voraussetzung, dass das wissenschaftlich begleitet wird –, muss die Erlaubnis eben bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung erfragen. Allein die Tatsache, dass dieser Paragraf in das Cannabisgesetz eingefügt worden ist, lässt vermuten, dass ein Gesetzesvorhaben im Sinne der zweiten Säule ganz anders strukturiert wird und geplante regionale Modellverfahren über diesen Weg gehen. Daher bin ich nicht der Meinung, dass das Thema erledigt ist. Wenn ich das als ehrenamtliche Ratsfrau so nebenbei herausfinde, frage ich mich doch, warum uns das hier als „erledigt“ angeboten wird.

Was haben wir in den letzten sechs Monaten als Vorbereitung getan? Das ist ja der Grund, warum wir die Modellstadt so früh beantragt haben: damit wir uns ausreichend vorbereiten können. Wir wollen eine Vorreiterrolle in dieser Stadt haben, und wir reden im Wesentlichen allerdings nur darüber, was wir nicht wollen. Wir erfahren aus der Zeitung, dass der Schützenchef keinen Cannabisgeruch auf der Kirmes haben möchte, weil er sich an den Besuch in Snoop Doggs Wohnzimmer erinnert. In Schwimmbädern soll Cannabis nicht geraucht werden. Ja, das kann ich wirklich alles nachvollziehen. Aber warum überlegen wir nicht mal, was wir wollen? Da kommt mir als Allererstes der Ausbau der Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in den Sinn. Also schreiben Sie bitte hinter diesen Punkt: „nicht erledigt“, und wir arbeiten einfach weiter dran. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von Rats Herrn Raub [SPD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Rats Herr Schwenk das Wort. Es folgen Ratsfrau Bednarski, Rats Herr Born und Rats Herr Panhaus.

Rats Herr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleg*innen! Ich kommentiere jetzt nicht, sondern habe eine Rückfrage, und zwar geht es um die laufende Nummer 33 zu den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen Glashüttengelände, Nirosta-Gelände. Dazu gibt es jetzt eine Aktualisierung aus 4/2024. Der letzte Satz, darunter kann ich mir nicht so richtig etwas vorstellen:

„Zu der Fläche Südlich Hildener Straße ermittelt die Verwaltung die Grundlagen für eine Fortführung der Vertragsverhandlungen.“

Mit wem werden denn da Vertragsverhandlungen geführt? Die Adler-Gruppe ist aus meiner Sicht kein Vertragspartner mehr, es sei denn, man unterschreibt eine Scheidungsurkunde oder so etwas. Es wäre schön, wenn Sie das noch einmal irgendwie bebildern könnten, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Nein, das macht Frau Zuschke.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich weiß, aber Sie reichen es ja durch.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Es gibt einen Eigentümer, mit dem müssen wir umgehen.

Ratsherr Schwenk (Bündnis 90/Die Grünen): Dann noch ein kleiner Hinweis: Wir hatten zur letzten Sitzung des Wohnungsausschusses einen sehr interessanten Vortrag zum Potenzialflächenkataster. Das bezieht sich jetzt auf die laufende Nummer – einen Moment – 27. Da geht es um den Hasseler Richtweg und Zaunkönigweg, diese weiterzuentwickeln. Dazu nur der Hinweis: Südlich des Zaunkönigwegs sehe ich eine Potenzialfläche, und wir wurden ja im Wohnungsausschuss aufgefordert, wenn wir dort irgendetwas meinen identifizieren zu können, dies weiterzugeben. Das habe ich jetzt hiermit einmal gemacht. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Flächen-Scouts. – Jetzt Frau Zuschke zur Beantwortung der Nachfrage.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren, vielen Dank für das Angebot. Das nehme ich mit zu Punkt 2 und zu Südlich Hildener Straße. Wir haben ja gemeinsam gelernt, als wir uns mit dem Thema städtebauliche Entwicklungsmaßnahme beschäftigt haben, dass es dazu vorgreifliche Ansprachen braucht, und das ist damit gemeint. – Vielen Dank.

(Zuruf von Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt ist Ratsfrau Bednarski an der Reihe. Das sind Insidergespräche hier im Plenum. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Bednarski.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Ich habe auch eine Nachfrage zur Anlage 1, Nummer 6, Seite 23: Open-Air-Fläche P1. Dort war im Nicht-Erledigten für den Jahreswechsel 2022/2023 die Behördenbeteiligung vorgesehen. Die soll jetzt im Mai/Juni dieses Jahres stattfinden. Aber die Frage, die sich anschließt, ist: Wann kann man damit rechnen, dass dieses Verfahren abgeschlossen ist, und wann kann D.LIVE beginnen, das gewinnbringend zu vermarkten? Das hätten wir gern schon in diesem Sommer getan.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Beigeordnete Zuschke.

Beigeordnete Zuschke: Vielen Dank für Ihre Nachfrage, Ratsfrau Bednarski. – Meine Damen und Herren, zum P1 verhält es sich wie folgt: Es sind zur Gesamtsituation am P1 noch einige Überlegungen hinzugekommen. Ich hatte dazu auch im APS berichtet. Diese mussten in das Planverfahren einbezogen werden, sodass es sich von Ende des Jahres auf Mitte des Jahres verzögert hat. Ein Bebauungsplanverfahren: Das Ende kann ich jetzt nicht vorwegnehmen, aber es ist beabsichtigt, es in diesem Jahr zu Ende zu bringen, und dann kann natürlich auch im Vertrauen auf den Plan weiter geplant werden. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Ratsherr Born das Wort. Es folgen Ratsherr Dr. Panhaus und Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Ratsherr Born.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen des Konzepts zur Förderung des ÖPNV war vorgesehen, dass für die städtische Verwaltung ein Jobticket eingeführt werden soll. Offensichtlich ist das beerdigt worden, und dies hat doch zu erheblichem Frust bei den Beschäftigten geführt. Es ist ja durchaus möglich, solch ein Jobticket zur Verfügung zu stellen. Wir würden gern wissen, was im Einzelnen die Gründe dafür gewesen sind. Der Personalrat war, soweit ich weiß, ständig bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen. Aber wir haben bis heute keine Regelung. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Beigeordneter Wagner, bitte. – Sie haben das Wort.

Beigeordneter Wagner: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jobticket sollte – das war die ursprüngliche Prüfung, die wir vorgenommen haben – kostenlos abgegeben werden. Für eine kostenlose Abgabe gibt es keine Rechtsgrundlage. Es ist uns also in diesem Sinne nicht möglich gewesen, sauber zu argumentieren. Aber um weiter an dem Thema zu bleiben und auch im Sinne einer guten Arbeitgeber-Imagekampagne weiterzuarbeiten, sind wir gerade dabei, das Jobticket, wenn auch nicht kostenlos, so doch zu guten Angeboten an Mitarbeitende abzugeben. Darüber sind wir gerade in den Schlussabstimmungsprozessen, und ich lege mich einmal fest, dass wir im ersten Halbjahr 2024 eine Lösung haben werden, was Jobticket, Ticket allgemein, aber auch Parken betrifft. Das wäre das Komplettpaket, worüber wir jetzt in den finalen Abstimmungen stehen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ratsherr Dr. Panhaus, bitte. Dann habe ich noch Ratsfrau Vorspel auf der Redeliste. – Endlich.

Ratsherr Dr. Panhaus (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es freut mich, dass Sie so auf meinen Beitrag gewartet haben. Das ist ja toll. – Aber es geht noch einmal um die Anfrage von Ratsfrau Rachner, um das Modellprojekt. Ich möchte für die mitbeantragende Fraktion das unterstützen, was Ratsfrau Rachner gesagt hat: dass wir es nicht als erledigt ansehen. Es ist eine Informationsvorlage. Ich bin kein Jurist, aber da wäre jetzt erst einmal die Bitte, es nach dieser tagesaktuellen Diskussion als „nicht erledigt“ zu klassifizieren, und zwar mit folgender Begründung – ich habe noch einmal in unseren Antrag hineingesehen; er liegt gerade vor mir –: Wir haben gemeinsam beschlossen, dass die Stadt, nachdem die Voraussetzungen für die Bewerbung gegeben sind, dies macht. Wie gesagt, der Start ist ja gut. Wir haben schon eingereicht. Aber in dem Antrag steht, dass man dann dem Rat noch einmal eine Beschlussvorlage vorlegt, und diese liegt noch nicht vor. Insofern ist das noch nicht erledigt.

Im zweiten Punkt wurde geschrieben, dass Sondierungsgespräche durchgeführt und weitere Dinge getan werden sollen. Dies ist auch noch nicht erledigt. Das war noch einmal die auch im Antrag begründete fachliche Bitte, es weiter als nicht erledigt zu betrachten. – Danke.

(Beifall von der SPD und Ratsherrn Rohloff [FDP])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir können vielleicht die Wortmeldung von Ratsfrau Vorspel noch dazunehmen und dann die Verwaltung noch einmal abschließend.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Hat sich erledigt!)

– Hat sich erledigt. – Dann bitte, Herr Zaum.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Ratsfrau Dr. Rachner, sehr geehrter Ratsherr Dr. Panhaus, ich glaube, wir können uns darauf einigen: Erledigt ist der Auftrag, dass wir das Interesse für die Beteiligung an der Modellregion bekundet haben. Das war der Auftrag, den wir unmittelbar nach Beschluss erledigt haben.

Ich will aber hier noch einmal klarstellen: Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Modellregion gibt es noch nicht. Es ist das sogenannte Zwei-Säulen-Modell. Die erste Säule ist jetzt gerade durch die Bundesregierung und durch den Bundesrat beschlossen worden. Die zweite Säule: Wann sie kommt, weiß kein Mensch. Es gibt Eckpunkte dazu. Es gibt noch keinen Gesetzesentwurf. Das möchte ich hier noch einmal klarstellen. Wir beobachten das, und wenn dann klar ist, unter welchen Rahmenbedingungen man sich bewerben kann, dann werden wir auch darauf reagieren.

Ich möchte aber noch einen Punkt nennen, Ratsfrau Dr. Rachner, das ist mir wirklich wichtig: Es ist von Anfang an immer vom Bundesgesundheitsministerium gesagt worden: Wenn das Cannabis-Konsumgesetz kommt, dann werden die Kommunen mitgenommen, man macht das von unten nach oben, und insbesondere bei der Prävention werden die Kommunen unterstützt. – Es ist nichts passiert, nichts,

(Beifall von der CDU)

weder konzeptionell irgendetwas vom Bund erarbeitet worden noch, dass den Kommunen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist in diesem Zusammenhang eine Unverschämtheit. Jetzt wird den Kommunen vom Land auch noch die gesamte Kontrolle aufgebürdet, auch das ist eine Unverschämtheit. Ich bitte Sie alle, uns zu unterstützen. Dort muss nachgebessert werden. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es ist eine Infovorlage, die haben wir jetzt, glaube ich, intensiv **zur Kenntnis** genommen. Wir sind damit mit den Beschlussvorlagen der Verwaltung durch.

(Ratsfrau Heyden [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, 39!)

– Haben wir TOP 39 noch? – Oh ja, vielen Dank.

39

Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW RAT/184/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir müssen noch einen 60er-Beschluss genehmigen. – Sie haben das Wort dazu.

Ratsfrau Heyden (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleg*innen! Dann gebe ich Ihnen die Gelegenheit, die Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen. Vorher möchte ich aber noch zwei Dinge zu diesem Thema loswerden. Das Erste ist der in der Begründung wiedergegebene Fristablauf 30. April. Er sei dringend, also die Frist müsse dringend eingehalten werden, weil die Beauftragung aufgrund von Lieferketten spätestens bis 30.04.24 erfolgen müsste, steht darin. Ich wundere mich ein wenig über die Begründung. Als ob es jetzt keine Lieferketten mehr gibt! Aber nun gut. Acht Tage Unterschied – ich frage mich, ob man nicht die acht Tage bis heute mit dem Bieter heraushandeln könnte.

Aber das Wichtigere – zweitens –, ist, was einem auffällt: Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt zu großen Teilen aus dem Klimaschutzetat. Die Ausgabe, die dort beabsichtigt wird und nun genehmigt werden soll, ist Instandhaltung und Instandsetzung der, ich sage einmal, Hardware der Tonhalle. Das ist ureigenste Aufgabe eines verantwortungsvoll handelnden Eigentümers. Begründet wird die Dringlichkeit der Maßnahme und die Maßnahme als solche mit den wirtschaftlichen Folgeschäden und dem Verlust der Reputation der Tonhalle, die eintreten würden, wenn man das jetzt nicht schnell in Auftrag gibt. Das Ganze – ich sehe das anders als Sie – hat mit Klimaschutz wirklich nur am Rande zu tun. Das ist Instandsetzung entlang gesetzlicher Vorgaben. Halogen ist – das ist schon lange bekannt – nicht mehr legal verfügbar; und dann zu sagen, das spare irgendwie auch Energie, und mit dem Klimaschutz zu kommen, stimmt doch nicht. Wenn wir es nicht machen würden, würde dort gar nichts mehr leuchten. Das würde noch mehr Energie sparen.

Alles, was ich sagen will, ist: Die Finanzierung aus dem Klimaschutzetat halte ich für ein wenig an den Haaren herbeigezogen und bedenklich. Es ist kreativ, aber der eine oder die andere würde sich

vielleicht an anderer Stelle auch so etwas wünschen – womit ich dem nicht das Wort reden will. Aber ich finde das fragwürdig. – Danke schön.

(Beifall von der Linken und von Ratsherrn Fix [Die Partei-Klima-Fraktion])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Kreativ – eher die Kultur oder eher die Umwelt? Der Klimaschutz antwortet; Herr Beigeordneter Kral. – Bitte, Herr Kollege Kral.

Beigeordneter Kral: Vielen Dank. – Wir haben uns darauf verständigt, da sich der Schwerpunkt des Redebeitrags mit der Frage Klimaschutz beschäftigt hat, dass ich es jetzt beantworten werde. Ich sollte mitbringen, dass wir die Betreiberverantwortung als Landeshauptstadt Düsseldorf für dieses Objekt haben und dabei in der Verantwortung stehen. Aber LED-Förderung ist ein Standardprodukt, das wir in unserem Klimaschutzfonds regelmäßig nutzen. Das gibt es bei sehr vielen Projekten. Das gibt es im Schulbau, das gibt es bei den Kulturgebäuden. Es ist einer der Bausteine der Energiewende bei Gebäuden. Deshalb ist es nichts Besonderes, dass wir auch mal LED fördern, sondern das ist, wenn man sich die Liste ansieht – wir werden das auch im Ausschuss wieder präsentieren –, einer der Schwerpunkte unserer Arbeitsfelder, und zwar nicht pauschal, sondern es wird immer auch geprüft. Wir wissen exakt, welche Einsparungen hierbei erreicht wird. Wir haben pro Jahr 23.000 Kilogramm CO₂, die wir einsparen. Das heißt, es hat auch einen effektiven Effekt. Das ganze Thema Klimaschutz ist immer schwer zu erklären. Es ist ein kleinteiliges Erarbeiten von Verbesserungen an vielen Stellen. Von daher passt das auch hinein.

Es ist entsprechend geprüft worden, und wir sind mit der Ansicht, dass das eine förderwürdige Maßnahme ist, nicht allein, sondern erwarten, dass ein Teil des Geldes, das wir zur Verfügung stellen, vom Bund refinanziert wird, der nämlich unsere LED-Umwandlung auch fördert – nicht in derselben Höhe und derselben Summe, weil wir als Betreiber vielleicht etwas mehr in der Verantwortung sind; aber der Bund ist auch der Meinung, dass die Umwandlung bestehender Beleuchtungsmaßnahmen zu LED ein förderfähiger Tatbestand ist. Es ist keine Düsseldorfer Erfindung, es ist kein Auswuchs des Umweltamtes, sondern es ist der Standard bei der Umweltförderung. Deshalb stehe ich auch zu 100 Prozent dazu, dass wir das der Kulturverwaltung so in Aussicht gestellt haben. – Danke schön.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wir können abstimmen! Der Klimaschutz für die Kultur!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und frage: Wer möchte diesen 60er-Beschluss nicht genehmigen? – Wer möchte sich enthalten? – Die Partei-Klima-Fraktion enthält sich. Dann haben wir ihn aber im Übrigen einstimmig so genehmigt.

Beschluss

Der Rat der Stadt genehmigt die als Anlage beiliegende von Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller und Ratsherrn Raub am 30.04.2024 gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene dringliche Entscheidung.

36

Anträge

36.1

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Einrichtung eines Runden Tisches „Alter Hafen“

RAT/148/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Neuenhaus möchte den Antrag einbringen. – Sie haben das Wort, Ratsherr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ganz kurz an Herrn Kral: Ich finde es ausgesprochen gut, dass gerade die Kultur an dieser Stelle vorangeht und wirklich Klimaschutzziele erreichen will, und würde das nicht infrage stellen. Das musste jetzt sein, sorry!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Altstadt für alle“, um einmal einen berühmten Spruch abzuwandeln: Wir möchten gern, dass diese schöne, attraktive Altstadt schneller und besser gepflegt wird als bisher. Wenn Sie einmal schauen, was in den letzten Jahren passiert ist und was nicht passiert ist – was eigentlich seit 2014 nicht passiert ist –, dann ist das für das Herzstück dieser Stadt definitiv zu viel.

Wir hatten zwei Anfragen, eine in der vorigen Ratssitzung. Darin ging es um das Pflaster. Da hat die Verwaltung sich wirklich getraut zu sagen, dass das vollkommen in Ordnung sei. Da könne niemand stolpern. Das wäre unmöglich. Wenn wirklich mal etwas wäre, käme sie sofort und würde das ändern.

Wir hatten heute eine Anfrage, die leider aus Zeitmangel nicht mehr verlesen wurde. Frau Beigeordnete Zuschke, nur ganz kurz: Darin ging es um den Alten Hafen und wie die Altstadt weiterentwickelt wird. Das war ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, dem wir als FDP vor acht oder neun Monaten mit gefolgt sind, weil es eben wenig gab und wenigstens mal ein Ansatz da war. Die Antwort war nicht prosa-preisverdächtig, sondern schon fast Poesie. Wenn Sie die Beantwortung der zweiten Frage nehmen, kommen Sie am Ende dahin, was Sie irgendwann alles tun möchten. Aber zurzeit suchen Sie Fördergelder, nicht um etwas umzusetzen, sondern Sie suchen Fördergelder, um überhaupt eine Struktur zu machen. So habe ich das verstanden. Wir konnten ja leider nicht darüber reden. Wir merken nur: Es ist zu wenig.

Alter Hafen, darüber haben wir hier diskutiert, und uns war klar, dass wir eine Lösung brauchen. Plötzlich, als wir es wieder in die Öffentlichkeit gebracht haben, hatte die Verwaltung eine Lösung, wie man den Aalschokker, von dem Sie übrigens fast alle gedacht haben, dass der schon weg ist, jetzt aus dem Wasser bekommt. Aber wir haben noch keine Lösung, was wir mit der Fläche machen. Es bietet sich an, sie zu entwässern und an dieser Stelle Kunst und Kultur zu machen. Das ist unser Vorschlag. Ich weiß, er wird gleich abgelehnt. Trotzdem gebe ich Ihnen mit: Bitte schauen Sie gemeinsam mit uns allen, dass wir mit der Altstadt pfleglicher umgehen und sie in einem Zustand halten, mit dem die Einheimischen, die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, alle, die hier wohnen, arbeiten, leben, und unsere Gäste zufriedener sind, als sie es bisher sind. Wie eine Altstadt aussieht, wie gepflegt sie ist, hat auch etwas mit Sicherheit zu tun. Es geht einfach darum, wie man sich in solchen Räumen benimmt.

Uns liegt die Altstadt sehr am Herzen. Wir werden in jeder Ratssitzung an dieser Stelle weitermachen, denn es ist augenscheinlich: Sie kommen am Bolker Stern an und sehen, das passt so nicht. Da können wir nicht warten, bis der Heineplatz irgendwann fertig ist. So sind die Bedingungen. Wir haben ein Raumwerk D; Frau Zuschke, das ist toll. Aber wann die Altstadt sozusagen als Gesamtmodell irgendwann dran ist, weiß hier niemand. Deshalb versuchen wir, ohne dass wir Fachleute herausnehmen, mit dem Alten Hafen ein weiteres Zeichen zu setzen; und es wäre wunderbar, wenn Sie uns folgen würden, auch wenn das Illusion ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung, Ratsherr Dr. Schulz war zuerst, dann Ratsherr Dr. Fils.

Ratsherr Dr. Schulz (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme Ihnen, Ratsherr Neuenhaus, in sehr vielen Punkten zu. Es muss etwas passieren in der Altstadt, es muss eine Entwicklung geben. Deshalb haben wir auch diesen Antrag auf den Weg gebracht, worauf wir heute erste – ich betone: erste – Antworten bekommen haben. Es sind noch keine vollumfänglich zufriedenstellenden Antworten, aber ich finde

es dennoch falsch, sich jetzt nur den Alten Hafen herauszupicken und die Verwaltung zu beauftragen, hier eine Runde einzuberufen, die eine irgendwie geartete Entwicklung bespricht.

Was mir an diesem Antrag auch deutlich fehlt, ist: Was passiert denn mit der Bevölkerung, mit der Quartiersbevölkerung, mit der Stadtgesellschaft? Die sind offensichtlich in diesen Prozess überhaupt nicht eingebunden. Denn Sie reden nur von den Akteuren, die ganz eng an diesem Platz anliegen. Insofern finde ich, dass das ein Beitrag sein kann, wie auch immer das dann in dem kompletten integrierten Ansatz aussehen kann, um hier eine Entwicklung vorzubereiten, um mit den Akteuren zu sprechen. Aber dafür würde ich diesen expliziten Antrag nicht stellen, sondern darauf verweisen, was wir eigentlich wollen, nämlich die gesamtheitliche Betrachtung. Denn es gibt noch viele andere Orte in der Altstadt, die ähnlich betrachtet und entwickelt werden müssten. Deshalb ist es mir und unserer Fraktion so wichtig, dass wir diesen integrierten Ansatz fahren.

Es gibt – das hatte ich eingangs gesagt – eine erste Entwicklungsperspektive, wie man Ressourcen generieren kann, um sich das Ganze anzuschauen. Was mir allerdings – das ist ja heute Mittag nicht zur Sprache gekommen – noch ein wenig fehlt, ist eine Einschätzung zur Zeitschiene. Vielleicht können Sie das, Frau Beigeordnete, noch ergänzen, wann wir denn überhaupt mit einer Rückmeldung vom Fördergeber zu rechnen haben und was die Förderung dann schon ausmachen würde; denn das ZIZ kann ja noch viele andere Dinge fördern. Vielleicht ist es spannend, auch für diesen Antrag zu wissen, was dort eigentlich angedacht ist. Aber diesem Antrag werden wir in dieser Form leider nicht zustimmen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich nehme erst die Wortmeldungen dran und dann die Verwaltung noch einmal. Ratsherr Dr. Fils, anschließend Ratsherr Raub. – Bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Ratsherr Neuenhaus, Sie ahnen es: Wir werden als CDU nicht zustimmen. Wir sehen es genauso, wie Ratsherr Dr. Schulz es eben schon formuliert hat. Das Konzept Integrierte Innenstadt ist in Arbeit. Sie vergessen im Übrigen die Anwohner und die Gewerbetreibenden.

Aber ich komme jetzt noch auf Ihren Punkt: Wasser – ja oder nein? Das ist nicht so einfach vom Tisch zu wischen und zu sagen: kein Wasser dort mehr. Immerhin soll ja dargestellt werden, dass es sich dort um einen alten, eigentlich den ältesten Hafenbereich von Düsseldorf handelt. So schön Kunst und Kultur sind – Sie wissen, dass ich mich gern dafür einsetze –, ein Minimum Wasserfilm oder Wasserspiegel muss dort vorhanden sein. Techniker können gern analysieren, ob 10 Zentimeter, 50 Zentimeter oder was auch immer als Maximum dort möglich und sinnvoll ist, aber im Prinzip sollte deutlich werden: Es handelt sich um den Alten Hafen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Raub, bitte.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bemerkung zum Wasser hatte mich auch etwas irritiert – unabhängig davon, dass der Alte Hafen ja kein alter Hafen ist, das wissen wir auch. Er liegt an einer Stelle, wo einmal ein alter Hafen war, aber er ist kein alter Hafen. Insofern würde ich dieses Becken jetzt nicht überbewerten, was seine historische Bedeutung für diese Stadt betrifft. Ich glaube aber schon, dass es dann nicht so einfach ist, zu sagen: Wir lassen das Wasser ab, dann holen wir die Trümmer von dem Aalschokker heraus, und dann machen wir etwas anderes. Das ist etwas zu einfach.

Ich glaube schon, ja, da muss etwas geschehen. Darüber sind wir uns einig. Es gibt aber schon Ansätze, die wir gehört haben, was alles möglich ist: integrierte Entwicklung, Innenstadtkonferenz

kann man dort machen. Aber allein diesem Hafen oder diesem Bereich jetzt auch noch die Ehre oder die Adellung eines Runden Tisches zukommen zu lassen, das fände ich dann doch etwas strange. Deshalb werden auch wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Neuenhaus, danach Ratsherr Droste. – Sie haben das Wort, Ratsherr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich weiß gar nicht, warum sich hier alle gerade nicht trauen. Es ist schon wirklich etwas komisch. Die Anwohner und die Geschäfte unten liegen mir seit Jahren damit in den Ohren, was sie vorfinden, wenn sie morgens wiederkommen. Das ist eine Area, wo, wenn es dunkel wird, nichts mehr passiert, außer, dass sich bestimmte Leute treffen, die etwas verkaufen, was in der Regel nicht legal ist. Das heißt, sie haben den ganzen Mist morgens vor ihren Türen.

(Ratsherr Raub [SPD]: Das passiert woanders auch!)

– Entschuldigung, ja, aber wir reden doch jetzt über die Altstadt, und ich möchte einmal sagen: Ich weiß, dass Sie es nicht wollen. Wir wollen es, und ich will es Ihnen noch einmal erklären, auch nach dem, was Ratsherr Dr. Schulz gesagt hat, worum es uns geht. Das wäre doch ganz nett, wenn wir das kurz hinbekommen.

Also, den Anwohnern stinkt es, den Bewohnern, die dort wohnen, denn diese Fläche – man könnte ja auf die Idee kommen, wir wären irgendwie in Cuxhaven am Wasser – stinkt dort, es ist dreckig, es wird zu wenig sauber gemacht. Es hat keine Aufenthaltsqualität, es ist aber mitten in der Altstadt. Ich weiß nicht, warum wir uns nicht mal zusammensetzen und dort herangehen. Wenn Sie eine Wohnung einrichten, kaufen Sie auch nicht alles an einem Tag, hoffe ich jedenfalls – oder kaufen wir nicht alles an einem Tag –, und stellen das dann da hin, sondern nehmen Sie sich die Flecken einzeln vor und geben ihnen die Gewichtung, die sie haben. Sie haben ein Recht darauf. Ratsherr Dr. Schulz, es ist ein begrenzter Raum, ja, in der Tat. Genau um diesen sollten wir uns kümmern. Ich weiß, dass das heute nicht geht. Aber vielleicht bekommen wir es ja im Laufe der nächsten Wochen noch hin. Ich glaube, die Bewohner und Besucher würden sich sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Ratsherr Droste das Wort. Es folgt Ratsfrau Marmulla. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste. – Der Erste Bürgermeister vertritt mich.

(Bürgermeister Hinkel [CDU] übernimmt um 16.46 Uhr den Vorsitz.)

Ratsherr Droste (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Man lernt ja als ehrenamtliches Ratsmitglied viel dazu. Vor allem auch im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen habe ich gelernt, dass Wasserflächen nicht dazu beitragen in unseren immer heißer werdenden Sommern, dass sich die Stadt abkühlt. Es sind vor allem Bäume, die das tun. Wenn gleich die Verwaltung Stellung nimmt, bitte ich auch, gerade Stellung dazu zu nehmen, was in der Altstadt hilft, die Temperaturen zumindest ein Stück weit zu senken. Ich denke mal, das ist vor allem auch ein Thema für die Grünen. Aber eine offene Wasserfläche, die sich erhitzt, die stinkt, die immer heißer wird, ist es wahrscheinlich nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Droste. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin jetzt hier vorn. Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Marmulla. Bitte kommen Sie zu uns nach vorn. – Liebe Ratsfrau Marmulla, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Sehr gern. Vielen Dank. – Wir haben uns natürlich auch Gedanken zu diesem Antrag gemacht, und uns fällt leider immer wieder auf, dass die FDP die Altstadt und das Linksrheinische im Blick hat, aber die anderen Stadtteile nicht so sehr. Das ist schon einmal der erste Grund für uns, diesen Antrag abzulehnen.

(Ratsfrau Lehmhaus [FDP]: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

– Doch!

Zweiter Grund – das wurde hier auch schon ein wenig angesprochen –: Runde Tische für alles. Aber man kann ja auch die Verwaltung erst einmal arbeiten lassen, und danach diskutieren wir einen Entwurf in den Ausschüssen oder hier und natürlich mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsbeteiligung.

Dritter Punkt: Wenn Sie mich fragen, was an dieser Stelle gut wäre: ein Spielplatz; denn davon haben wir hier in der Altstadt leider zu wenig. Ein Spielplatz wäre ganz fantastisch.

(Beifall von der Linken)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Es gibt noch eine Wortmeldung von Ulf Montanus. Ratsherr Montanus, kommen Sie bitte zu uns nach vorn. – Sie haben das Wort, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich nicht mehr melden, aber nach dieser Vorlage muss ich natürlich etwas sagen. Selbstverständlich sind uns alle Stadtteile wichtig und nicht nur die Altstadt. Das sollten Sie aber eigentlich wissen. Die FDP kümmert sich um jeden Stadtteil. Was hier gerade erwähnt worden ist, war ein Spielplatz. Da kommt einem vielleicht die Idee eines Wasserspielplatzes.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Ja, sehr gut!)

Solche Möglichkeiten wären vielleicht gegeben, aber ich sage grundsätzlich einmal: Wenn Sie dort eine Wasserlache haben – das hat Manfred Neuenhaus ganz richtig gesagt –, dann haben Sie ein stinkendes Etwas, das im Prinzip für die Anwohner mit Sicherheit kein schöner Anblick und vor allem auch kein guter Zustand ist. Ich kann also nur empfehlen, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht die Anwohner mit zu dem Runden Tisch geladen werden und er dafür Sorge tragen kann, dass wir dort eine Stelle bekommen, die für alle annehmbar ist. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Montanus. – Ich sehe noch eine Wortmeldung. – Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke. – Es gibt ganz offensichtlich Diskussionsbedarf. Also, wieso machen wir keinen Runden Tisch und reden darüber? Ich finde es, ehrlich gesagt, einen guten Antrag.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Fix. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wer stimmt für diesen Antrag unter Tagesordnungspunkt 36.1, RAT/148/2024? – Das sind FDP, Die Partei-Klima-Fraktion und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

36.2

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Erhalten statt abreißen! Kulturbauten sanieren statt Oper neu bauen

RAT/151/2024

Bürgermeister Hinkel (CDU): Wer möchte den Antrag einbringen? – Dann bitte ich Sie, Ratsfrau Lehmann, zu uns nach vorn zu kommen.

(Ratsfrau Lehmhaus [FDP]: Hier ist noch eine Wortmeldung!)

Ratsfrau Lehmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Vielen Dank, Herr Bürgermeister Hinkel. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Besonders große Projekte gelingen nur, wenn die Bevölkerung sie unterstützt und dahintersteht. Nachdem die Debatte um den Neubau des Opernhauses immer wieder emotionale Fahrt aufgenommen hat, haben wir uns überlegt, ob wir nicht die Bürgerinnen und Bürger einmal fragen, und haben eine Umfrage gestartet. Diese Umfrage hatte das Ergebnis, dass der Neubau eines Opernhauses, eines milliardenschweren Opernhauses, mehrheitlich abgelehnt wird. 68,2 Prozent der Befragten lehnten ab. Besonders interessant ist dabei, dass die zweitgrößte Gruppe, die dieses Projekt ablehnten, SPD-Wählerinnen und -Wähler war, dicht gefolgt von CDU-Wählerinnen und -Wählern, FDP ungefähr 50 Prozent Ablehnung. Das heißt, das Ganze findet in einem relativ luftleeren Raum statt, und die Finanzierung wird letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern getragen. Das gehört unbedingt mitgedacht. Vielleicht treten Sie mit Ihren Wählerinnen und Wählern einmal in Kontakt und fragen sie, wie sie zu diesem Opernneubau stehen. Die Umfrageergebnisse zur Transparenz finden Sie auf der Website milliardenoper.de. Sie ist heute online gegangen. Die Linke wird auf Basis dieses Umfrageergebnisses in Zukunft einen Bürger*innenentscheid in den Stadtrat einbringen.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 16.53 Uhr wieder den Vorsitz.)

Liebe SPD, was ist denn nun mit der Wohnungsbauoffensive? Wird der Deal aufrechterhalten? Was ist vorher passiert? Warum ist in den vielen Jahren vorher nicht bezahlbarer Wohnraum entstanden? Sie waren in der Regierung, und das Prestigeobjekt, muss man dazusagen, ist das Objekt des ehemaligen Oberbürgermeisters, der mittlerweile in einer anderen Partei tätig ist. Da überlegt man vielleicht auch, ob man daran festhalten sollte. Warum geht bezahlbarer Wohnraum nur mit einem Opern-Deal? Muss man die Oper als Vehikel nehmen, um zu bauen? Die Linke ist die einzige Fraktion gewesen, die immer nur Wohnbauprojekten zugestimmt hat, die 50 Prozent bezahlbaren Wohnraum eingepreist haben. Vor diesem Hintergrund ist der Deal, mit Verlaub, seltsam.

Liebe Grüne, wie gut, dass ihr jetzt auch gegen einen Opernneubau seid, wobei – nicht grundsätzlich. Ihr sagt immer: zurzeit nicht. Ihr habt auch die Standortdebatte wieder aufgemacht. Das heißt, auch dazu haben wir Fragen: Wird das denn günstiger, wenn man wartet? Wird dann eventuell anderswo gerodet?

An die Partei Die Partei-Klima-Fraktion: Ihr hattet Anträge gestellt, die werden wir in Zukunft, also in der nächsten Sitzung, leider ablehnen müssen, weil sie sich auf ein Opern-Neubauprojekt beziehen, und das lehnen wir grundsätzlich ab.

Ansonsten sind wir natürlich – Ratsherr Droste hat es gesagt – sehr für den Erhalt des Denkmals Hofgarten, weil diese alten Bäume Klimagaranten sind, sie dürfen nicht angetastet werden. Wenn sie nämlich gefällt und gerodet werden, wird der Hofgarten zerstört.

Man kann vielleicht nochmals überlegen, ob man diesen Euphemismus „Eingriffe in den Hofgarten“ verändert und ihn ehrlich benennt: dass das Denkmal zerstört wird. Das ist kein chirurgisch

ästhetischer Eingriff, der dort vorgenommen wird. Wir hatten in der Sondersitzung im letzten Jahr auch den Wortbeitrag, dass das Hinterhof sei und ja nur schöner würde. Ratsfrau Marmulla hatte dankenswerterweise in der letzten Sondersitzung gesagt

(Zuruf von der CDU: Ist das der Antrag?)

– der kommt gleich, ich möchte ihn einbetten –, dass der Hofgarten durch das Opern-Neubaugebäude schöner werden sollte. – Das stimmt nicht. Der Hofgarten an sich ist schon schön.

Unser Antrag heißt: „Erhalten statt abreißen“. Sie wissen alle, dass es eine lange Liste sanierungsbedürftiger Kulturbauten gibt. Um einmal eine Zahl zu nennen: 2019 wurde die Liste auf 275 Millionen Euro beziffert. Die Tonhalle wurde heute erwähnt. Sie ist lange sanierungsbedürftig. Warum passiert dort nichts? Warum fokussiert man sich auf ein Neubauprojekt, ein Prestigeobjekt, das gigantisch viel Geld kosten wird, und saniert die anderen Kulturbauten nicht? Zu der Liste der Kulturbauten, die unbedingt saniert werden müssen, zählt das Zakk, das Tanzhaus, die Tonhalle wurde erwähnt, die Clara-Schumann-Musikschule.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Lehmann, die 5 Minuten sind um. Kommen Sie zum Schluss, bitte.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Ja. – Deshalb die Frage: Wollen wir, dass die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger von einer goldenen Terrasse auf marode Kulturbauten schauen? Stopptaste Opernneubau jetzt!

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Neuenhaus hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Dr. Fils, Bürgermeisterin Gerlach, Ratsherr Raub und Ratsfrau Mirus. – Bitte, Ratsherr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich will den Linken gar nicht zu viel Gutes tun. Einige Aspekte einfach nur, weil wir Diskussionen bekommen, die mittlerweile wenig mit der Wahrheit oder den Vorlagen zu tun haben. Ist „Unsinn“ zu sagen erlaubt? – Ja. Gut. Also, ich würde einmal sagen – Entschuldigung, aber wirklich, Frau Kollegin –, man kann sich mit mir über alles streiten, aber das war Unsinn. Es ist echt schwierig, und es zeigt wirklich noch einmal, warum die DDR 1989 pleitegegangen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Wenn man sich von diesen Ideen nicht verabschiedet, wird es nicht funktionieren. Ich sage Ihnen eines, und das haben wir als FDP die ganze Zeit gesagt: Es gibt keine Eingriffe in den Hofgarten. Zweitens – auch dort hätten Sie dabei sein können –: Dieses Opernhaus ist als Opernhaus nicht zu sanieren. Das haben wir mit Architekten geprüft. Das war das Erste, das wir gemacht haben.

(Zuruf von Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen])

– Entschuldigung, Frau Kollegin, für Sie gilt das Wort mit U auch seit letztem Dienstag. Sorry, echt! Nein, Frau Gerlach, wirklich! Das ist so ganz typisch. Sie wissen genau, wir haben mehrere Architekten gehabt, die dort dranwaren, ob man es sanieren kann. Ja, natürlich können Sie dieses Haus irgendwann sanieren.

(Zuruf von Bürgermeisterin Gerlach [Bündnis 90/Die Grünen])

– Entschuldigung. Jetzt hören Sie doch mal zu! Wollen Sie jetzt mit mir reden oder nicht? Sie können sanieren, aber dann sage ich Ihnen – –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wenn Sie miteinander reden wollen, machen Sie das draußen.

(Beifall von der SPD)

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Also, zurück zu der Linken. Sie können sanieren. Dann sage ich Ihnen: Sie sind in fünf oder sechs Jahren an der gleichen Stelle wie die Kölner. Wir haben beim Schauspielhaus gesehen, wie schwierig das ist, unter welchen wirklich widrigen Umständen wir es geschafft haben, eine Stilikone zu erhalten. Aber die Gutachten – die haben wir zuerst eingeholt – zeigen: Es kann Ihnen niemand sagen, wie viel es zum Schluss kostet. Es gibt keine rote Linie, wenn Sie sanieren. Sorry, Sie können das gern wegdiskutieren, aber ich kann nur mit Fakten leben. Vor drei Jahren haben wir uns zum ersten Mal ein Gutachten eingeholt: Kann man dieses Haus sanieren, ja oder nein, und ist es dann auf dem Stand des 21. Jahrhunderts, was man an Technik braucht? – Nein! Sie können jetzt natürlich in allen Theorien sagen: Ich glaube Ihnen nicht. Aber so ist es nun einmal. Wir sitzen doch nicht hier und sagen: Mein Gott, wir haben da 1 Milliarde zu viel und wollen mal irgendwas bauen. Es geht darum, dass Sie die Oper gerade gefährden. Wenn Sie das machen – und ich sage Ihnen: wir tun nichts mehr –, dann ist in drei Jahren die Oper zu; die in Duisburg übrigens auch und die Tonhalle auch, weil die noch mit dazugehören. Sie denken überhaupt nicht zu Ende, was Sie hier gerade tun. Sie müssen das gesamte Ding sehen.

(Beifall von der FDP)

Zu Ihrer Umfrage von der Linken: Sorry, ich bin Politikwissenschaftler. Ich habe jahrelang davon gelebt, Umfragen zu machen. Ich möchte dazu nichts sagen, aber Ihre Umfrage ist so was von egal für die Wirklichkeit, sorry. Und Kulturbauten: Wir schauen nicht von der neuen Oper auf marode Kulturbauten. Was wir hier in den letzten 20 Jahren geleistet haben, um Kulturbauten zu sanieren, und was wir auch weiter tun, das finden Sie in keiner anderen Großstadt in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel: Ratsherr Dr. Fils hat als Nächster das Wort. – Bitte, Ratsherr Fils.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich versuche, mich jetzt einmal auf den Antrag zu konzentrieren, über den wir gerade reden, und nicht auf die Grundsatzdiskussion, was eine Oper ist, wie sie aussehen könnte und ob neu oder alt oder wie auch immer. Das steht heute und hier und auch mit diesem Antrag nicht auf der Tagesordnung, sondern mit diesem etwas sehr überflüssigen Show-Antrag wird versucht, deutlich zu machen, dass es eine Menge Arbeit an den Kulturinstituten gibt. Dieser Antrag übersieht allerdings das, was bisher geschehen ist, was im Gange ist und was alles kommen wird.

Ich nenne nur einmal ein paar Beispiele, was in jüngster Zeit fertiggestellt worden ist: das Schauspielhaus – eine sensationelle Renovierung und Instandsetzung –, der Kunstpalast – super toll geworden –, dann haben wir neu das Schumann-Museum. In Perfektion sind diese drei Projekte für die nächste Zukunft gerettet und gesichert.

Vieles andere ist in Arbeit. Ich selbst bin Aufsichtsratsvorsitzender der Kunsthalle. Wir diskutieren gerade, wie, was und wann es gemacht wird und wie auch dort ein Interim aussehen wird. Neben der Kunsthalle haben wir natürlich die Tonhalle im Programm, über die wir wissen, dass dort einiges zu tun ist. Ich könnte im Grunde fast alle Kulturinstitute aufzählen, die wir haben – vom Jugendtheater über Schloss Benrath, über zig kleine Einrichtungen und größere Häuser, Hetjens-Museum –, überall stehen Arbeiten an, und diese werden mit besten Vorlagen vorbereitet, damit man sie gut, kostengünstig, energieeffizient und toll für das heutige Publikum herrichten kann.

Waren Sie eigentlich schon einmal in all diesen Häusern? Wissen Sie überhaupt, wie viele Häuser wir haben? – Ich kann mir das kaum vorstellen. Ich verrate Ihnen: Einige Häuser stehen momentan nicht auf der Agenda, dass dort etwas repariert oder instandgesetzt werden muss, wie zum Beispiel das KIT und viele andere Einrichtungen. Wenn Sie Ihren Antrag ernst nehmen würden, dann könnte die Oper nie saniert, gebaut oder hergerichtet werden, weil es immer irgendeine Kultureinrichtung in dieser Stadt geben wird, an der irgendetwas zu tun ist. So, wie jeder private Immobilienbesitzer verpflichtet ist, alle paar Jahre irgendetwas instand zu setzen, ist natürlich auch die Stadt dazu verpflichtet. Sie macht es mit Riesenaufwand und mit Riesenerfolg.

Mischen Sie also nicht unsinnig die Themen und versuchen Sie nicht, eine Show-Propaganda zu machen! Sehen Sie sich lieber einmal selbst in Ruhe alle Häuser an! Damit wären Sie ausreichend beschäftigt und kämen nicht mit solchen Anträgen hierher.

(Beifall von CDU und FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächste hat Frau Bürgermeisterin Gerlach das Wort. Es folgen Ratsherr Raub, Ratsfrau Mirus, Ratsfrau Marmulla und Ratsherr Montanus. – Bitte, Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich werde es kurz machen, weil ich nicht alles wiederholen will, was wir schon diskutiert haben. Das passiert dann doch gern einmal. Ich möchte aber auf Ratsherrn Neuenhaus eingehen: Ja, es stimmt. Wir haben sehr viel gemacht, und das war sehr notwendig. Deshalb haben wir als Bündnis 90/Die Grünen gesagt, als wir 2014 in die Regierung gehen durften: Wir wollen, dass endlich unsere Infrastruktur wieder auf einen guten Stand kommt. Das haben wir dann auch gemeinsam mit der Ampel hier in Düsseldorf umsetzen können. Wir haben einiges geschafft, worauf ich auch sehr stolz bin. Wir haben mit dem milliardenschweren Schulbausanierungsprogramm angefangen und haben auch begonnen, die Kulturgebäude und Sportstätten anzugehen. Das ist sehr wichtig. Dabei kommen dann immer Beschlüsse heraus wie das TVG und so weiter.

Das Ganze – das muss ich auch einmal sagen – ist auch deshalb gelungen, weil die Kosten des Kö-Bogens langsam nicht mehr vorhanden waren – diese hatten wir dann hinter uns gelassen – und weil wir in der Regierungszeit auch gesagt haben: Wir machen eben kein großes, teures Prestigeprojekt, sondern kümmern uns um die Infrastruktur in dieser Stadt, die zu dem Zeitpunkt ganz schön marode war. Das muss man sagen. Da waren Gebäude – die haben wir teilweise immer noch –, in denen man kaum noch gut arbeiten konnte. Da hat die Qualität gelitten, indem man nicht mehr gut lernen konnte und so weiter und so fort. Deshalb haben wir uns dieser Infrastruktur verschrieben. Das ist vielleicht nicht so wahnsinnig attraktiv, weil man nicht sagen kann: Ich habe hier ein tolles, großes, neues Gebäude gebaut, und sich nicht damit schmücken kann, aber es betrifft wahnsinnig viele Menschen in unserer Stadt und natürlich den Erhalt der wirklich tollen Substanz, die wir hier haben, und natürlich den Inhalt, der dann auch davon profitiert, wenn man nicht permanent schauen muss, wie man das eine oder andere Loch stopfen muss.

Insofern habe ich eine große Sympathie für das, was Die Linke hier vorbringt, nämlich auf jeden Fall auch auf die Verhältnismäßigkeit zu schauen: Wie ist das eigentlich mit den ganzen sanierungsbedürftigen Gebäuden? – Ich weiß nicht, wer vor kurzem einmal im Tanzhaus war. Es zieht sich dort schon sehr lange und ist auch nicht das einzige Beispiel. Das Zakk und viele anderer Gebäude müssen noch saniert werden. Zudem stellt sich die Frage, wo unsere Verwaltungsmitarbeitenden arbeiten. Wir haben uns der Frage angenommen, aber es wäre schön, wenn wir nun auch einmal das Verfahren für das neue TVG starten würden.

Aus diesem Grund verstehe ich es sehr gut, wenn man sagt: Die Sanierung muss Vorrang haben und die Sanierung muss auch ins Verhältnis zu einem Neubau gesetzt werden. Wir haben das sehr klar für uns als Bündnis 90/Die Grünen beantwortet. Deshalb kann ich das Anliegen verstehen. Wir

finden die Formulierung aber nicht so treffend, dass wir zustimmen würden. Wir werden uns enthalten.

Vielleicht noch als letzter Punkt: Sie, Ratsherr Neuenhaus, können jetzt sagen, das sei Unsinn, was wir erzählen, dass in den Hofgarten eingegriffen wird. Sie können Eingriffe definieren, wie Sie wollen. Sie können sagen: Ein Eingriff ist es nicht, wenn ich die Hälfte wegnehme. Das stimmt natürlich nicht. Wenn ich eine ein Drittel größere Oper brauche, muss ich in den Hofgarten bauen. Das ist nun einmal so. Sie können sagen: „Das ist für mich kein Eingriff“ – das ist Ihnen unbenommen, da es ihre Interpretation ist –, aber für uns ist das ein Eingriff, und ich mir ziemlich sicher, dass das für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auch durchaus ein Eingriff ist. Deshalb definieren Sie es ruhig um, aber es ist auf jeden Fall ein Bau, der in den Hofgarten geht.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das ist nicht demokratiewürdig! Das ist nicht mehr in Ordnung, sorry!)

Das bietet keinen Interpretationsspielraum. Wenn Sie sagen, dass das Unsinn sei, ist mir dann, ehrlich gesagt, völlig egal.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Raub hat als Nächster zum Antrag der Fraktion Die Linke das Wort.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das ist purer Populismus, sorry!)

Ratsherr Raub (SPD): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich spreche zum Antrag der Linken.

„Währenddessen wird das Bestandsgebäude der Oper am Rhein mit den für die Sommerpausen 2024 und 2025 geplanten Sanierungsmaßnahmen betriebsfähig gehalten.“

Aus diesem Satz erkennt man die komplette – sorry, dass ich das so sage – Ahnungslosigkeit, wie es tatsächlich mit diesem Gebäude aussieht.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Die Oper oder das Gebäude ist mit den beiden in den Sommerpausen geplanten Maßnahmen nicht bestandsfähig beziehungsweise betriebsfähig zu halten – jedenfalls nicht auf Dauer. Im Grunde genommen ist dieser Antrag das Wiederaufwärmen der Diskussion „Abreißen oder sanieren?“. Diese Entscheidung haben wir nun wirklich vor Jahren getroffen, und zwar nach eingehender Diskussion. Das jetzt wieder aufzuwärmen, dazu noch mit Zahlen, die Sie sich irgendwo geklaut, geklaut oder sonst woher geholt haben, garniert mit einer Anfrage, die hier gar nicht Thema dieses Antrages war – deshalb habe ich mich auch gefragt, warum Sie so lange dazu geredet haben –, all das sind Dinge, die keine Basis für eine Diskussion sind. Es ist vor allem keine Basis für einen solchen Antrag.

Das, was hier steht, ist schlicht und ergreifend – wer genauer hinschaut, weiß es – nicht zutreffend. Es ist schlicht und ergreifend falsch. Es ist falsch, wenn gesagt wird: Mit diesen Maßnahmen kann die Oper betriebsfähig gehalten werden. Das ist schlicht und ergreifend falsch, und das wissen Sie auch, aber Sie wollen es nicht wahrhaben.

Dann steht darüber hinaus im Antrag:

„Bis die geplanten bzw. ins Auge gefassten Sanierungsvorhaben an Düsseldorfer Kulturbauten abgeschlossen sind.“

Welche meinen Sie denn damit? Das wüsste ich gern einmal. Alle, die Sie hier in Rede gestellt haben? – Bis dahin ist uns die Oper mit Sicherheit zusammengebrochen; davon können wir ausgehen. Denn es ist ziemlich viel, was uns da ins Haus steht. Aber noch nicht einmal diese Maßnahmen können Sie in Ihrem Antrag definieren. Damit wissen wir auch gar nicht, wie lange wir damit arbeiten müssen, wie lange wir jetzt mit der Oper warten sollen. Das sagen Sie nicht.

Dieser Antrag ist von dem, von dem Sie ausgehen, falsch und auch in der Schlussfolgerung falsch. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall von SPD und FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächste hat Ratsfrau Mirus das Wort. Es folgen Ratsfrau Marmulla, Ratsherr Montanus und Ratsfrau Lehmhaus. – Bitte, Ratsfrau Mirus, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Herr Oberbürgermeister Keller. – Liebe Linke, ihr habt eine tolle Umfrage in Auftrag gegeben, aber ihr habt die Frage auch so gestellt, wie die Bürger es sehen, wenn dieses Projekt über 1 Milliarde Euro kosten würde. Wie wäre es denn mit einem Kostenlimit? Wie würde dann das Ergebnis aussehen? – Das fragen wir uns und bringen das beim nächsten Mal auch ein.

Zu dem Punkt Sanierung: Es wird nichts mehr von diesem Gebäude übrig bleiben bis auf die Grundmauern. Das ganze Ding muss innen ausgebaut werden, um überhaupt genug Platz für die Arbeitenden zu schaffen. Das würde auch – wie Sie bestimmt mitverfolgt haben bei der Kostenaufrechnung – bei einer Sanierung immer noch 560 Millionen Euro kosten. Das ist schon fast die Hälfte von 1 Milliarde Euro oder sogar mehr.

Zum Hofgarten: Wenn die FDP-Fraktion immer sagt, der Hofgarten würde nicht angetastet werden – mich würde brennend interessieren, ob Gaslaternen in diesem Bereich stehen, der mit bebaut werden dürfte. Dann würde ich gern wissen, ob Sie immer noch nichts dagegen haben, dass dort kleinste Flächen vielleicht mit angetastet werden. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Eigentlich wollte ich zu diesem Tagesordnungspunkt gar nicht mehr sprechen, weil ich schon sehr viel auf unserer Sondersitzung dazu gesagt habe. Aber Sie haben mich jetzt so getriggert.

Punkt 1: Ratsherr Neuenhaus, DDR-Vergleiche kommen immer dann, wenn Sie nicht mehr weiter wissen.

Ratsherr Dr. Fils, sollen wir Ihnen jetzt jedes Mal ein Foto schicken, wenn einer von uns vier Stadträten oder von unserer gesamten erweiterten Fraktion einen Kulturbau in Düsseldorf besichtigt oder besucht?

(Zuruf von Ratsherrn Dr. Fils [CDU])

Sollen wir das machen? – Dann spamen wir Sie gern zu, wenn wir Kultur besuchen und Kultur machen. Dann haben Sie viel Spaß mit unseren Selfies. – Dazu diese zwei Punkte.

Dann zum Inhalt: Sie haben das Schauspielhaus erwähnt. Ja, dort wurde saniert, und das zeigt doch genau, dass unser Antrag goldrichtig ist.

Ratsherr Raub, für uns war die Diskussion bezüglich der Sanierung oder des Neubaus einfach nie beendet. Sie haben in der Mehrheit gesagt: Wir machen das so. Aber in der Opposition müssen wir

doch darauf hinweisen, wenn Sie sich verlaufen oder verirren. Ich meine, dass Bündnis 90/Die Grünen zurückrudert und sagt, wir brauchen jetzt irgendwie eine Pausetaste, wir müssen noch einmal überlegen und schauen mal – wie auch immer –, dass sie sich nicht einigen können, sich nicht festlegen wollen und die nächste Wahl abwarten wollen, zeigt doch schon, dass die eingeschlagene Richtung nicht richtig sein kann.

Das waren die wesentlichsten Punkte. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus, bitte. – Es folgt Ratsfrau Lehmhaus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wer die Axt an die Kultur anlegt, schadet dieser Stadt.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Genau!)

Ich sage es ganz offen: Wenn Sie umbauen wollen, schauen Sie sich unsere geliebte Nachbarstadt Köln an, was ein Umbau dort momentan an Kosten verursacht. Diese Kosten möchte ich in Düsseldorf weiß Gott nicht haben.

Außerdem sollten Sie sich einmal überlegen, dass wir, wenn wir tatsächlich umbauen wollen würden,

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Wir wollen sanieren, nicht umbauen!)

den Weiterbetrieb der Oper veranlassen müssen. Das würde aber einen Millionenbetrag bedeuten, und zwar jährlich, den wir in das Opernhaus investieren müssten, um überhaupt an der gleichen Stelle Opern aufführen zu dürfen.

Eine Investition in die Kultur ist auch immer eine Investition in die Wirtschaft und in diese Stadt, meine Damen und Herren. Bedenken Sie bitte auch, was Tourismus für eine Bedeutung für die Oper hat. Das hat eine sehr große Bedeutung. Das dürfen wir nicht unterschätzen. Denn diese Oper wird irgendwann einmal auch dementsprechende Gelder generieren. Das sollten wir bitte nie außer Acht lassen, wenn wir hier über irgendwelche Summen sprechen, die ein Neubau kosten wird.

Der Hofgarten ist übrigens uns allen wichtig. Wir alle wollen natürlich nicht, dass der Hofgarten keine Aufwertung erfährt. Wir wollen nicht in den Hofgarten eingreifen. Wenn Sie behaupten, die Weiherbäume würden angegriffen werden, dann – so muss ich Ihnen ganz offen und ehrlich sagen – sagen Sie hier die Unwahrheit. Das wird nämlich nicht der Fall sein. Wir werden natürlich auch Vorgaben machen. Der Architekturwettbewerb wird es zeigen, dass wir Vorgaben machen werden, wo die roten Linien liegen. Bitte kommen Sie also nicht mit solchen Argumenten, und denken Sie darüber nach, dass die Oper für die Stadt Düsseldorf sehr, sehr wichtig ist! – Danke.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe Ratsfrau Lehmhaus auf der Redeliste und dann noch zweimal die Fraktion Die Linke: Ratsfrau Lehmann und Ratsherr Born. Ist das richtig so, oder einigen Sie sich?

(Ratsherr Born [Die Linke] weist auf Ratsfrau Lehmann [Die Linke])

Ratsfrau Lehmann. Also erst Ratsfrau Lehmhaus, dann Ratsfrau Lehmann.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Nicht verwechseln!)

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, irgendwann ist der Punkt erreicht, wo wir eigentlich zum Kern der Wahrheit kommen müssten. Ich meine, wir haben schon eine große Runde gedreht. Wir drehen heute wieder eine dank der tollen Umfrage der Linken. Nach allen Vorlagen und Anträgen, die uns im Juni erwarten, gehe ich davon aus, dass weder Die Linke noch Bündnis 90/Die Grünen überhaupt eine Oper wollen, auch keine neue Oper. Anders kann ich mir im Moment den Zustand der Diskussion nicht mehr erklären, denn es wird gar nicht über eine Oper diskutiert. Das Thema Standort haben wir sogar schon hinter uns. Nein, es wird sogar abgelehnt, ein Interim zu schaffen. Selbst wenn ich sanieren wollte und eine Mehrheit hätte, um zu sanieren, müsste ich ein Interim haben, damit die Oper ausgelagert werden kann. Aber das wollen Sie auch nicht.

Frau Bürgermeisterin Gerlach hat sich in einem Spot dazu sehr ausgelassen, indem sie gesagt hat, es komme für sie dort nichts infrage – kein Interim, kein Neubau, kein Prestigeobjekt. Dazu muss ich sagen: Ja, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es eigentlich um mehr geht. Es geht nicht mehr um eine Sanierung, sondern es geht darum, ob in Düsseldorf in Zukunft überhaupt noch eine Oper vorhanden sein wird.

Jetzt komme ich einmal von der Geschichte des Sports – Sie wissen, ich bin eigentlich überwiegend für den Sport zuständig – und möchte das Hohe Haus daran erinnern, was passiert ist, als unsere Bäder, von denen wir wussten, sie müssen saniert werden – Sie wissen alle, dass saniert werden muss –, nicht saniert wurden. Sie wurden dann von heute auf morgen geschlossen. Sie alle wissen, dass in drei Jahren das Haus der Oper geschlossen werden muss. Wenn hier heute jemand ist, der sagt, die Oper ist nicht in Gefahr, dann kann ich ihm auch nicht mehr weiterhelfen. Das ist aber fahrlässig, und dann sollte er hier nicht mehr sitzen. Das ist so. Wir haben eine Verantwortung. Wir haben alle eine Verantwortung, und das geht über den Bau hinaus. Wenn die Klimaanlage in der Oper dieses Jahr im Sommer nicht mehr zu nutzen ist, wird das Haus geschlossen. Das weiß hier auch jeder.

Das Szenario, was dann passiert, müsste eigentlich jedem, der hier sitzt, bekannt sein. Was machen wir mit den Angestellten? Was machen wir mit den 500 Mitarbeitern in diesem Haus? – Die schicken wir von heute auf morgen nach Hause, aber nicht nur die, sondern wir haben keine Oper in Duisburg, die beispielbar ist, und wir haben dann auch Auswirkungen auf die Tonhalle.

Also, liebe Mitglieder des Rates, es geht um mehr als nur um einen Neubau. Es geht darum, ob Düsseldorf in Zukunft eine Oper hat. Da erwarte ich von allen Verantwortlichen hier in diesem Haus gute Antworten und gute Überlegungen. Eine Chance haben wir noch. Aber wenn gute Entscheidungen das nächste Mal nicht kommen, dann kann es durchaus sein, dass die Oper von heute auf morgen geschlossen wird. Die Verantwortung zuallererst den Mitarbeitern gegenüber haben Sie zu übernehmen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich muss an die Redezeitbegrenzung erinnern.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Ich bin zu Ende.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Diese ist in der zweiten Runde nur noch drei Minuten. Das gilt auch für Ratsfrau Lehmann. Danach habe ich keine Redner mehr auf der Liste. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz. Es war viel von Unsinn und Dingen hier die Rede – schwierig.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Polemik!)

Ratsherr Raub, für Sie: Das ist genau auf der Liste der zu sanierenden Kulturbauten zu finden – Ausführungen der Maßnahmen in den Sommerpausen 2024/2025. Das ist also hier Schwarz auf Weiß nachzulesen. Wir hatten das schon einmal. Ich glaube, wenn man keine Argumente mehr hat, dann wird uns gesagt, wir wollen die Oper abreißen oder gehen gar nicht in die Oper. Das ist Quatsch. Ich sage es noch einmal: Wir sind eher für Kultur für alle – so fasse ich jetzt einmal unseren Antrag kurz zusammen –, dass alle Kulturbauten saniert werden und nicht nur ein Prestigeobjekt und dass bei der Sanierung von den anderen nicht geschlabbert wird.

(Ratsherr Raub [SPD]: Wer sagt denn das?)

Wir gehen in die Oper, wir hören uns Musik an. Danke für die Einladung, Dr. Fils, aber wir waren in sehr, sehr vielen Kulturstätten schon unterwegs. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

(Ratsherr Born [Die Linke]: Doch!)

– Sie hatten sich doch abgesprochen.

(Ratsherr Born [Die Linke]: Nein! Sie zuerst und dann ich!)

– Ach so, okay. – Ratsherr Born, Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte vor allem über die Kultur, zu denen manche Redner*innen schon vieles hier an den Tag gelegt haben, noch einige Worte verlieren.

Punkt 1: Ratsherr Dr. Neuenhaus,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie meinten uns erinnern zu müssen, was die DDR gewesen ist. Können Sie mir einmal sagen, was diese vier Menschen, die hier sitzen, damit zu tun haben? – Ihr Antikommunismus feiert mal wieder fröhliche Urständ. Ich möchte einfach darum bitten, hier nicht in die unterste Schublade zu greifen und Menschen zu verunglimpfen.

Das zweite Argument: Eine Sanierung lohnt sich nicht, schauen Sie nach Köln. – Ja, wir haben nach Köln geschaut, aber wir schauen auch nach Berlin.

(Ratsfrau Lehmhaus [FDP]: Ja, Berlin, das ist richtig! Flughafen! – Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Flughafen!)

Nach Berlin! Drei Opernhäuser – alle saniert und voll funktionsfähig.

(Ratsherr Dr. Fils [CDU]: Was?)

Das historische Opernhaus in Berlin ist gerade wieder in Betrieb gegangen. So ist es auch in vielen anderen Städten.

Es ist auch so, die rheinische Konkurrenz, die hier wieder zum Ausdruck kommt, ist offensichtlich: Die Kölner bekommen ohnehin nichts auf die Reihe, aber wir in Düsseldorf machen das richtig. – Ja, da würde ich doch einmal genauer hinschauen, gerade, was den Kulturbetrieb in Köln angeht. Die haben auch ein breites Angebot an Konzerthallen und anderen kulturellen Einrichtungen. Davon

kann sich Düsseldorf drei Scheiben abschneiden. Einfach bitte sachlich bleiben, argumentieren, und dann kommen wir viel weiter. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken – Zuruf von Ratsherrn Dr. Fils [CDU])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir kommen zum Ende der Debatte. Ich habe nämlich keine weiteren Wortbeiträge. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich rufe den Antrag der Ratsfraktion Die Linke unter TOP 36.2, RAT/151/2024 – „Erhalten statt Abreißen! Kulturbauten sanieren statt Oper neu zu bauen“ – auf. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Wir stimmen separat ab!)

Zwei Stimmen bei Die Partei-Klima-Fraktion sind für den Antrag. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen, AfD und Tierschutz/Freie Wähler enthalten sich. Wer ist gegen den Antrag? – Ratsfrau Mirus, SPD, CDU, der Oberbürgermeister und FDP. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

36.3

Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Nie wieder ist jetzt! Der Tag der Befreiung vom Faschismus muss Feiertag werden

RAT/152/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Born zur Einbringung des Antrags. – Ratsherr Born, Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sie haben zu Anfang dieser Sitzung auch schon die Bedeutung dieses Tages erwähnt. Dieses Thema hat der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede heute vor 39 Jahren für die damalige Bundesrepublik praktisch neu definiert. Bis dahin war es der Tag der Niederlage Deutschlands oder bestenfalls der Kapitulation des Hitler-Regimes beziehungsweise der Wehrmacht. Nachdem Richard von Weizsäcker diesen Tag „Tag der Befreiung vom Faschismus“ genannt an, hat auch die Debatte über die Verbrechen des Nazi-Regimes und die unsäglichen Kriegsoffer und Zerstörungen in der Bundesrepublik erheblich an Fahrt aufgenommen. Auch die SPD hat Anfang der 90er-Jahre gefordert: Dieser Tag soll ein Feiertag in Deutschland werden. – Davon hört man heute leider gar nicht nichts mehr.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Es ist irgendwo verschwunden.

(Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Vielleicht liegt es noch in einer Schublade. Aber in den Zeiten, die wir heute erleben, in denen Migrant*innenheime angegriffen werden, in denen Menschen von rechten Banden ermordet werden, wie zuletzt wieder in Solingen oder wie in den 90er-Jahren in Solingen, Mölln und wo auch immer oder vor drei Jahren in Hanau, in solchen Zeiten wäre es sicherlich ein gutes Zeichen, wenn der Stadtrat eine Initiative gegenüber der Landesregierung und dem Städtetag ergreifen würde, um diesen Tag zu einem Feiertag zu erklären, und zwar zum Gedenken an die Verbrechen des Faschismus in Deutschland.

Wir denken auch, dass dieser Tag dann dafür dienen soll, um in den Schulen und in öffentlichen Gebäuden Gedenkveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, wie es in verschiedenen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, schon der Fall ist. Deshalb stellen wir diesen Antrag

hier, damit der Stadtrat der Landeshauptstadt Düsseldorf eine Initiative ergreift, um den 8. Mai zum Feiertag zu erklären. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Czerwinski hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsfrau Dr. Proschmann und Ratsherr Fix. – Entschuldigung! Ratsherr Dr. Fils war der Erste, der sich gemeldet hat.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister, danke. – Ich will nur etwas historische Aufklärung betreiben. Es gibt in Deutschland nur eine Stadt, die als Stadt einen Feiertag hat; und Sie bringen Ihren Antrag jetzt hier in den Stadtrat ein. Diese eine Stadt, die einen Feiertag hat, ist Augsburg. Früher feierte man dort die Schlacht auf dem Lechfeld, das war mit Otto dem Großen verbunden und ist nun schon deutlich über 1.000 Jahre her. Jetzt ist man aber zum 08.08. gewechselt und feiert das Friedensfest zwischen Protestanten und Katholiken. Das ist der einzige Feiertag einer Kommune. Ich weiß gar nicht, ob es in Nordrhein-Westfalen möglich ist, dass eine Kommune einen Feiertag einrichtet. Ich glaube nicht und halte das auch nicht für richtig.

Wenn Sie aber auf einer anderen Ebene etwas erreichen wollen, dann müssten Sie es auf der anderen Ebene einreichen, und zwar beim Land oder beim Bund. Aber Sie können nicht hier eine Diskussion eröffnen. Wie sehr wir die Bedeutung dieses Tages hier schätzen, das hat der Oberbürgermeister anfangs deutlich gemacht. Daran gibt es auch nicht die geringsten Zweifel. Dass man das würdigen muss, ist klar, aber dafür brauchen wir keinen Feiertag.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Czerwinski hat als Nächster das Wort.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erstens danke ich Ihnen für Ihre Worte zu Beginn dieser Sitzung. Wir tagen heute, am 8. Mai. Sie haben in guter Weise diesen Tag gewürdigt. Wir als Bündnis 90/Die Grünen haben uns an verschiedenen Stellen für die Idee ausgesprochen, den 8. Mai zum Feiertag zu machen. Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen. Ich sage aber ausdrücklich, dass wir uns die Begründung von Ratsherr Born zu diesem Antrag mit unserer Zustimmung nicht zu eigen machen. – Vielen Dank.

(Beifall von Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Dr. Proschmann und anschließend Ratsherr Fix.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dem Antrag auch zustimmen, und zwar vor dem Hintergrund, dass sich auch die SPD auf verschiedenen Ebenen dafür eingesetzt hat. Ich möchte aber auch sagen: Ich weiß, dass die SPD manchmal hin und wieder nicht gescheit kampagnenfähig ist, aber es ist mit einer einfachen Google-Suche getan, um zu wissen, dass sich die SPD in den letzten Jahren mehrfach zu diesem Tag der Befreiung als Feiertag im Übrigen auch in NRW geäußert hat.

(Unruhe)

Ich finde es echt ein bisschen schwierig, einen Antrag einzubringen, bei dem es natürlich auch um etwas geht, was wir gemeinsam als Gesellschaft zu gedenken haben, woraus wir Sachen für die Zukunft ziehen müssen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung, Ratsfrau Dr. Proschmann, aber vielleicht können wir noch mal ein bisschen zur konzentrierten Beratung zurückkommen und der Rednerin zuhören.

Ratsfrau Dr. Proschmann (SPD): Ich bin auch gleich fertig.

Ich finde, der 8. Mai ist nicht nur für diese Stadt, sondern für dieses Land und auch für den gesamten Kontinent ein sehr, sehr wichtiger Tag, aus dem wir lernen müssen für eine Zukunft, wo die Demokratie derzeit echt unter Druck steht. Dazu muss ich ganz ehrlich sagen, einen Antrag dann so einzubringen, dass er uns doch wieder vor Spaltung führt, finde ich richtig schwierig. Das ist ein Tag, der uns zusammenführen muss als Demokratinnen und Demokraten. Dafür hat die SPD wirklich schon immer gestanden, dafür stehen wir auch weiterhin, und es wäre schön, es würde ein Feiertag werden. Aber ich fände es schön, wir könnten das zusammen machen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix zieht zurück. Ratsherr Jörres hat das Wort.

Ratsherr Jörres (AfD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Das ist mal wieder ein absolut unausgeglichener Antrag der Linkspartei. Wir könnten auch mal den Antrag von unserer Ratsfraktion stellen, dass zum Beispiel der 7. November 1989, wo der DDR-Ministerrat zurückgetreten ist, oder der 8. November, wo das Politbüro von diesem verbrecherischen linksfaschistischen Regime zurückgetreten ist, Feiertag wird. Das wäre auch mal eine Maßnahme.

Grundsätzlich begrüßen wir natürlich auch, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und von dem Schreckensherrschaftsregime, was wir erleben und erdulden mussten, ist. Allerdings vermischen Sie in Ihrem Antrag wieder verschiedene Dinge. Sie greifen rechte Kräfte an, die uns angeblich hier beherrschen, und malen den Teufel an die Wand, also ziemlich irre. Ich kann Sie nur auffordern, in Zukunft von solchen unsäglichen Anträgen Abstand zu nehmen. Ich kann verstehen, dass Sie den Stadtrat hier in Düsseldorf als Bühne nutzen, weil Sie im Landtag nicht vertreten sind und ums politische Überleben kämpfen, aber quälen Sie den Stadtrat nicht mit solch einem Unsinn. – Danke sehr.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Ich wollte nur auf etwas Gutem enden. Wir stimmen auf jeden Fall zu. Ich finde es super, dass der Antrag durchkommt. Wir würden uns auch wünschen, dass der Tag zum Feiertag wird. Wir haben in Deutschland ganz viele Feiertage, die in ihrer Sinnhaftigkeit mittlerweile relativ fragwürdig sind, weil es einfach nicht mehr so viele religionsgetreue Menschen gibt. Dementsprechend ist es umso schöner und wichtiger, dass wir Tage, die wirklich geschichtlich sehr relevant sind für Deutschland, auch als Feiertage anerkennen. Deshalb: Danke für die Initiative an Die Linke. Hoffentlich lässt sich das Land oder die Bundesregierung dahin gehend bewegen. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag RAT/152/2024. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsfrau Krüger. Halten Sie bitte die Arme hoch, wir zählen einmal durch.

(Bürgermeisterin Zepuntke [SPD]: Wer dafür ist?)

Wer ist für diesen Antrag? – Die Pairenden stimmen bitte nicht mit ab. – 34 Ja-Stimmen. Wer enthält sich? – Ratsherr Lemmer. Wer ist gegen den Antrag? – 36 Stimmen dagegen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall von der CDU)

36.4

Antrag der Ratsfraktionen Die Partei-Klima-Fraktion und Die Linke: Unterstützung der Seenotrettung

RAT/158/2024

36.12

Antrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Städtebündnis „Sichere Häfen“

RAT/178/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix hat sich als Erster gemeldet. Ratsfrau Hebeler folgt. – Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Düsseldorf ist seit 2018 Mitglied im Bündnis „Sichere Häfen“ – seit fünf Jahren.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich bitte erneut um Ruhe!

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Können Sie bitte auf Ihre Plätze gehen und ein bisschen ruhiger sein? – Danke schön.

(Beifall von Ratsfrau Dr. Proschmann [SPD] und Bürgermeister Hinkel [CDU])

Ernsthaft! Hey, Leute! Jetzt aber wirklich hier.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix, wir machen das schon.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Okay.

Düsseldorf ist schon seit 2018 Mitglied im Bündnis „Sichere Häfen“ – seit fünf Jahren. Aber im Mittelmeer hat das nicht besonders viel verändert. Wir haben in diesen fünf Jahren faktisch nicht wirklich etwas getan, außer im Bündnis zu sein. Deshalb wollen wir jetzt Schluss mit den leeren Worthülsen machen. Wir wollen keine leeren Willensbekundungen, wie leider der nächste Antrag sein wird, sondern wir wollen reale, greifbare Hilfe vor Ort, und zwar insofern, dass wir es mit 10.000 Euro im Jahr finanziell unterstützen für die nächsten vier Jahre. Wir haben uns an Köln orientiert, die das genauso machen. Bochum unterstützt. Es gibt viele andere Städte, die das auch tun. Wir sollten nicht nur in einem Bündnis sein und so tun, als würden wir helfen, sondern wir sollten wirklich helfen. 10.000 Euro im Jahr sind für eine Stadt, die mehrere Milliarden Euro an Haushalt besitzt, nun wirklich nichts. Wenn wir bereit sind, 5.000 Euro im Jahr für das Wasserstoffbündnis auszugeben, dann werden wir wohl auch bereit sein, mit 10.000 Euro im Jahr das Retten von Menschenleben zu unterstützen.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und der Linken)

Der Betrag mag für die Stadt gering sein, und das ist er nun einmal, aber er ist unbezahlbar für die Rettung von Menschenleben im Mittelmeer. Es kann nicht sein, dass wir dann nicht mehr machen, als einfach nur zu sagen: Hey, lass uns die nächsten fünf Jahre weiterhin im Bündnis bleiben, aber faktisch tun werden wir gar nichts, außer es uns auf die Fahne zu schreiben. Was ist das für eine Maßnahme, die wir als Stadt vertreten können? – Entweder sollten wir es unterstützen oder es ganz sein lassen. Aber zu behaupten, wir unterstützen es, und dann gar nichts zu tun, ist nun wirklich scheiße

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion]: Scheinheilig!)

und scheinheilig – danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf darum bitten, auf die Wortwahl zu achten, Ratsherr Fix. Sie sind hier im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Ja, es tut mir leid, aber es ist ein schwieriges Thema.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Eben.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Deshalb noch einmal ein starker Appell und eine Bitte, unserem Antrag zuzustimmen. Es sind wirklich nur 10.000 Euro im Jahr. Das tut der Stadt nicht weh und hilft. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Hebler hat als Nächste das Wort. – Bitte.

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte mich bei den Fraktionen von CDU, SPD und FDP bedanken, dass sie unserer Initiative beigetreten sind und wir hier gemeinsam die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bekräftigen und darüber hinaus einen Vorschlag machen, was die Stadt tun kann, zum Beispiel durch öffentliche Veranstaltungen die Arbeit dieses Bündnisses mit den anderen Städten sichtbar zu machen, die sich in diesem Bündnis zusammengeschlossen haben. Die Arbeit könnte dann auch hier koordiniert werden. Was sehr wichtig wäre, ist, durch Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen als Bündnispartner*innen „Sichere Häfen“ auf das Thema Flucht insgesamt den Finger zu legen, darüber die Öffentlichkeit breit aufzuklären und zu sensibilisieren, denn – wenn ich das persönlich sagen darf – am Ende des Tages brauchen wir sichere Fluchtwege. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächste hat Ratsfrau Opelt das Wort. Es folgen Ratsfrau Bednarski und Ratsherr Born. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Opelt (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kollegen! Ich spreche zum Antrag RAT/178/2024, denn er zeigt wieder einmal sehr schön die falsche Prioritätensetzung der antragstellenden Parteien. Ich fasse kurz zusammen: Ganz Deutschland fordert eine Begrenzung und die Steuerung der Migration, und alle kommunalen Haushalte ächzen unter der Last der unkontrollierten Zuwanderung. Auch der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund fordern von der Bundesregierung Handeln. Ihr Ministerpräsident Hendrik Wüst hat jüngst mehr Steuerung der Zuwanderung gefordert. Selbst die Innenministerin Faeser und Ihr Bundeskanzler betonen, dass es dringend Maßnahmen braucht, um die Zuwanderung zu verringern und nicht noch zu vergrößern. Aber all das ist Ihnen hier in Düsseldorf völlig egal. Sie setzen mit diesem Antrag wieder einmal das Signal: Düsseldorf ist weiter für unkontrollierte Zuwanderung.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie liest ab!)

Aber das Interessante ist allerdings auch, dass Sie, anders als es der Antrag suggeriert, ein Bündnis unterstützen, das gerade keinen sicheren Hafen für wirklich Asylberechtigte – –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Opelt, ich hatte Ratsfrau Vorspel heute darauf hingewiesen, dass es nicht geht, dass wir hier ablesen.

Ratsfrau Opelt (AfD): Ich lese nicht ab.

(Zuruf: Sie können gar nicht lesen! – Heiterkeit – Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: „Ich lese nicht ab“, das ist scharf!)

– Ich kann gar nicht lesen, weil ich aus der DDR komme, genau. Das ist genau das. – Ja gut, aber in Absatz 2 der Geschäftsordnung steht auch, man könne Aufzeichnungen benutzen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ja.

Ratsfrau Opelt (AfD): Ja, genau, und die Aufzeichnungen benutze ich jetzt. Ja, und?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie sollen kein Manuskript vorlesen. Das andere ist in Ordnung.

Ratsfrau Opelt (AfD): Ja, genau. – Sie unterstützen also ein Bündnis, das eben nicht wirklich Asylberechtigten oder echten Kriegsflüchtlingen helfen will, sondern allen, die hierherkommen. Sie unterstützen alle, die hierherkommen und die in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern wollen oder überhaupt keinen wirklichen Asylanspruch hier haben.

Hinzu kommt noch, dass sich die CDU mit diesem Antrag wieder einmal völlig unsolidarisch mit ihrer eigenen Parteiführung in Berlin zeigt; denn auf dem Parteitag wurde ja gerade beschlossen, dass es ein Ende der Willkommenskultur von Merkel geben soll. Doch das hält in Düsseldorf die CDU nicht davon ab, noch mehr Flüchtlinge und Migranten aufnehmen zu wollen. Daran zeigt sich auch, dass die Düsseldorfer CDU wieder einmal nur der kleine Partner der Grünen ist. All das, das garantiere ich Ihnen, wird sich bei den nächsten Kommunalwahlen rächen. Das wird nicht ungeschoren an Ihnen vorbeigehen. Ich freue mich jetzt schon auf das Wahlergebnis. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Bednarski hat als Nächste das Wort.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Ich spreche jetzt für die SPD-Fraktion zu zwei Anträgen, denn wir sind nicht der Meinung, dass wir Pushbacks im Mittelmeer billigen und Menschen dort ertrinken lassen wollen. Denn es ist egal, welchen Status sie haben; wenn sie ertrunken sind, sind sie tot, darunter auch viele Frauen und Kinder. Das wollen wir nicht.

(Beifall von der SPD)

Deshalb unterstützen wir heute beide Anträge, einmal auch den Antrag, der dem Verein Sea-Eye 10.000 Euro für seine Arbeit zukommen lassen will, weil wir uns erhoffen, dass sich dieser Verein dann weiterhin engagiert für die Rettung im Mittelmeer einsetzen kann. Aber wir stehen natürlich auch voll hinter dem gemeinsamen Antrag mit CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Dieser Antrag ist vielleicht etwas leicht formuliert, aber wir haben eine Erwartungshaltung, die hat Ratsfrau Hebeler schon zum Ausdruck gebracht, wenn es um Veranstaltungen geht. Es gab zum Beispiel 2021 einen Kongress des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ in Palermo. Vielleicht können wir auch einmal Initiator einer solchen Veranstaltung oder eines Kongresses sein. In Düsseldorf als Partnerstadt von Palermo würde sich das ja anbieten. Außerdem gibt es ein gutes Beispiel in Bochum; dort sollte die Verwaltung auch einmal hinschauen. Das heißt nicht, wir geben das Geld, sondern wir sorgen dafür, dass auf Düsseldorfer Großveranstaltungen Geld gesammelt werden kann, das dann letztendlich wieder dort landet, wo es hingehört. Die erste Möglichkeit wäre dann vielleicht sogar schon bei der EURO, wenn sehr viele Menschen hier in der Stadt sind, die sicher alle mal einen Euro übrig haben, um Menschenleben zu retten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Doch, Ratsherr Born, Ratsfrau Mirus. Ratsherr Fix auch? –

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Vielleicht! Ich weiß nicht, was sie sagt!)

– Das wissen wir alle nicht. – Ratsherr Born, bitte.

Ratsherr Born (Die Linke): Schönen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Der Wortbeitrag von Kollegin Bednarski freut mich. Ich glaube, so sollten wir auch damit umgehen, wenn uns nicht egal ist, dass das Mittelmeer der größte Friedhof in Europa bleibt. Im letzten Jahr sind nach Schätzungen zwischen 4.000 und 8.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Dabei waren Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer. Das Problem, das dahintersteht, ist, ob wir in unserer Gesellschaft noch in der Lage sind, Menschen in Not zu helfen. Leider schaffen wir es nicht, dass die Bedingungen in Afrika so werden, dass wir sagen können: Der Hunger ist beseitigt, der Krieg ist beseitigt, die Armut ist beseitigt. – Nein, dort hat sich jahrzehntelang nichts getan. Ganz im Gegenteil: Der Kontinent wird immer weiter ausgebeutet, und dadurch entstehen auch Kriege.

Wenn wir definieren, was unbegrenzte Zuwanderung ist, und andererseits hier beklagt wird, wir brauchen Menschen, um die Produktion, den Handel und Dienstleistungen weiter aufrechtzuerhalten, dann wissen wir doch aus eigener Erfahrung: Die Flüchtlinge von 2015/2016 arbeiten heute im Handwerk, im Handel, in der Industrie; aber es ist eben die Frage, ob wir bereit sind, diese Menschen auch auszubilden und zu integrieren. Ich freue mich, dass ich in einer Stadt lebe, die diese Herausforderung angenommen hat und weiter annehmen will. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Mirus, bitte.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Herr Oberbürgermeister Keller. – Den Antrag, den Sie als CDU und Bündnis 90/Die Grünen hier eingebracht haben, würden Sie selbst als Wischiwaschi-Antrag bezeichnen, wenn wir ihn hier eingebracht hätten; denn was bringt es denn, in einem Bündnis zu sein, aber nicht selbst zu handeln? Ja, wir können Öffentlichkeitsarbeit machen. Wir können zu Veranstaltungen einladen, wir können über das Thema aufklären, wir können vielleicht sogar noch die einen oder anderen Bürger*innen dazu anregen, zu spenden. Aber die ach so reiche Stadt Düsseldorf gibt nichts dazu? 10.000 Euro im Jahr sind zu viel? Da stellt man sich ein schönes Pappmaché-Kunstwerk ins Haus und sagt: Wir sind dem Ganzen gegenüber offen, aber 10.000 Euro sind immer noch zu wenig.

Wenn Sie ein Problem damit haben, unserem Oppositionsantrag zuzustimmen, wären wir auch gern bereit, unseren Antrag als Änderungsantrag zu Ihrem hinzuzunehmen. Dann fällt es Ihnen vielleicht leichter, noch einmal darüber nachzudenken und dem zuzustimmen. Ansonsten sollte es Ihre Aufgabe sein, dem Verein Seenotbrücke eben jenes mitzuteilen: dass wir gern offen sind, dem Bündnis beizuwohnen, aber kein Geld geben. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt sehe ich tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen, deshalb kommen wir zur Abstimmung, zunächst über TOP 36.4, RAT/158/2024. Das ist der Antrag der Ratsfraktionen Die Partei-Klima-Fraktion und Die Linke, „Unterstützung der Seenotrettung“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke und SPD. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – FDP, AfD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir komme zu TOP 36.12, das ist der Antrag mit der Vorlagennummer RAT/178/2024, Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP, „Städtebündnis ‚Sichere Häfen‘“. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Die Linke in Gänze? – Ja, okay, dann ist das aber im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Wir setzen uns weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Geflüchtete Menschen und Asylsuchende mit Bleibeperspektive unterstützen wir bei ihrer Integration in die Stadtgesellschaft.

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, dass die Stadt Düsseldorf als Mitglied im Städtebündnis „Sichere Häfen“ ihr Engagement im Rahmen des Bündnisses wie bisher fortführen und sich darüber hinaus in Zukunft aktiver bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen des Bündnisses einbringen wird.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die Tagesordnungspunkte 36.5, 36.6, 36.7 und 36.8 sind in die nächste Sitzung verschoben.

36.9

Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Unterzeichnung des „Plant Based Treaty“

RAT/159/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix. Es folgen Ratsherr Montanus und Ratsherr Thämer.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Kurz zur Einbringung: Das Plant Based Treaty hat die grundlegende Idee, aus einem Bottom-up-Prozess, also aus den Kommunen heraus die Länder und auch auf internationaler Ebene etwas in Richtung pflanzlicher Ernährung zu bewegen, sprich: den Fokus auf pflanzlicher Ernährung in der globalen Welt zu erhöhen und den Stand zu verbessern, gerade weil es klima- und umweltschonender sowie energieeffizienter ist und man damit mehr Menschen ernähren kann.

Pflanzliche Ernährung hat sehr viele Vorteile und quasi keine Nachteile, wenn man sich damit beschäftigt. Ich weiß, Veränderung ist schwierig, gerade wenn man so groß geworden ist und es gewöhnt ist, immer Fleisch zu essen. Aber faktisch brauchen wir es eigentlich nicht. Dieses Plant Based Treaty soll der erste Schritt in eine Richtung sein, um Druck auf die höheren Ebenen auszuüben, dass sich etwas bewegt. Auch andere Großstädte machen schon mit, wie Amsterdam und London. Es macht, wohlgemerkt, noch keine deutsche Stadt mit. Deshalb könnten wir als Düsseldorf, als Klimahauptstadt diesem Leuchtturmprojekt beitreten, quasi federführend für Deutschland dabei sein und dadurch andere Städte in Deutschland auch dazu bekommen, mitzumachen. Deshalb wäre es schön, und es würde außerdem auch gut aussehen. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus, Ratsherr Thämer und Ratsfrau Holtmann-Schnieder, in dieser Reihenfolge. – Sie haben das Wort, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Vielen Dank, meine Damen und Herren. – Es ist natürlich immer so, dass die FDP bei sinnvollen Anträgen für das Klima dabei ist. In diesem Zusammenhang könnte man erst einmal grundsätzlich sagen: Das hört sich sehr gut an. Aber wenn man dann hinterfragt und einmal genauer hinschaut, was eigentlich dahintersteckt, sehen wir, dass man in erster Linie grundsätzlich nicht nur auf tierische Eiweiße verzichten soll, sondern es wird Druck auf die Regierung ausgeübt, dass man die Kantinen im Prinzip fleischlos halten soll. Das heißt, unter anderem auch in Gefängnissen, Kindergärten, Schulen und so weiter soll darauf hingewirkt werden, dass man dort kein Fleisch mehr servieren soll. Das sind alles so Verbotsmentalitäten, die wir nicht so gern haben. Außerdem soll grundsätzlich eine Steuer auf Fleisch- und auf Fischprodukte eingeführt werden – das alles dem Klima zuliebe. Ja, wir müssen am Klima arbeiten. Wir dürfen kein weiteres Öl ins Feuer gießen. Aber nicht solche Maßnahmen! Wir werden den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von Ratsherrn Neuenhaus [FDP])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Thämer, bitte. Danach Ratsfrau Holtmann-Schnieder.

Ratsherr Thämer (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Dieses Plant Based Treaty ist am Ende ein Forderungskatalog für einen radikalen Umbau in der Ernährung. Gleichzeitig geht es in eine Richtung, die von der Regelungstechnik her schlicht nichts mit der Stadt zu tun hat. Das ist einer dieser Entschließungsanträge: „Wir fordern ...“, und am Ende verläuft er im Sande. Nichtsdestotrotz: Selbst wenn wir das hier beschließen können – Ratsherr Montanus hat schon zwei, drei Punkte angesprochen –, wenn man sich wirklich damit beschäftigt, was darinsteht, dann sind einige Dinge mehr als kompliziert, weil der Antrag absolute starre Regeln vorsieht, zum Beispiel: keine neuen Tierhöfe mehr, völlig egal, ob welche abgeschafft werden oder nicht.

Ratsherr Montanus hat auf die pflanzliche oder rein vegane Ernährung in den staatlich kontrollierten Kitas, Schulen, Gefängnissen et cetera hingewiesen. Darüber hinaus – nur als Punkt – wird gleichzeitig gefordert, die Landwirtschaft auf eine rein extensive Landwirtschaft umzustellen, schlicht keine Zusätze mehr von außen in den Boden zu bringen. Für diejenigen, die es nicht wissen: Wenn man keinen Dünger in den Boden bringt, lässt sich die Weltbevölkerung nicht ernähren. Wenn man dieses Treaty umsetzen würde, würde der Flächenverbrauch massiv steigen, und trotzdem würde die Zahl der Hungernden steigen, weil wir schlicht nicht genügend Lebensmittel produzieren. Man kann sich Gedanken darüber machen: Wie komme ich hin zu einer Landwirtschaft, wie komme ich zu einer Tierproduktion, die klimaverträglicher ist? Aber dieser Absolutschlag, den dieses Plant Based Treaty vorschlägt, ist inhaltlich nicht zielführend und passt, wie gesagt, nicht hierhin, weil die Stadt damit relativ wenig zu tun hat. Deshalb werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächste hat Ratsfrau Holtmann-Schnieder das Wort. – Bitte, Ratsfrau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es vorweg: Auch die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen, auch wenn wir manchen Zielen, die mit diesem Treaty beabsichtigt sind, durchaus zustimmen können. Wir befürchten aber, dass die positive Tendenz, die wir in der Bevölkerung sehen – dass in Deutschland der Konsum von Fleisch und Fleischprodukten in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist, genauso wie der Konsum von Milch und Milchprodukten zwar etwas geringer, aber auch rückläufig ist –, dass dieser positive Trend nicht wirklich unterstützt wird und wir, wenn wir diesem Treaty beitreten, wieder in eine Verbotsdiskussion kommen, und das ist der Sache nicht hilfreich. Unterm Strich ist es, finde ich, auch egal, ob die Menschen aus ökologischen Gründen so handeln oder ob sie eher ihre eigene Gesundheit im Blick haben. Dafür ist es ja auch nicht so richtig hilfreich, sehr viele tierische Produkte zu sich zu nehmen. Das ist das eine.

Ratsherr Fix, Sie haben es eben gesagt: Es sieht schön aus, wenn wir dem beitreten würden. – Ja, das ist es: Es könnte möglicherweise für manche Menschen schön aussehen. Wir sind eher daran interessiert, in dem Sinne weiterzuarbeiten, wie wir hier in der Stadt schon begonnen haben: dass wir uns dafür einsetzen, dass es eine gesunde Ernährung für die Menschen in Düsseldorf gibt. Das erreichen wir am besten, wenn wir bei den Kindern und den Jugendlichen anfangen, wenn wir uns Gedanken machen: Was soll es in den Kitas, in den Schulen zu essen geben? Darüber sind wir in einem intensiven Austausch, unterstützt vom Ernährungsrat, dass wir eine Ernährung haben wollen, die zu großen Teilen pflanzbasiert ist, aber nicht ausschließlich, die bioproduziert, regional und saisonal ist. Auch das sind wichtige Aspekte, die dabei eine Rolle spielen. Dazu können wir als Stadt etwas tun, selbst aktiv sein und weiter aktiv werden. Das ist unser Weg. Darum werden wir diesem Treaty nicht zustimmen.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage RAT/159/2024. Das ist der Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion, „Unterzeichnung des ‚Plant Based Treaty‘“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Die Partei-Klima-Fraktion und zwei Stimmen bei der Fraktion Die Linke. Ratsfrau Krüger ist dafür. Wer Enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen enthalten sich nach intensiver Überlegung, Rats Herr Lemmer und Ratsfrau Marmulla enthalten sich auch. Wer ist dagegen? – SPD, CDU, der Oberbürgermeister, FDP und AfD. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

36.10

Antrag der AfD: Anbringung einer Verbotsschilderung vor den Eingängen aller Düsseldorfer Schulen

RAT/172/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Kraljic, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Kraljic (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Besucherraum und liebe Zuschauer am Livestream! Ich freue mich, heute zu der etwas späteren Stunde unseren Antrag einzubringen. Allem voran möchte ich sagen: Unsere Kinder sind unsere Zukunft, und unsere Schüler und Schülerinnen sind besonders schützenswert. Erwartungsgemäß habe ich jetzt leider keinen tosenden Applaus bekommen. Ich bekomme noch nicht einmal Nicken. Wahrscheinlich ist es, weil ich von der AfD bin. Wenn ich nicht von der AfD wäre, würden die anderen nicken und zustimmen. Das erklären Sie dann den Bürgern und Bürger*innen, dass ihre Schüler, ihre Kinder nur dann schützenswert sind, wenn es von der entsprechenden Partei kommt. Aber gut, sei es drum!

Wir alle kennen, wie gesagt, die Zahlen der Kriminalstatistik, und wir alle wissen leider um die steigenden Zahlen krimineller Jugendlicher und Kinder und ihre gesunkene Hemmschwelle zur Verrohung. Das heißt, wir beantragen heute die umgehende Anbringung von Verbotsschildern, und zwar an jedem Haupt- und Nebeneingang jeder Schule, sowohl Grund- als auch weiterführende Schule. Diese Verbotsschilder sollen in piktografischer Darstellung das darstellen, was wirklich wichtig ist. Das heißt, auf den Schulhöfen und drum herum soll es das Verbot von Gewalt ohne Waffen geben; denn ich kann auch jemanden ohne Waffe schlagen, mit der eigenen Hand oder mit dem Knie. Es ist selbstverständlich verboten, Waffen mitzuführen, und es soll auch das Verbot von (legalen) Drogen geben, das heißt, kein Alkohol, keine Zigaretten, kein Cannabis.

Seit dem 01.04. ist ja der – Klammer auf – unsägliche Gebrauch von Cannabis zu Genusszwecken verabschiedet worden. Das heißt, Schulen sind per se vom Gesetz her geschützt. Hierzu – jetzt darf ich bitte zitieren – ist auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums zum Kinder- und Jugendschutz in Punkt 11 nachzulesen:

„Beschränkung des öffentlichen Konsums von Cannabis: Kein Konsum in unmittelbarer Nähe von Personen unter 18 Jahren; kein Konsum in Anbauvereinigungen und in Sichtweite [...]; kein Konsum in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr; kein Konsum in Sichtweite von Schulen [...] Eine Sichtweite ist bei einem Abstand von mehr als 100 Metern [...] nicht mehr gegeben.“

Genau das ist das Wichtige. Da frage ich mich: Wenn wir doch unsere Kinder und Jugendlichen, unsere Schüler schützen wollen, warum gibt es dann dort keine Schilder? Ich meine, Schilder gibt es für alles Mögliche. Ich sehe die Waffenverbotsschilder am Eingang der Altstadt. Das ist schön, sie schützen aber unsere Kinder, unsere Schüler nicht. Wir wissen alle, dass diese Gebots- oder Verbotsschilder dazu führen: Wenn wir etwas immer wieder sehen, dann verstetigt sich dies auch in unserem Bewusstsein. Nichts anderes möchten wir.

Zum Ersten möchten wir zumindest, dass die Schüler wissen, es wird gesehen, dass sie hier zur Schule gehen und im Prinzip nicht jeder in dieser Sichtweite Cannabis konsumieren kann, rauchen kann oder Alkohol zu sich nehmen sollte.

Zum Zweiten geht es ja auch ins Bewusstsein. Das heißt, zumindest ist sich dann der eine oder andere bewusst, dass er etwas Verbotenes tut. Genau darauf basieren ja zum Beispiel auch die ganz normalen Verkehrsschilder. Wie gesagt, wir würden zudem begrüßen, wenn nach der Anbringung dieser Schilder vor jedem Haupt- und Nebeneingang eine entsprechende Informationsveranstaltung in jeder Schule stattfinden könnte, sodass dies auch einen entsprechenden Rahmen bekommt.

Es gibt keinen einzigen Grund, diesem Antrag von uns, der einzig und allein dem Schutz unserer Kinder, unserer Schüler und Schülerinnen dient, nicht zuzustimmen, außer – ich habe es, glaube ich, einmal vor anderthalb Jahren gesagt – hier würden mal wieder einige Personen über Prinzipien stellen, und das ist sehr schade. –Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich darf fragen: Wer ist für den Antrag RAT/172/2024, „Verbotsbeschilderungen vor den Eingängen aller Düsseldorfer Schulen“? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Wer ist dagegen? – Das ist dann der Rest. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

36.11

Antrag der AfD-Ratsfraktion: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber in der Landeshauptstadt Düsseldorf
RAT/173/2024

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Jörres, bitte, zur Einbringung.

Ratsherr Jörres (AfD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 26., nein, am 12. April hat der Deutsche Bundestag grünes Licht gegeben für die Einführung einer Bezahlkarte bundesweit und entsprechenden Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz zugestimmt. Zwei Wochen später hat dem auch der Bundesrat zugestimmt. Der Präsident des Deutschen Städtetags, das ist der Herr Thomas Kufen, der Oberbürgermeister von Essen, hat es ebenfalls im Namen des Deutschen Städtetags begrüßt. Er hat allerdings nur kritisiert, dass die Landesregierung noch nicht vollumfänglich die Rahmenbedingungen festgelegt hat. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat gesagt, er werde sich in seiner Koalition darum bemühen, dass dies bis zur Sommerpause erfolgt, das heißt, auch das Land die entsprechenden Rahmenbedingungen festlegt, damit das kein Flickenteppich bei der Einführung in den Kommunen wird. – So weit, so gut. Die Voraussetzungen für die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber sind also geschaffen worden. Spätestens nach der Sommerpause, hoffen wir, hat auch die Landesregierung die entsprechenden Rahmenbedingungen gesetzt, und dann steht einer Einführung nichts mehr im Wege.

Kritisiert wurde von Thomas Kufen, also vom Essener Oberbürgermeister in seiner Funktion als Präsident des Städtetags, dass die Finanzierung noch nicht geregelt sei. Zur Finanzierung hat aber Hendrik Wüst zugesagt, dass auch darüber gesprochen werden würde. Das heißt, man will die Kommunen nicht im Stich lassen, damit sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Man rechnet damit, dass es maximal kostenneutral sein wird.

Ja, so weit, so gut. Warum sollte oder muss in unseren Augen, in den Augen der AfD-Ratsfraktion, eine Bezahlkarte in Düsseldorf eingeführt werden? – Das ist relativ einfach: Wenn man die

aufgeheizte Flüchtlingsdebatte ein wenig herunterbricht und vielleicht mehr Sachlichkeit in die ganze Diskussion bringt, kann man vielleicht auch erreichen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung größer wird. Die Einführung einer Bezahlkarte hat ja nur den Sinn, dass Asylbewerber, deren letztendlicher Status noch nicht geklärt ist – sprich: ob ihr Antrag auf Asyl anerkannt wird oder nicht –, diese Bezahlkarte erhalten sollen. Erst wenn ihr Status geklärt ist – sprich: sie sind entweder anerkannte Asylbewerber oder sie sind abgelehnte Asylbewerber –, wechseln sie quasi in einen anderen Status. Dann bekämen sie auch die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, und damit entfällt die Einführung beziehungsweise Benutzung der Bezahlkarte. Es geht also darum, Pull-Faktoren auszuschließen, und wenn es nur minimal ist, wie zum Beispiel Dezernent Kral eben gesagt hat. Auch der Klimaschutz ist mit vielen kleinen Schritten zu erreichen, nicht mit einer Generalmaßnahme.

Auch die Bezahlkarte wird nicht wesentlich etwas an den Zahlen ändern; aber wenn sie nur marginal etwas ändert, vielleicht 0,3, 0,4, 0,5 Prozent der Flüchtlinge davon abhält, nach Deutschland zu kommen, weil sie nur auf Geldleistungen aus sind und ihre Familie in der Heimat unterstützen wollen, dann ist schon einmal etwas erreicht. Vor allem ist es ein ganz wichtiges Signal an die Bevölkerung, an die Steuerzahler, also an den Souverän, der uns gewählt hat und dessen Interessen wir hier im Stadtrat vertreten. Wir vertreten nämlich die Interessen unserer Bürger, und die Bürger finanzieren das alles mit ihren Steuergeldern. Dann muss es doch eigentlich ein klares Signal sein, dass man sagt: Ja, wir haben zwar ein großes Herz hier in Düsseldorf, wir haben sehr viele Flüchtlinge aufgenommen. Wir haben auch über der normalen Quote Flüchtlinge aufgenommen, durch „Sichere Häfen“ und so weiter und so fort; ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Wir liegen bei ungefähr 122 Prozent. Man tut also schon sehr viel. Wir geben auch sehr viel Geld aus. Wir nehmen sehr viel Geld für die Unterbringung von Flüchtlingen in die Hand. Aber wir müssen auch ein Signal senden, dass es gerecht zugehen muss und dass wir Missbrauch möglichst unterbinden wollen, um dem Steuerzahler klarzumachen: Wir achten darauf, dass alles vernünftig und nach Regeln abläuft; und wer gegen diese Regeln verstoßen will, gegen den müssen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Das ist der eigentliche Kern und Grund, warum wir die Einführung einer Bezahlkarte in Düsseldorf beantragen. Letzten Endes ist es ja so: Die Gesamtlage wird sich in den nächsten Jahren nur marginal verändern. Das BAMF hat gerade die aktuellen Zahlen bekannt gegeben, wie viele Flüchtlinge prognostiziert dieses Jahr nach Deutschland kommen werden. Das sind immer noch Größenordnungen von 320.000 bis 350.000, schätzt man. Also, es hat sich nur marginal zurückentwickelt. Das heißt, auch in Zukunft wird die Stadt Düsseldorf sehr viele Flüchtlinge unterbringen müssen. Das ist ein Thema, das in den letzten Wochen auch ein wenig, sage ich einmal, für Furore gesorgt hat. Ich nenne nur die zentralen Unterbringungseinrichtungen, die die Bezirksregierung einrichten will.

In Wahrheit ist es ja so: Die Landesregierung hat, als sie angetreten ist, zugesagt, 35.000 Erstaufnahmeplätze einzurichten. Was hat sie geschafft? – Gerade einmal 5.000. In ihrer Not wendet sich die Landesregierung jetzt an die Kommunen und fragt natürlich: Wir brauchen unbedingt Wohnraum, wir müssen die unterbringen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Jörres, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ratsherr Jörres (AfD): Ja, vielen Dank. – Gut, dann wäre mein letzter Satz: Ich fordere Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen, und hoffe, dass Sie damit ein Zeichen setzen und den Bürgern signalisieren: Ja, wir sorgen auch für Gerechtigkeit! – Danke sehr.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über TOP 36.11, die Vorlage RAT/173/2024, „Einführung einer Bezahlkarte“. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die AfD. Enthält sich jemand? – Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der öffentlichen Sitzung angekommen. Ich darf bitten, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 18.14 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Sitzung

Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister

Josef Hinkel
Bürgermeister

Simone Schmitt
Schriftführerin